

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 453

25. Juni 1998

Liebe Leute,
erfreulich viele Antifas waren am Samstag unterwegs, um den NPD-Aufmarsch zu verhindern - scheiße bleibt, daß sie trotzdem marschieren konnten.
taz lügt - das zeigte sich wieder:das zutiefst Kreuzberger Blättchen unterschlug den Sieg der FriedrichshainerInnen bei der Schlacht auf der Oberbaumbrücke am Sonntag.
Zum Inhalt dieser Ausgabe: wir finden es prima, daß die Diskussion um den Behle-Text sich belebt und überhaupt "autonome Strategien" ein TOP sind. Allerdings fragen wir uns, ob es wirklich unmöglich ist, auch solche Texte zu layouten?
Zwei Texte haben wir verschoben, in der Hoffnung auf mehr Platz in der nächsten Ausgabe.
Und zum Schluß noch eine Anmerkung zum Text "Äußere Sicherheit": wir finden die umstandslose Verwendung des Begriffes Stasifür West-Geheimdienste etwas merkwürdig. Daß Beide böse sind, heißt doch nicht, daß es das Gleiche ist.
Endlich Sommer!

i.

PS: Wir haben kein Lager für alte Nummern. Diesbezügliche Anfragen sind daher ganz vergeblich. Sorry.

INHALT

Impressum:
Herausgeberin: Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag

PRESSEFEST - „EUROPA-VORN"

Wie bereits bekannt, fand das Pressefest der rechtsextremistischen Zeitung des Europa-Vorn Verlags im Juni 1997 im Kultur- und Kongresszentrum Halle statt, zu dem ca. 250 Teilnehmer (eigene Angaben: 600) aus dem rechtskonservativen-und neonazistischen Spektrum versammelt waren. Darunter befand sich nicht wenig rechtsextremistische Prominenz, welche sowohl auf die Wichtigkeit dieses Anlasses, als auch auf verstärkte Vernetzungen der rechtextremen Strukturen in der BRD hinweist.
So werden diese „pompösen" Neonazitreffen von „Größen", wie dem Europa-Vorn-Herausgeber Manfred Rouhs, JN-Vorstandsmitglied Jörg Hähnel, Franz Schönhuber und Nazi-Barde Frank Rennicke (bot den kulturellen Rahmen bei der NPD-Kundgebung am 1. Mai in Leipzig) frequentiert.

Das diesjährige Pressefest des Europa -Vorn Verlags ist für den Großraum Leipzig am 27. Juni 1998 geplant, und zeigt spätestens jetzt, daß die „Neue Rechte" bei der Durchführung ihrer Veranstaltungen verstärkt auf ostdeutsche Städte zurückgreift und daran Geschmack findet. Nicht umsonst wählen sie den Großraum Leipzig als Veranstaltungsort aus, da sie hier über die NPD-Strukturen auf ein großes Potential zurückgreifen können. So wird in einem kulturell gefaßten Rahmen rassistische und antisemitische Hetze betrieben und für eine Wiedervereinigung „kultureller und nationaler Identität" geworben.

Raider heißt jetzt Twix: Desweiteren ist interessant zu bemerken, daß der Europa-Vorn Verlag sich auf seine Ursprünge besonnen hat und jetzt „Signal" heißt (Illustrierte während des zweiten Weltkrieges, mit der die Germanisierung Europas propagiert wurde).

Diesem rechtextremistischen/rechtskonservativen Mob gilt es mit vereinter Kraft entgegenzutreten!

Das Nazi-Pressefest mit allen Mitteln verhindern!

Treffpunkt: Connewitzer Kreuz 11⁰⁰ Uhr
For more information call: 0177-8755503
Montags: 20⁰⁰ bis 22⁰⁰ Uhr, Donnerstags: 18⁰⁰ bis 20⁰⁰ Uhr
Freitag, den 26.06. ab 18⁰⁰ Uhr

Watch out for the next flyer's!!.

Erklärung der Antifa Chemnitz zum ersten Vorbereitungstreffen zur Verhinderung des Neonaziaufmarsches am 11. 07. 1998 in Chemnitz.

Die NPD/ JN könnte nun den braunen Kreis in Sachsen schließen, wenn sie in der drittgrößten Stadt, nach Dresden (24. 01.98) und Leipzig (1. 05. 98) ihre Kundgebung/ Demonstration abhalten kann.
Somit sind wir im klassischen Feld der Defensive und des Nachrückens gelandet, doch um zukunftliche Aufgaben soll es hier und jetzt nicht gehen. Es liegt nun wieder einmal an uns einen Aufmarsch zu verhindern bzw. Behindern, den braunen Kreis zu durchbrechen, und ein weiteres positives Zeichen nach Leipzig zu setzen. Wie mittlerweile allen bekannt sein müßte, sitzt hier in Sachsen der größte Landesverband der NPD und ist dementsprechend aktiv mit all seinen Verknüpfungen zu anderen Verbänden, bis hin zur Wirtschaft.
So hat sich auch in Chemnitz am 6. 06. 97 ein Kreisverband unter dem Vorsitz von Robert Rohlauf gegründet, welcher auch diese Demonstration mit 1000- 1500 Faschos angemeldet hat. Mittlerweile dürfte dieser Kreisverband über etwa 100 Mitglieder verfügen und beteiligte sich bereits im HOONARA - Umfeld und an den Aktionen gegen die Wehrmachtsaustellung. Auch nutzten sie den Euro bereits aus, indem sie Fragebögen dazu verteilten. So greifen sie jetzt zu ihrem Aufmarsch am 11. 07. 98 dieses Thema auf, um so weiter ihre Strategie der ' Sozialen Frage ' fortzuführen, womit sie sich der Problematik des Bundesweiten Wahlkampfes anschließen. Letztendlich zielt alles darauf hinaus, die Angst der Bevölkerung vor dem sozialen Abstieg auszunutzen, und das Vakuum, welches andere Parteien lassen zu füllen. So hat sich zwar jetzt auch ein bürgerlicher Initiativkreis verschiedener demokratischer Kräfte gebildet, welcher sich „ Mut zur Demokratie „ nennt. Sie stellen sich selbst als Plattform für BürgerInnen dar, die einmal kurz auf demokratischen Wege ein Zeichen mit ihrem Erscheinen setzen wollen. Dieses wird auf dem Theaterplatz stattfinden und ist als Parallelveranstaltung ausgeschrieben. Zwar ist es als positiv zu werten, das jetzt auch von der Bevölkerung ein Zeichen zu erwarten ist, doch wird unser Weg ein anderer sein. Indirekte und direkte Aktionen sollten ineinander greifen, um so die antifaschistischen Kräfte zusammenzuziehen im Kampf gegen Rechts, und somit eine starke Front zu bilden. Eine starke Mobilisierung der Massen ist hier in Chemnitz genauso wichtig, damit sich der braune Kreis in Sachsen nicht schließen kann, und so von Chemnitz ein antifaschistisches Zeichen ausgeht.
Beim ersten regionalen Vorbereitungstreffen am 06. 06. 98 wurde dazu folgendes diskutiert:
- die PDS C. wird sich von der aktiven Arbeit zurückziehen und gibt die Aufgaben an das JWB Sachsen in Mittweida ab (PDS bekennt sich zum Initiativkreis)
- Konzept: dezentral
- Infobüro wird eingerichtet
- Zusammenarbeit mit regionalen Antifa- Gruppen+ Aufgabenverteilung
- Einrichtung einer Schlafplatzbörse
- 10. 07. 98: Konzerte
  Delegiertentreffen, bundesweite Mobilisierung

AJZ Chemnitz Kolonnade
Chemnitztalstrasse 54

- Plakate werden ab 13. -14. 06. verschickt, wobei das Porto von euch getragen werden müßte.
Ziemlich sicher ist, dass die NPD nicht außerhalb der Stadt aufmaschiert oder der Aufmarsch verboten wird.
Bei Rückfragen bitte die 0172/4710776 anrufen.

Antifa Chemnitz

Kein Nazi-Aufmarsch am 11.7.98 in Chemnitz!

Treffpunkte für Antifas (9.00 Uhr):

① Park der OdF

② Schloßteich

③ Körner Platz

④ (Goetheplatz)

⑤ (Eissporthalle)

⑥ Reichsstraße-Synagoge

Kundgebungen der Nazis:

❶ Augustusburger Straße / Bahnhofstraße 11.00 Uhr

❷ Marktplatz 14.00 Uhr

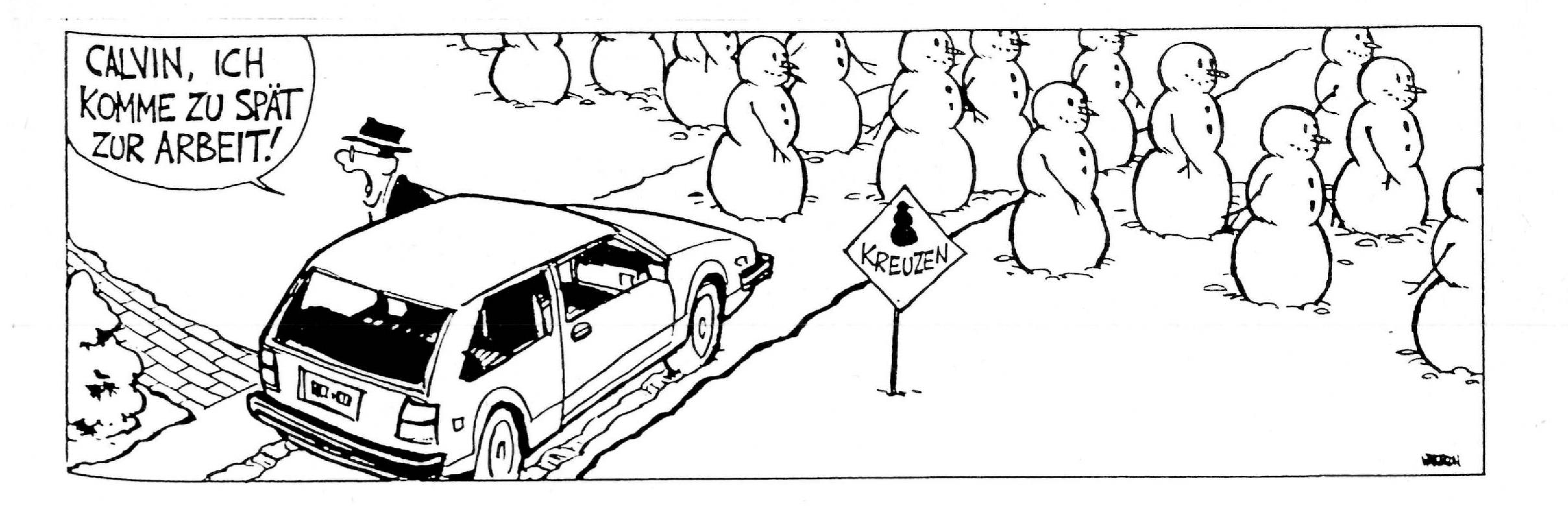
❸ (Eissporthalle) 11.00 Uhr

Kontaktnummer:
0172-4710776

Infonummer:
0341-9405407

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

UnterstützerInnen:
"Viento Contrario"-Offenes Linkes Treffen Magdeburg, Antifa Bautzen, Antifa Bitterfeld, Antifa Dresden, Antifa Görlitz, Antifa R.D.L., Antifa Westsachsen, Antifa-Infotelefon Leipzig, Antifaschistische Aktion Ulm / Neu-Ulm, Antifaschistisches Aktions Bündnis Freiberg, Antifaschistisches Aktions Bündnis Nürnberg, Antifaschistisches Plenum Wolfsburg, Arbeitskreis Antifa Magdeburg, ASN-Leipzig, BdA-Leipziger Aktionsfront, Autonome Antifa Mittweida, Blaue Welt Archiv Magdeburg, Fantifa ToWanda Essen, Infoladen Dresden, Infoladen Leisnig, Jugend Antifa Aktion Braunschweig, Jugendwahlburo PDS-Sachsen, OAP-Dessau, OAP-Leipzig, PDS-Ortsverband Mittweida, PDS-StudentInnengruppe Mittweida, R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N., Verein Alternativ Leben & Wohnen e.V. Magdeburg



Es reicht!

Im Land Brandenburg vergeht kein Tag ohne Überfälle auf AusländerInnen, Obdachlose, Linke und Andere, die nicht in's rechte Weltbild passen. Täter sind meist Jungnazis zwischen 14 und 18 Jahren; in jedem Kaff existiert eine braune Schlägertruppe.

Ein Großteil der Jugendlichen orientiert sich mittlerweile am rechten Mainstream: "Tugenden" wie Ordnung, Sauberkeit und Herrenmenschentum stehen hoch im Kurs. Modern sind eine "nationale Gesinnung", rassistische Sprüche und Faschomusik von "Störkraft" und "Frank Rennike". Alles andere wird ausgegrenzt, verdrängt oder bekämpft...

Für diejenigen, die sich nicht unterordnen und den Mund halten wollen, ist es inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, diverse Diskos, Clubs und andere als Nazitreffpunkte bekannte Örtlichkeiten großräumig zu meiden.

Die Nazis haben mit unserem Widerstand zu rechnen!

Wenn brauner Terror zur substantiellen Bedrohung für viele Menschen wird, ist es notwendig, aktiv zu werden und die gesellschaftliche Akzeptanz rechtsextremer Orientierungen aufzubrechen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, in der ein solidarisches Miteinander möglich ist.

Gerade dort, wo Nazis das Alltagsleben bereits zu großen Teilen dominieren und sich niemand mehr traut, ihnen offen entgegenzutreten, wollen wir mit einer entschlossenen und lautstarken Demo zeigen, daß wir ihnen nicht stillschweigend die Straße überlassen.

Kommt alle und beteiligt euch am Antifawochenende in Potsdam!

Antifa Jugendaktion Potsdam (AJAP) • c/o Archiv
Leipziger Str. 60 • 14473 Potsdam
AAB-Infotelefon: (030) 27 56 07 56

AufruferInnen: Antifa-Jugendaktion Potsdam (AJAP); Infowagen Potsdam, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Potsdam; Hochschulgruppe T.i.P., AG Antirassismus an den Hochschulen Potsdams; StuRa der Universität Potsdam; StuRa FB Sozialwesen an der Fachhochschule Potsdam, AG Junge GenossInnen in und bei der PDS (AGJG) Potsdam; Antifaschistische Jugend Brandenburg (Havel), Antifa Havelland; Antifa Neuruppin; Jugendantifa Neuruppin; Jugendantifa Eberswalde, AGJG Brandenburg (Havel); AGJG Falkensee; Antifaschistische Aktion Berlin (AAB); Antifa-Jugendaktion Kreuzberg (AJAK), Antifa Süd-Ost (ASO), Berlin; Antifa Jugendaktion Mitte-Prenzlberg-Pankow, Berlin, UnterstützerInnen (Stand 10.6.98): Archiv e.V., Bauwagen-Projekt Potsdam-Bornim, Casino AG, Potsdam, „Der Warschauer", Harald Petzold, MdL PDS; Kreisverband SJD „Die Falken", Potsdam; SprecherInnenrat der Fachhochschule Potsdam

Dem rechten Konsens entgegentreten!

Antifaschistisches Wochenende in Potsdam:

- Fr. 26. Juni: 21.00 Uhr, Casino (Pappelallee, FH)
  Party mit versch. Dancefloors (Reggae/Ragga, Drum'n Bass/Mellowbeats, Crossover)
  Internationale Küche und Filme
- Sa. 27. Juni: 14.00 Uhr, S- Bahnhof Babelsberg
  Antifademo durch ausgewählte Plattenbauviertel (anschließend VoKü und Filme im Archiv)
- Sa. 27. Juni: 21.00 Uhr, Archiv (Leipziger Str. 60)
  Solikonzert u.a. mit AMK (Hiphop) und Unsilent Minority (HC)
  Disko (mit Gast-DJ's von der Friedrichshainer Kiezdisko)



V.i.S.d.P. Andrea Mosner • Schubertstraße 4 • Potsdam

Äußere Sicherheit

Überwachung der Telekommunikation

Viele reden von „innerer Sicherheit", aber wer schützt uns vor der Stasi? In dieser zweiteiligen Abhandlung geht es um Telekommunikation und ihre Überwachung. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß auch und gerade in Göttingen von staatlicher Seite in den Telefonleitungen mitgelauscht wird. Viele Gerüchte kreisen um manchen WG-Tisch und Kneipentresen, wie denn diese Überwachung nun konkret aussieht. Wirklich wissen tut es keineR – ich auch nicht, denn ich bin kein Telekomiker. But anyway: Beim Stichwort „Telekommunikation" denken die meisten wohl an Telefonieren und Faxen, dieser Begriff muß heute aber um die „Datenfernübertragung", kurz DFÜ, erweitert werden. Dazu gehören e-mail, Internet und Intranet (das sind z.B. firmen- oder vereinseigene Netzwerke).

Telefonüberwachung und Verbindungsdaten

In der „Fernmeldeverkehrs-Überwachungsverordung" ist festgelegt, daß Telekommunikationsanbieter abgehörten TK-Verkehr unverschlüsselt an die Polizei, Geheimdienste und das Zollkriminalamt zu liefern haben. Genauso sind die Daten aller zustandegekommenen und auch aller versuchten Verbindungen an die Überwachungsbehörden auszuliefern (Telefonnummer des anrufenden und des angerufenen Anschlusses, Verbindungsdauer, Tarifzone). Außerdem haben sie Online-Zugriff auf die KundInnendateien der TK-Anbieter. Die Kosten für die technischen Einrichtungen zur TK-Überwachung haben die TK-Anbieter zu tragen. Dieser Zugriff ist so zu gestalten, daß den TK-Anbietern „Abrufe nicht zur Kenntnis gelangen können". Die KundInnendateien sind also Adreßdatenbanken der Stasi. Nachzulesen ist dies alles im Telekommunikationsgesetz.

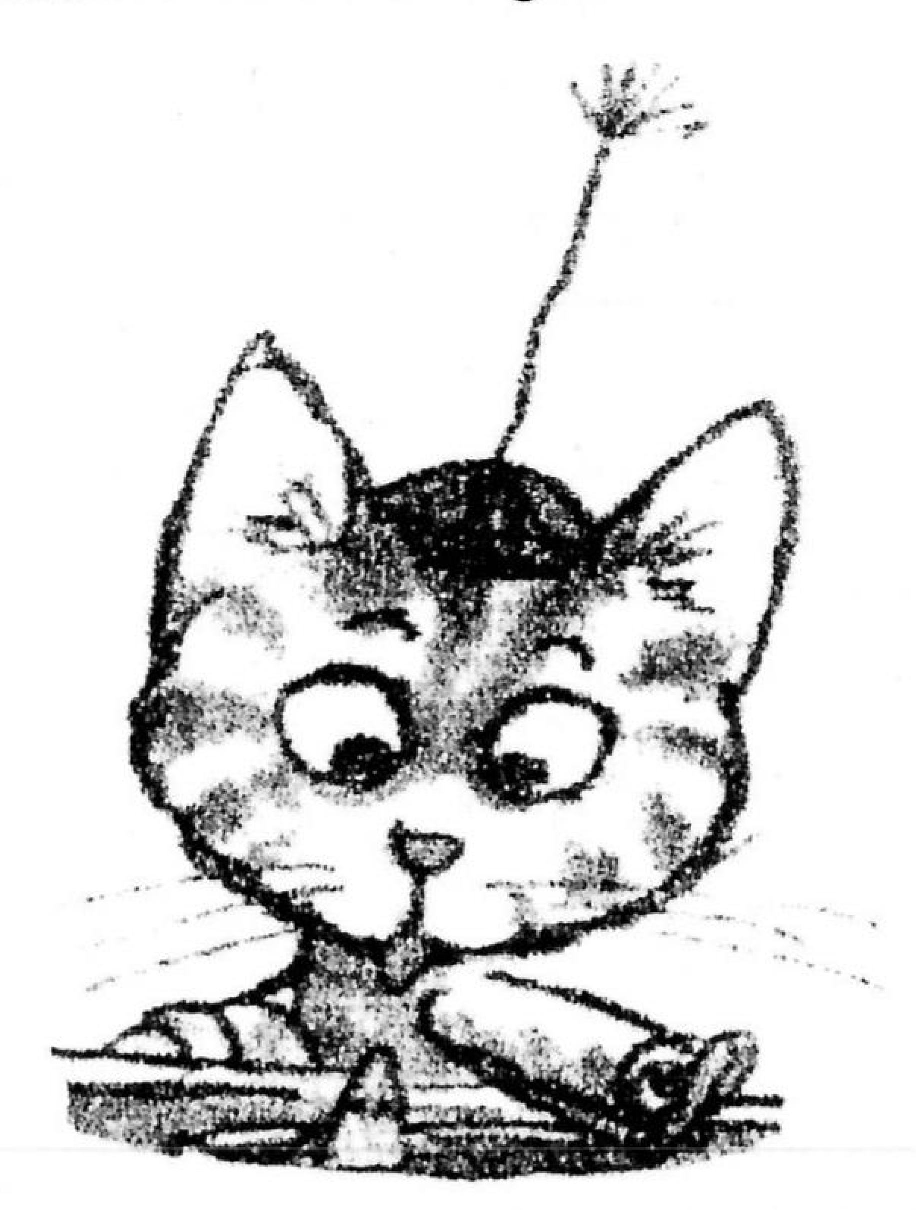
Daß der eigene Name in diesen Datenbänken auftaucht, ist noch auf einfache und erprobte Weise zu verhindern: Die Anmelderin deines Telefonanschlusses kann ja z.B. Gretchen Müller heißen. Die Telekom schaut nämlich bei der Abgabe eines (selbstredend von Gretchen Müller unterschriebenen) Antrags für einen Telefonanschluß weder in deinen noch in Gretchens Personalausweis. An deinem Briefkasten muß sich dann allerdings z.B. der Hinweis „Post für Müller" finden, damit die Telefonrechnung auch bei ihr ankommt. Nicht verhindert werden kann aber das Abhören deiner Telefonate. Bei deinen Gesprächen solltest du deshalb einen angemessenen Gesprächsstil pflegen. (Weitergehende Infos über das Abhören von Telefonaten und Vorsichtsmaßnahmen finden sich in hilfreichen Ratgebern wie diversen Rechtshilfebroschüren, den „Brandschutzbestimmungen" etc.) Außerdem werden natürlich sämtliche zustandegekommenen und versuchten Verbindungen deines Anschlusses in Zentralrechnern der TK-Anbieter gespeichert, auch wenn du dort „Gretchen Müller" heißt.



Handys

Über die Sicherheit von Handys kursieren die unterschiedlichsten Gerüchte. Ganz allgemein verhält es sich mit diesen Dingern so, daß sie regelmäßig Funksignale mit ihrer individuellen Gerätekennung aussenden. Das hat den technischen Hintergrund, daß ein Gespräch über die jeweils am nächsten zum momentanen Standort des Handys gelegene Relaisstation gefunkt werden kann. Alle bei diesem Vorgang anfallenden Standortdaten werden dazu in Zentralrechnern gespeichert. Erst vor kurzem wurde aus der Schweiz bekannt, daß die dortigen Ermittlungsbehörden auf sämtliche dieser sehr exakten Bewegungsbilder bei Bedarf ohne Einschränkung zugreifen. Die Standortdaten werden in der Schweiz erst nach sechs Monaten gelöscht. Obwohl dies z.Zt. In der BRD noch nicht legal ist, dürfte hier die Praxis nicht viel anders aussehen. Mir ist ein etwas andersartiger Fall aus den Tagen des letzten Castor-Transportes ins Wendland 1997 bekannt: Dort wurde ein Handy von der Bullizei angepeilt und die BenutzerInnen verhaftet. Das Handy ist also auch ein Peilsender: Zwei Richtantennen werden während eines Gesprächs auf das Handy ausgerichtet, der Standort befindet sich dann im Schnittpunkt beider Peilachsen. Der Funkverkehr zwischen einem Handy und einer Relaisstation erfolgt verschlüsselt und hat deshalb gemeinhin den Ruf, abhörsicher zu sein. Beim Übertragen von Nachrichten bestimmt die Relaisstation, auf welche Weise der Funkverkehr verschlüsselt wird. Nun gibt es aber sogenannte IMSI-catcher (International Mobile Subscriber Identity), die so tun, als ob sie eine Relaisstation wären. Das Handy reagiert nämlich auf die vermeintlich nächstgelegene Relaisstation, also denjenigen Sender mit der höchsten Funkleistung. Steht nun so ein IMSI-catcher z.B. in einem Lieferwagen in der Nähe eines abzuhörenden Handys, kann dieses Gerät als Verschlüsselungscode „Klartext" be-

stimmen. Der IMSI-catcher gibt das mitgehörte Gespräch anschließend an eine Relaisstation weiter, indem er sich ihr gegenüber wie ein normales Handy anmeldet. So ein Gerät kostet nach Angaben des Spionagefachhandels einige hunderttausend Mark und dürfte deshalb kaum wegen eines kleinen Ladendiebstahls eingesetzt werden.



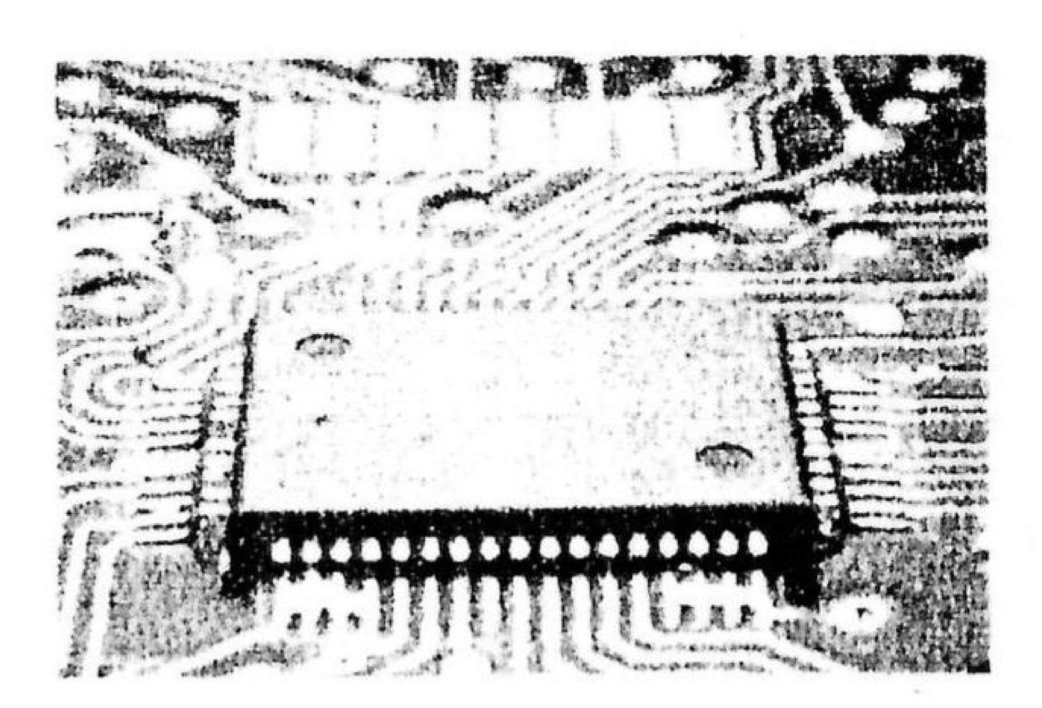
Gegen das Anpeilen eines Handys hilft nur eines und auch das nur begrenzt: Wenn möglich nur zum Sprechen einschalten, kurze Gespräche führen und anschließend fix und signifikant den Standort wechseln. Gegen einen IMSI-catcher ist kein Kraut gewachsen und gegen das Anlegen eines Bewegungsbilds hilft nur ein nicht benutztes Handy... Ein Handy macht also nur dort wirklich einen Sinn, wenn der Vorteil einer schnell übermittelten Nachricht größer ist, als die oben beschriebenen Nachteile. Wissen die Uniformierten aber sowieso, wo der Standort eines Handys ist, braucht mensch sich auch nicht um ein eventuelles Anpeilen sorgen. Somit kann dieses kleine Ding sinnvollerweise z.B. die Kommunikation zwischen dem Anfang und dem Ende einer langen Demo erleichtern. Allerdings ist es hier angebracht, sich zu überlegen, wie denn noch kommuniziert werden kann, wenn es von den Uniformierten entwendet wird.

Telekommunikation via Satellit und Seekabel

Sämtliche über Satellit laufende TK wird routinemäßig überwacht. Die US-amerikanische National Security Agency (NSA) errichtete zu diesem Zweck in enger Zusammenarbeit mit britischen, kanadischen, australischen, neuseelandischen und anderen Geheimdiensten ab Anfang der achtziger Jahre ein weltumspannendes Netzwerk namens ECHELON. Es besteht aus fünf Abhörstationen und 52 Großrechnern. Auch die per Seekabel übertragene TK wird in den Anlandestationen angezapft. Um die immense Datenmenge zu bewältigen, die auf diesen Wegen ausgetauscht wird, wird sie mit Hilfe der Großrechner nach bestimmten Stichworten durchsucht: eine digitale Rasterfahndung. Dazu werden nationale Wörterbücher angelegt, die mit länderrelevanten Informationen gefüttert werden.

Internet und andere Netzwerke

Der weltweite DFÜ-Verkehr wird hauptsächlich über das Internet abgewickelt. Dieses ist im interkontinentalen Datenverkehr natürlich überwiegend auf Satellitenübertragung angewiesen. Der kontinentale Internet-verkehr wird über Knotenpunkte, sogenannte „Router", abgewickelt. Dies sind eine begrenzte Anzahl von Großrechnern, die die Aufgabe haben, die in Datenpaketen ankommenden Nachrichten in Richtung der EmpfängerInnen weiter zu leiten. Und genau dort setzt Horch und Guck an: Von einigen Routern in den USA ist bekannt, daß sie vom US-amerikanischen Geheimdienst National Security Agency (NSA) überwacht werden, und auch in Europa ist dies der Fall. Vom für die BRD maßgeblichen Knotenpunkt in Frankfurt, dem DE-CIX, über den zur Zeit weit über 80% des hiesigen Datenverkehrs laufen, wird ebenfalls von Fachleuten gemutmaßt, daß er überwacht wird. Eine weitere Stufe der Überwachung in der BRD ist in der oben bereits erwähnten Fernmeldeverkehrs-Überwachungsverordung festgeschrieben. Im Bereich DFÜ haben die TK-Anbieter den ÜberwacherInnen auf Anfrage mitzuteilen, welche Dienste, wie z.B. Newsgroups, von den betroffenen TK-KundInnen genutzt werden. Außerdem bestimmt das Telekommunikations-Begleitgesetz, daß die TK-Anbieter bei DFÜ analog zu den Verbindungsdaten im mündlichen Telefonverkehr detaillierte Angaben zur Verfügung zu stellen haben: Dazu wurde Anfang



dieses Jahres der Begriff der „Telekommunikations-Kennung" eingeführt. Diese umfaßt neben Telefon-, Fax-und IP-Nummern auch e-mail-Adressen sowie Internet-Namen. Damit sind die oben bereits erläuterten Adreßdatenbanken für die Stasi komplett. Auch die Internet-Provider werden zunehmend gesetzlich in die Überwachungsstrukturen eingebunden. Das Telekommunikationsgesetz macht darüber hinaus den Betrieb von Computernetzwerken von der Einrichtung eines Direktzugriffs zur Überwachung auf Kosten der Betreiber abhängig. Der BND (Bundesnachrichtendienst) erhält das Recht auf Informationen über die Netzwerkstrukturen. Diese Pflicht zum gläsernen Netzwerk betrifft alle „geschäftsmäßigen" TK-Betreiber, d.h. öffentliche und firmeninterne Netzwerke. Nach dem strengen Wortlaut der gesetzlichen Definition fallen darunter sogar alle Netzwerke, die von mehr als einer Person betrieben werden und deren anfallende Kosten auch „ohne Gewinnerzielungsabsicht" abgerechnet werden, also z.B. zwei Computer in einer WG, die zum Daddeln verbunden werden. Allerdings beeilte sich die Bundesregierung zu erklären, daß diese Bestimmungen „ohne praktische Bedeutung" für den häuslichen Bereich seien. Hier fragt

sich jede halbwegs intelligente Person, wieso das im Gesetz dann trotzdem so festgeschrieben ist. Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß ein großer Teil des DFÜ-Verkehrs von nationalen Schnüffelbehörden durchleuchtet und international mittels ECHELON-gestützter präventiver Rasterfahndung überwacht wird.

Cookies und Festplattendurchsuchung

Bei der Benutzung des Internets kann sich dein Computer fiese Dinger einfangen: Neben Viren, die durchs Netz marodieren, versenden auch viele Homepage-BetreiberInnen sogenannte „cookies", die beim Zugriff auf die Homepage an die Gastrechner abgesendet werden. Meistens sind cookies harmlos, sie sind aber in jedem Fall eine individuelle Markierung, die sich dann auf deinem Rechner befindet. Wenn du ein weiteres Mal auf diese Homepage gehst, kann der/die BetreiberIn z.B. deinen Rechner wiedererkennen. Und das muß ja nicht unbedingt von Vorteil für dich sein... Eine andere Scheußlichkeit sind Programme, die sich bei einem Internetzugriff gänzlich unbemerkt von dir auf deinem Rechner einnisten und dort nach bestimmten Daten suchen. Das Suchergebnis nimmt dann via Internet seinen Weg zurück zur AbsenderIn dieses kleinen Ekelpakets. Mit dieser Methode ist es Hackern unlängst gelungen, die passwords von T-Online- und AOL-KundInnen zu knacken. Cookies sind zwar mitunter sehr lästig, bieten aber immerhin die Möglichkeit, ihre Annahme zu verweigern. Diese Option läßt sich bei den üblichen Internet-Browsern einstellen. Bei HackerInnen bin ich allerdings mit meinem Latein am Ende. Aktuellen Pressemeldungen zur Folge enthalten alle wichtigen und in den USA einwickelten Computerprogramme, die einen Internetzugang enthalten, gesetzlich vorgeschriebene Online-Zugriffsmöglichkeiten. Diese ermöglichen es der NSA über das Internet, weltweit auf den Festplatten derjeniger Rechner herumzuschnüffeln, die diese Programme benutzen – und das betrifft die allermeisten. Das technische Verfahren dürfte hierbei im Prinzip das gleiche sein, wie es oben schon für Hobby-HackerInnen beschrieben wurde. Es empfielt sich also dringend, wirklich sensible Daten nicht auf solchen Computern zu bearbeiten und zu speichern, die einen Internet- oder e-mail-Anschluß haben und auch nicht über ein Netzwerk mit solchen Rechnern verbunden sind.

Gegengift: verschlüsseln und verstecken!

Darüber hinaus ist die einzige Möglichkeit, sich gegen diese totale Überwachung zu wehren, die konsequente Verschlüsselung (Enkryptierung) der (versendeten) Daten. Das sicherste Verfahren, das öffentlich zugänglich und außerdem kostenlos ist, nennt sich PGP (Pretty Good Privacy). PGP kann im Internet downgeloaded werden, z.B. über **http://www.heise.de/ct/pgpCA/**. Es arbeitet so sicher, daß sich staatliche Behörden nicht mehr anders zu helfen wissen, als die Planung eines vollständigen gesetzlichen Verbots jeglicher privater Enkryptierung zu betreiben. Zwar ist Kanther mit seinem Entwurf eines Enkryptierungsgesetzes vorerst gescheitert, aber die Einführung derartiger Bestimmungen dürfte nur eine Frage der Zeit sein. Aber selbst in einem derartigen worst case ist nicht aller digitaler Tage Abend: Steganografie heißt das Verfahren, Daten erst zu verschlüsseln und anschließend in einer unverdächtig erscheinenden Text- oder Bilddatei zu verstecken. Dieses Verfahren wird bereits heute von den Ermittlungsbehörden selbst genutzt und dürfte umgekehrt für sie auf unbestimmte Zeit zur unüberwindbaren Hürde werden. Es könnte eventuell auch ein gewisser Schutz vor einer offensichtlichen Vorliebe der Ermittlungsbehörden sein, bei Hausdurchsuchungen gerade diejenigen Computer zu beschlagnahmen, auf denen Daten erkennbar verschlüsselt wurden. Die Steganografie-Programme lassen sich ebenfalls im Internet kostenlos downloaden unter **http://www.demcom.com**.



Wort zum Sonntag

Grundsätzlich gilt nach wie vor, daß es Daten und Schriftgut gibt, die auf einem Speichermedium einfach nichts verloren haben – Verschlüsselung und Steganografie hin oder her. Oder wer möchte schon die nach bestimmungsgemäßem Gebrauch und rechtzeitig vor der nächsten Razzia ausgebaute Festplatte bzw. Diskette erst mit reichlich Knoblauch und etwas Sahne überbacken, um sie anschließend im nächsterreichbaren Vulkankrater bei mindestens eintausend Grad Celsius und nun auch mit physikalischen Verfahren (wie sie z.B. bei zerschnippelten Disketten angewandt werden können) nicht mehr lesbar, zu entsorgen? Mir bleibt an dieser Stelle nur noch, allen Experimentierfreudigen lange Nächte und wenige Systemabstürze zu wünschen und alle, die es besser oder mehr wissen als ich, aufzurufen, dieses Mehr an geeigneter Stelle kundzutun.

VOLXSPORT

Wir haben heute in der Nacht vom 7.6. zum 8.6. die Scheiben der Wirtschaft "Schwabenstuben" in der Schöneberger Hauptstraße 70 eingeschmissen und dem Ambiente mit 2 Flaschen Buttersäure den passenden Geruch verpasst.
Die Gaststätte "Schwabenstuben" ist als Nazitreffpunkt seit mehren Jahren bekannt. Unter anderem wurde die Gastätte von diversen Faschistenzirkeln "angemietet". So vom Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk, der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen, Nation und Europa und dem Thule Seminar.
Diese Zusammenkünfte sind jedes Mal ein Tummelplatz für Naziprominenz und militante Faschokader.
Dabei ist es des Öfteren zu Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen gekommen, bei denen die Bullen die Schwabenstuben und ihre "Gäste" schützten, wie zuletzt am 17.1.'98 als das faschistische sogenannte "Friedenskomitee 2000" zu einer Versammlung einlud.
Wir wären ganz schön dumm, wenn wir dem kein Ende bereiten würden.
In diesem Sinne:
KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN
UND IHREN UNTERSTÜTZERN, NIRGENDWO !!!

R.A.F. (Revolutionäre Antifas Friedenau)



Die rassistischen Schreibtischtäter in ihrer Ruhe stören!

Deshalb haben wir in der Nacht zum 17.Juni Häuser und Autos von Kasseler Bürokraten und Politikern der Ausländerbehörde, des Amtsgerichts und der Stadtverwaltung aufgesucht und mit Farbe und Anderem behandelt.

Die Zusammenarbeit dieser Behörden zum Zwecke der Menschenjagd und der Abschiebung wird von allen Seiten intensiviert. Dies mag der rassistischen Grundhaltung in der Gesellschaft, der mit atemberaubender Geschwindigkeit vorangetriebenen Verschärfung der Rechtslage oder auch nur dem eigenen Karrieredenken geschuldet:
WIR VERWEISEN AUF IHRE PERSÖNLICHE VERANTWORTUNG
die sie für ihr menschenverachtendes Handeln haben.

Bürgermeister Ingo Groß (SPD) tritt mit aller Kraft in die Fußstapfen seines Vorgängers Gehb, und will sich im Wahljahr u.a. mit einer "AG Intensivtäter" medienwirksam profilieren. Diese soll behördenübergreifend das das Abschieben von Menschen beschleunigen!
Günter Schnell steht als Stadtverordneter der SPD und Richter am Amtsgericht für die reibungslose Ablehnung von (insbesondere kurdischen) AsylbewerberInnen mit bürokratischem Fleiß. Ein Name ist Programm.
Heinrich Lomp, Chef der Ausländerbehörde, arbeitet nunmehr vertärkt an der sogenannten "Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen". Nachdem die Zahl derer immer kleiner wird die überhaupt Asyl beantragen können, organisiert er den Behördenterror für Menschen ohne Deutschen Pass.

BürgerInneninitiative
Statt Groß und Schnell ... klein und gemein!



25 Mitglieder antirassistischer Gruppen aus NRW nutzen während des Länderrates am 7. Juni 98 die Gelegenheit mitten in der Rede von Josef Fischer eigene Akzente zum Godesberger Parteitag der Grünen zu setzen. Mit Transparenten, auf denen sich solidarisch zum Wanderkirchenbasyl der kurdischen Flüchtlinge erklärt wurde und mit einem Zusatzantrag an den Länderrat wurde die kämpferische Rede von Herrn Fischer unterbrochen und die Mittäterschaft der Grünen kritisiert und eine eindeutige Haltung in Sachen Abschiebestopp und Türkeihilfe für ihre Zeit als Regierungspartei eingefordert. Die Medien freuten sich, und auch Josef Fischer freute sich und fühlte sich an alte Zeiten erinnert. Barbara Steffens von den NRW-Grünen freute sich nicht und unterstrich die "große" Unterstützung der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" durch die Grünen, eine Antwort auf die gestellten Forderungen gab natürlich nicht.

P.S.

Merksatz
Mit politische Interventionen, die sich unterhalb von öffentlichen Geiselnahmen und Puddingattentaten auf grüne Spitzenpolitiker bewegen, und bei denen nicht mindestens drei SchauspierlerInnen aus der Lindenstraße teilnehmen, lassen sich antirassistische Themen kaum noch transportieren.



"Die Gesetze werden in Bonn gemacht...!"

Antirassistischer Zusatzantrag zum "Godesberger Wahlprogramm" von Bündnis 90/Die Grünen

Vor wenigen Wochen revoltierten im Bürener Abschiebeknast Gefangene und kämpften mit einem Hungerstreik für menschenwürdige Haftbedingungen. Während der Revolte sahen sich Mitglieder antirassistischer Initiativen gezwungen, die Parteizentrale der NRW-Grünen zu besetzen, um auf die Situation in Büren aufmerksam zu machen und konkrete Solidarität von den Grünen einzufordern. Nur wenige Tage später erfolgte ein "Informationsbesuch" von grünen Landtagsabgeordneten in Büren. Bei dem Besuch bedauerten sie ihre vermeintliche Handlungsunfähigkeit mit den Worten: "Die Asylgesetze werden in Bonn gemacht." Deshalb sind wir heute hier.

In diesen Stunden versammeln sich kurdische Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen in einer großen Kirche in Düsseldorf zu einem Hearing zur Menschenrechtssituation in der Türkei und Kurdistan. Mit Unterstützung von mehr als dreißig evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Nordrhein-Westfalens und der Kampagne "kein mensch ist illegal" protestieren seit Januar '98 über 130 kurdische Flüchtlinge - Kinder, Frauen und Männer - gegen ihre angedrohte Abschiebung. In einem Wanderkirchenasyl machen die Flüchtlinge in verschiedenen Städten auf ihre Situation aufmerksam. Die meisten von ihnen leben seit vielen Jahren in Deutschland. Doch die Behörden haben sie zu rechtlosen "Illegalen" gemacht. Nun fordern sie Schutz vor Verfolgung, vor Folter und Tod. Die illegalisierten Flüchtlinge haben mit ihrer Aktion einen mutigen Schritt gewagt: Sie verstecken sich nicht länger! Sie setzen sich öffentlich gegen ihre Abschiebung zur Wehr - trotz aller Risiken. Ihre Tapferkeit sollte uns anspornen und zur Solidarität ermutigen. Die kurdischen Flüchtlinge haben ihre Situation und ihr Anliegen selbst eindrücklich formuliert:

"Wir kurdischen Flüchtlinge haben am 21.01.1998 in der Kölner Antoniterkirche eine Aktion begonnen, um gegen die deutsche Außen- und Sicherheitpolitik zu protestieren. (...) Der Grund dafür, daß wir als kurdische Flüchtlinge nach Deutschland und in andere europäische Länder gekommen sind, ist, daß wir seit 14 Jahren in einem schmutzigen Krieg leben müssen. In diesem Krieg verloren mehr als 50.000 Menschen ihr Leben. 3.700 Dörfer wurden verbrannt und vernichtet. Drei Millionen Kurdinnen und Kurden mußten aus ihrer Heimat fliehen. Der türkische Staat beharrt immer noch auf der Fortsetzung des schmutzigen Krieges. Das namenlose Töten und die Folter werden systematisch fortgesetzt. (...) Vor allem Deutschland und die anderen europäischen Staaten sind mitverantwortlich für die Fortsetzung des schmutzigen Krieges in unserer Heimat, denn dadurch, daß sie dem türkischen Staat Waffen, wirtschaftliche und politische Unterstützung gewähren, fördern sie gleichzeitig diesen Krieg. Wegen dieser Bedingungen haben wir unser Land verlassen und fordern Asyl. (...)"

Wir fordern den Länderrat auf, sich solidarisch mit den kurdischen Flüchtlingen zu erklären und alles zu tun, daß ihre Forderungen erfüllt werden. Es reicht nicht aus, daß die Grünen sich verbal gegen rassistische Gesetzesvorhaben wie das Asylbewerberleistungsgesetz aussprechen, sich aber in Regierungsverantwortung in den Ländern hinter der SPD verstecken und Abschiebeknäste und Abschiebungen mittragen. Kurz vor der möglichen Machtübernahme einer rot-grünen Bundesregierung müssen sich die Grünen entscheiden, ob sie Handlanger der "demokratisch legitimierten Barbarei der Abschiebungen" (Günther Grass) werden oder sich auf die Seite der Flüchtlinge stellen. Deswegen erlauben wir uns, das grüne Wahlprogramm in folgenden entscheidenden Punkten zu ergänzen:

"1. Der Länderrat lehnt es ab, daß sich Bündnis 90/Die Grünen an der demokratisch legitimierte Barbarei der Abschiebungen in die Türkei beteiligen. Es wird keine grüne Regierungsbeteiligung in Bonn geben, wenn kein Abschiebestopp und kein Ende der Waffenlieferungen in die Türkei durchgesetzt werden kann.
2. Der Länderrat unterstützt die Forderungen der Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl:
- Die in Deutschland lebenden kurdischen Flüchtlinge müssen als Kriegsflüchtlinge anerkannt werden.
- Die illegalisierten Flüchtlinge müssen Papiere und einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen.
- Keine Waffen- und Polizeihilfe an die Türkei.
- Sofortiger Abschiebestopp.
3. Der Länderrat ermutigt die Parteiprominenz, sich an den Kampf der Flüchtlinge gegen ihre Illegalisierung zu beteiligen und sich im Wahlkampf dezidiert für die Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl einzusetzen."

Antirassistische Gruppen aus NRW



Unterstützt Flüchtlinge gegen bürokratische Willkür und rassistische Angriffe!
Gegen rassistische Mobilisierung!
Gegen Privatisierung und Sicherheitswahn!

DEMONSTRATION 11.7.98 11:30 OSNABRÜCK
HAUPTBAHNHOF

Kontakt: Infoladen/Alte Münze 12/49074 Osnabrück/Tel 0541-29606/Fax 0541-25 80 96

Die Letzten auf der Titanic?

Perspektiven autonomer Bewegung, 2. Teil
Veranstaltung zu Sozialer Frage und Identitätspolitik
X-B-Liebig, Samstag den 11. 7. 98, 18 Uhr

Dies ist die Einladung zur Fortsetzung unserer Volksuniveranstaltung vom 30. 05. 98 zu den Perspektiven autonomer Bewegung. Es waren etwa 50 Leute da. Im dort gehaltenen Referat haben wir zum einen die Potentiale der autonomen Bewegung und deren potentiellen Beitrag zum Erstarken der Linken herausgestrichen und gleichzeitig angedeutet, wie diese unserer Meinung nach verfehlt werden. Zum anderen haben wir zwei Thesen zur Kritik der autonomen Bewegung vorgestellt: Wir haben auf die Blindheit gegenüber der sozialen Frage und auf die Identitätsvorstellungen in der Szene hingewiesen.

Die beiden letzteren Teile unseres Referats veröffentlichen wir hier zusammen mit einer kurzen Darstellung der intensiven und langen Diskussion, die sich danach ergab. *Dieser Text soll als Grundlage für die hier angekündigte Diskussion dienen.* Zu Beginn der Veranstaltung werden wir noch einmal kurz unsere Thesen vorstellen, um dann sofort in die Diskussion einzusteigen.

X-B-Liebig; Liebigstraße 34; 10247 Berlin
(Tram 20: Bersarinplatz; U5: Frankfurter Tor; S-Storkowerstraße)

1 Identitätsorientierte Politikformen

1. **These:**
Wir behaupten, daß die autonome Theorie und Praxis ganz wesentlich mit Identitätskonzepten arbeitet und aufgrund dessen von Auseinandersetzungsunfähigkeit gekennzeichnet ist. Im folgenden wollen wir ausführen, warum das problematisch ist und in der Praxis demobilisierend und isolierend wirkt.

2. Unsere Kritik an der Identitätspolitik richtet sich zum einen allgemein gegen die Verwechslung einer hergestellten Differenz zwischen Identitäten mit einer unwandelbaren Differenz. Weder bilden die bestehenden Geschlechter „Natur" ab, mensch kann sich also auch nie auf einen „guten natürlichen" Kern beziehen, noch können Geschlechtsidentitäten allein sozialisationstheoretisch begründet werden. Denn Sozialisation kann nicht aus dem patriarchalen Unterdrückungszusammenhang herausgelöst werden, in dem sie fortlaufend stattfindet, d.h. es ist ein Prozeß ohne Ende und Ziel und Identitäten sind also ein Ergebnis eines andauernden Sozialisationsprozesses.

Weibliche und männliche Geschlechtsidentitäten werden in dieser Kritik als historisch-gesellschaftliche Geschlechtskrankheiten erkennbar, deren Herstellung bereits ein Herrschaftsprozeß ist.

Zum anderen richtet sich unsere Kritik an der Identitätspolitik gegen das in der autonomen Szene sehr beliebte Beharren auf die zumeist für sich selbst und das politische Umfeld in Anspruch genommene sogenannte "widerspenstige Identität".

Nehmen wir ein Beispiel, um das zu veranschaulichen: Der klassische "Antifa als Streetfighter" wird sich selbst bestimmt als "widerständig" sehen und ein Teil seines Umfeldes wird ihn darin bestätigen. Diese Sichtweise übersieht jedoch, daß seine Identiät immer *auch* das Ergebnis jener komplexen Herrschaftsprozesse ist, gegen die er sich im Widerstand sieht. Nicht selten wird hier auf Körperbeherrschung verbunden mit Sportlichkeit und fittem jugendlichem Auftreten wert gelegt. Dies ist dann aber kein Zufall, sondern Ergebnis der Tatsache, daß auch die scheinbar widerständigste Identität sich unvermeidlich unter den strukturellen Vorgaben einer Gesellschaft bildet, die sich z.B. auf Jugendlichkeit bezieht und die damit verbundenen körperlichen Schönheitsideale. An dieser Überlegung sieht man, daß es problematisch ist, die "widerständigen Identitäten" bruchlos zum Ausgangspunkt emanzipatorischer Bemühungen zu machen.

3. Wo aber sehen wir diese Identitätspolitik in der autonomen Szene? Wenn zum Beispiel AntifaschistInnen manche Ostberliner Stadtteile als "Feindesland" und "fremdes Territorium" bezeichnen, wenn in der Anti-Schönbohm-Kampagne ein scheinbar allmächtiger Ex-Militär zur Wurzel allen Übels in dieser Stadt stilisiert wird, oder wenn in Heroin-Dealer-Raus-Aktionen der autonome Kleingarten sauber gehalten werden soll, dann werden hier vereinfachende Weltbilder zu Identitäten zusammengeleimt. Im sicheren Gefühl um die eigene richtige Position und Identität wird hier abgrenzendens Schwarz-Weiß-Denken betrieben.

In der Auseinandersetzung um den Rollback-Vorwurf gegen die Arranca begegnete uns häufig eine szene-typische Haltung, die wir als moralisierendes Standpunktdenken beschreiben. Für viele Beteiligte war es wichtig, noch vor der Auseinandersetzung mit dem Gegenstand einen politisch einwandfreien Standpunkt einzunehmen, anstatt sich erst einmal auf eine inhaltliche Auseinandersetzung einzulassen. Die Absicht einer solchen Haltung ist nicht eine Kontroverse um einen Gegenstand, sondern das Bemühen, die Angeklagten ihrer Schuld zu überführen: Sie sollen für das "Politikfeld", auf dem sie sich unrechtmäßig aufhalten, Zutrittsverbot erteilt bekommen. [→]

Dieses Standpunktdenken orientiert also nicht auf Auseinandersetzung, sondern auf das Festzurren nicht zu hinterfragender Positionen, von denen aus die Welt in "gut" und "böse" polarisiert wird. Es überrascht also nicht, daß in einer solchen Betrachtungsweise bereits das Interesse am Hinterfragen als "bedrohlich" erscheint, daß jede Kritik an scheinbaren "Klarheiten" als Reformismus oder gar als Rollback mißverstanden werden muß. Das geht dann soweit, daß über diese Zuschreibungen, die als „Nestbeschmutzer" identifizierten Szene-Teile ausgeschlossen werden sollen, um ein sauberes „wir", eine gute Identifikationsmöglichkeit zu erhalten.

4. Der Bezug auf Identitätskonzepte ist in der autonomen Szene nicht nur weit verbreitet, sondern zementiert gleichzeitig deren Perspektivlosigkeit. Zwar hat die autonome Szene kurzfristig gerade über die vereinfachenden Identitätskonzepte einige Mobilisierungsfähigkeit und wirkt vor allem für jüngere Menschen immer noch anziehend.

Wenn man sich jedoch einmal anschaut, wie schnell die Leute wieder aus der Szene rausfallen und wie wenige ältere Menschen sich ihr zugehörig fühlen (denn es geht ja nicht darum, eine Jugendbewegung zu sein), dann liegt die Vermutung nahe, daß diese Mobilisierungs- und Anziehungskraft nur kurzfristig trägt. Denn wer sich in den identitätsstiftenden Lagerbeschreibungen a la "die Schweine", "die Spießer", "die Bonzen", "die Macker" etc. nicht mehr wiederfindet, gehört schnell nicht mehr zur Familie. Repressive Codes für Kleidung und Auftreten, tabuisierende Sprachregelungen und die Produktion subkultureller Mythen, die den eigenen marginalisierten Lebensstil beschönigen, anstatt ihn zum kapitalistischen Kontext in Bezug zu setzen, haben auf Dauer wenig Integrationsfähigkeit.

Darüber hinaus besitzen solche identitätsstiftenden Phrasen kaum analytische Qualitäten und schaffen damit bestenfalls zufällig die Basis für ein sinnvolles politisches Handeln.

nach diesem, unserem 1. Kritikpunkt, der Identitätspolitik, kommen wir nun zu unserem 2. Kritikpunkt, der die soziale Frage betrifft... →

> Ein besonders eindrücklicher Beispiel für ein solches Zutrittsverbot begegnete uns jüngst im Friedrichshainer „Größenwahn". Wir hatten beim Plenum nachgefragt, ob dort diese Veranstaltung zu sozialer Frage und autonomer Identitätspolitik stattfinden könnte. Ein Veto mit folgender Begründung führte zur Ablehnung: Das Thema sei natürlich wichtig und müsse diskutiert werden. Uns als Unglücklichen solle dort aber kein Forum geboten werden, ganz gleich, zu welchem Thema wir etwas zu sagen hätten. Ein allgemeines Auftrittsverbot also, das von unserer „Identität" als Unglückliche abhängig gemacht wurde. Denn zum Trost bekamen wir zu hören, die ReferentInnen könnten durchaus als „Privatpersonen" diese Veranstaltung machen.
>
> Wir fordern das „Größenwahn" auf, zu dieser Plenumsentscheidung öffentlich Stellung zu beziehen! Es kann nicht angehen, daß ein politisches Projekt nach seinen Privatvorlieben und -abneigungen Veranstaltungen abweist, die zu wichtigen Themen in der radikalen Linken Stellung nehmen. Damit verliert es die Legitimation als Forum politischer Auseinandersetzung.

2 Soziale Frage

Unter *„Soziale Frage"* verstehen wir Politikfelder, bei denen es um Arbeit, gesellschaftlichen Reichtum, seine Produktion und Verteilung, um Klassenverhältnisse und die Reproduktion von Arbeitskraft geht. Die „Soziale Frage" ist so immer durchdrungen von anderen gesellschaftlichen Widersprüchen, wie Sexismus/Patriarchat und Rassismus.

Vorweg: Es gibt durchaus Autonome die sich mit der 'sozialen Frage' beschäftigen und auf diesem Feld Politik machen. Sie tun das aber in der Regel nicht als Autonome, sondern in ihrem politischen Zweitleben. D.h. eben nicht in autonomen Zusammenhängen oder Gruppen.

2.1 Wo begegnen Autonome der Sozialen Frage?

Klar sind alle Autonomen gegen Kapitalismus, zumindest gegen Kapitalisten, gegen Banken (daher die vielen kaputten Schaufensterscheiben bei Banken) und gegen Multis (wie z.B. in der Kampagne *„Shell to hell!"*). Autonome sind vor allem dann gegen Kapitalismus, wenn woanders *über*ausgebeutet wird. Autonome begegnen der Sozialen Frage aber nur im Vorübergehen, wenn es sich 'eigentlich' um andere Kämpfe handelt: anti-rassistische, anti-sexistische oder anti-imperialistische. Beispiele dafür sind die Kampagnen und Angriffe gegen *Sorat*, *Adler* und *VW-Seat*. In den 80ern gab es noch JobberInneninitiativen, die sich gegen Ausbeutung in ihrer prekarisierten Form organisierten.

Es gibt/gab ein paar 'zuständige' Gruppen, die 'autonomen-nah' sind, wie z.B. *„wildcat"*, *„basta"* (tot), und die untote *„Autonome Erwerbslosen Gruppe Kreuzberg (AEG)"*.

2.2 Wie Autonome kneifen, wenn's um Soziale Frage geht

Die Alltäglichkeit von Ausbeutung, die Details, Verästelungen des Themas und vor allem seine Widersprüche interessieren die Szene nicht. Bestes Beispiel sind wir selbst bzw. die Diskussionen im Frühjahr '97, als wir in einem Zusammenhang die Idee einer Veranstaltungsreihe zum Thema Sozialpolitik diskutierten. Wir hatten keine Ahnung, keine Kontakte und vor allem keine Traute, uns mit einem Thema mit so vielen Fallstricken zu beschäftigen. Uns bedrängten viele Fragen, an denen die Veranstaltungsreihe bereits in der ersten Erörterungsphase scheiterte.

Diese Fragen waren ja nicht einfach doof: • Organisierte sich bei den Demos des Sozialbündnisses vielleicht der Deutsche Mob? • War denen nur ihr Arbeitslosengeld wichtig, die Flüchtlinge aber egal? • Warum waren Frauenforderungen dort so wenig präsent und wie könnten wir sie bei unserer Veranstaltung repräsentieren?
• Vollziehen wir nicht die vorgegebenen Spaltungen nach, wenn wir je eine Veranstaltung zu 'Frauen', 'Behinderten' 'MigrantInnen', 'Erwerbslosen' etc. machen?
• Mit wem könnten wir zusammenarbeiten? etc. etc.

> Veranstaltungen zum Radikalverfahren, dem Abschiebeknast in Grünau oder auch *„Punks in Mexiko City"* sind dagegen im selben Zusammenhang gänzlich unproblematisch und werden im Zweifelsfall auch ohne Vorbereitung durchgeführt

Zwar wendet sich der in autonomen Kreisen am weitesten akzeptierte *„Triple Opression"*-Ansatz explizit gegen eine Hierarchisierung der drei bis vier großen Unterdrükkungsverhältnisse. Trotzdem sind viele soziale Kämpfe bei 'den' Autonomen kein Thema: Egal, ob • von Gewerkschaftsapparaten organisierte Lohnkämpfe, • *gegen* Gewerkschaftsapparate durchgesetzte Streiks wegen der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
• bundesweite Demonstration gegen das Lohnabstandsgesetz im BSHG, • ethnische Säuberung beim Bosch-Siemens Hausgerätewerk, • atmende Fabrik bei VW, • Modulsystem bei der Abrechnung von Pflegeleistungen, • monatliche Demos der Erwerbslosenbewegung und so weiter und so fort. Die Autonomen glänzen durch Abwesenheit.

> **These**: Wir denken, die Abstinenz der Autonomen zum Thema 'Soziale Frage' und die vorher erwähnte Auseinandersetzungsfähigkeit bedingen sich gegenseitig.

2.3 Von der Auseinandersetzungsunfähigkeit zum blinden Fleck 'Soziale Frage'

Wer unter Auseinandersetzungsunfähigkeit leidet, wird zum Thema 'soziale Frage' besonders politikunfähig sein, denn hier treffen die erstaunlichsten Widersprüche aufeinander. Vor 1½ Jahren bildete sich ein Diskussionskreis mit Namen LEGO, der anfänglich eine repräsentative Zahl autonomer Gruppen versammelte. LEGO begann mit einer Debatte um die Soziale Frage, bei der mehrfach RednerInnen bemerkten, daß *der* streikende Siemensarbeiter möglicherweise ein Nationalist ist und *die* Kassiererin bei Aldi in Hohenschönhausen sich womöglich im Patriarchat nur einrichtet.
Mit '*denen*' könne man sich dann nicht solidarisieren, weil man mit '*denen*' wenig bis nichts gemein habe.

Daran ist **1.** falsch:
Die Vermutung, daß man mit '*denen*' wenig gemein hätte und **2.** politisch verheerend:
Die Vorstellung, '*der*' Siemensarbeiter bzw. '*die*' Hohenschönhausener Aldikassiererin verkörperten eine wesenhafte und unveränderliche Identität.

Zum 1. Punkt (der Vorstellung ganz anders zu sein, als die anderen) brauchen wir *hier* hoffentlich nicht viel zu sagen. Ideologien existieren in gesellschaftlichen Praxen und Diskursen, von denen man sich gerade so wenig mal eben frei machen kann, wie von 'harten' Lebensbedingungen wie Arbeit und Wohnumfeld.

Zum 2. Punkt (der Identitätskonstruktion '*des*' nationalistischen Siemensarbeiters bzw. '*der*' aufgedonnerten Aldikassiererin, kurz: '*die Proles*'): **Diese Identitätskonstruktion** ist politisch fatal, weil **sie die (ideologiekritischen) Fragen** verhindert, deren **Bearbeitung und Beantwortung Voraussetzung** für **strategisches Eingreifen und gesellschaftliche** Veränderung **sind:**

• *Warum* ist der/die/das so? • **Wie funktionieren solche** Vorstellungen? • Was gewinnen **die Leute damit?**
• Welche Nöte und Wünsche drücken **sich darin aus und** deshalb *last not least*: • Welche gemeinsame Perspektive könnten selbst so verschiedene Gruppen in einem Prozeß von Befreiung haben? • Welche gemeinsamen Veränderungsprozesse sind möglich?

Wer Identitäten, *auf welche Weise auch immer*, verewigt, verhindert praktisch die Frage nach Veränderung. Dann bleiben eben nur noch schwarz/weiß -Weltbilder übrig.

Konsequenterweise müßten wir an dieser Stelle eben solchen ideologiekritischen Fragen nachgehen, um herauszukriegen, • *warum* sich Autonome bei der LEGO-Diskussion zuerst mal von 'dem' Siemensarbeiter und 'der' Aldikassiererin distanzieren mußten, • was die Autonomen mit solchen Diskussionen gewinnen, welche Bedingungen und Wünsche sich darin ausdrücken, • • •
und all das, wie gerade aufgeführt.
Wir werden die Autonomen hier *nicht* auf den ideologiekritischen Prüfstand stellen, sondern es statt dessen beim freundlichen Apell bewenden lassen:

- sich auf Auseinandersetzungen einzulassen, ohne schon vor der Auseinandersetzung den moralisch bzw. politisch richtigen Standpunkt zu kennen,
- Identitäten (auch die eigene) nicht zu verewigen, sondern sich statt dessen zu fragen, wie's dazu kommt, daß Menschen in (welchen?) Verhältnissen so oder so drauf sind.

Soviel erst mal dazu, inwiefern Auseinandersetzungsunfähigkeit zur Abstinenz vom Politikfeld 'Soziale Frage' führt.

2.4 Vom blinden Fleck... zur Auseinandersetzungsunfähigkeit

Umgekehrt wird, wer das Thema „soziale Frage" meidet, politisch ganz sicher auseinandersetzungsunfähig *werden* und in Zeiten rapide sich verschärfender sozialer Gegensätze zunehmend mehr.

Eine Bewegung, die dazu nichts zu sagen hat und bei den entsprechenden Kämpfen immer außen vor bleibt, wird zunehmend bedeutungsloser. Es wird dann auch immer weniger Bewegungen geben, die sich auf die autonome noch auseinandersetzend beziehen wollen. Wer auf der einen Seite seine Ideale von Befreiung und Kampf den trikontinentalen Guerilleros entlehnt, aber andererseits ein Verhältnis zur umgebenden Bevölkerung hat, das ein *„Schwimmen wie der Fisch im Wasser"* völlig unmöglich macht, macht sich politisch lächerlich.

Von heute aus betrachtet, stellt sich die *Dethematisierung* der Sozialen Frage in der radikalen Linken, speziell bei den Autonomen, als fataler Fehler dar, weil Widerstand auf diesem Gebiet nun – überspitzt formuliert – bei Null anfangen muß, statt sich auf Erfahrungen und *Auseinandersetzungen* beziehen zu können.

> **These**: Was unseres Erachtens perspektivisch für die gesamte Linke Not tut, ist eine *Re*thematisierung der Sozialen Frage, die andere Widersprüche (Sexismus/Patriarchat, Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Ökologiefrage...) nicht wieder unter den Tisch fallen läßt.

2.5 Die Autonomen könnten ihr Scherflein zum Widererstarken der Linken beitragen, wenn...

Das bedeutet insbesondere, nicht in die Falle der alten Identitätskonstruktionen des Arbeiterbewegungsmarxismus zu gehen und Klasse als Subjekt zu denken, mit geradezu 'angeborenen' Eigenschaften, wie etwa fleißig, ehrlich, widerständig und sogar unschuldig, weil im Zweifelsfall immer nur von der Führung verraten. Das bedeutet weiter, Unterschiede und Gegensätze innerhalb dessen, was der Arbeiterbewegungsmarxismus als '*die* Klasse' bezeichnet, wahrzunehmen, auszutragen und dabei Partei zu ergreifen.

Die Autonomen könnten zu einer so verstandenen *Re*thematisierung der Sozialen Frage etwas beitragen, *wenn* sie ihre autistische Auseinandersetzungsunfähigkeit und ihre damit verbundene Identitätstümelei zu überwinden in der Lage sind.
Um das zu erreichen, sind politische Auseinandersetzungen innerhalb der Autonomen um die strategische Linie notwendig und werden auch (in noch zu geringem Umfang) geführt.

2.6 Die Auseinandersetzung läuft bereits

So versuchte z.B. die Gruppe „Autonome KleingärtnerInnen" in die vorhin erwähnte Diskussion um Soziale Frage beim LEGO-Treffen mit einem Papier zu intervenieren, in dem sie die Forderung nach bedarfsorientierter Grundsicherung stark machten.
Wir selbst haben vor kurzem einen kleinen Versuch in dieser Richtung gestartet, anläßlich eines Flugblatts zum 1. Mai, den Nazis und deren Thematisierung der sozialen Frage im Autonomenfachblatt „Interim". In diesem Flugblatt wurde die Forderung nach einer bedürfnisorientierten Grundsicherung als reformistisch und nicht weitreichend genug kritisiert. Wir vertreten in einer Antwort auf dieses Flugblatt, daß die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung von DM 1500.- plus Warmmiete besonders geeignet ist, Spaltungen zu überwinden und insofern auch eine anti-sexistische/anti-patriarchale

und anti-rassistische Forderung ist [vgl. „Wer schon nicht arbeitet, soll wenigstens gut essen!", Interim Nr. 450, S. 16f].

Das aktuell diskutierte Strategiepapier „Wo ist Behle"[1] bezieht insofern implizit Stellung in dieser Auseinandersetzung, als sein Autor Fridolin seine Aktionsvorschläge ausgerechnet *am Beispiel* einer „Anti-Reichtumskampagne" *illustriert*, eine Idee, auf die man erst mal kommen muß! Seine Vorstellung politischen Erfolges als „wir werden wieder mehr" (Autonome) kann nur vor dem Hintergrund gedacht werden, 'die' Autonomen wären der Befreiung zumindest am nächsten und der Weg zur Befreiung führe mindestens über den Weg einer 'Verautonomung', wenn nicht *zur* 'Verautonomung' der Gesellschaft.[3] Demgegenüber wollen wir betonen, daß gesellschaftliche Befreiung ein Projekt ganz anderer Größenordnung ist, in das sich die winzige autonome Bewegung einfinden müßte, um sich zusammen mit den anderen zu *verändern*.

Soweit zur Sozialen Frage und wo wir die Autonomen dabei verorten.

3 Darstellung der Diskussion vom 30. 05. 98

3.1 Positionen

Die erste, sehr berechtigte Frage war, was denn nun eigentlich an unserer Kritik und Szeneschelte so neu sei, ob wir denn in der Lage seien, Wege aus der Misere zu weisen. Sicher ist es so, daß Teile unserer Kritik schon seit Jahren immer wieder aufs Tapet gebracht werden[2]. Das macht die Kritik dann zwar nicht neu, nimmt ihr aber auch nichts von ihrer Aktualität und Gültigkeit, solange sich die autonomen Verhältnisse nicht geändert haben. Zudem betonten wir, daß unser Identitätsbegriff durchaus andere Dimensionen hat, als der bisheriger KritikerInnen aus autonomen Kreisen; daß er sich nämlich nicht nur kritisch auf die folkloristische, subkulturelle Aura bezieht, mit der sich die Autonomen so gern umgeben, sondern auch nach deren kritischem Bezug auf die Gesellschaft fragt, und wieso die Vorstellung so verbreitet ist, ihre Kritik enthebe sie der Notwendigkeit der Selbstreflektion - diese Kritik ist nämlich auch Fortsetzung und Auswirkung der „Normalität", von der sie sich so gern absetzen. Trotzdem bleibt festzuhalten: Wir haben keinen Weg aus der Misere zu bieten, zumindest keinen organisatorischen.

An diesem Punkt wird auch der Unterschied unseres Ansatzes zu Fridolins Kritik in der Broschüre „Wo ist Behle?" klar. Wir fragen nach den sozialen Gegebenheiten, und fragen uns, wie wir in ihnen etwas verändern können, während Fridolin in seinem Text zwar dem Allgemeinplatz zustimmt, daß sich die soziale Frage verschärft, dabei aber trotzdem aufgrund der nicht zu hintergehenden Unvereinbarkeit zwischen autonomen „Denk- und Wertefiltern" (Fridolin) und denen der „Normalbevölkerung" keinerlei Handlungsansätze sieht, die diese mit einbezögen.[3]

Auf Fridolins Text wurde in der Diskussion mehrfach positiv **Bezug** genommen; hauptsächlich als gute Begründung dafür, warum sich Autonome schwer tun, bei der Auseinandersetzung mit der sozialen Frage. Es wurden wiederholt antinational motivierte Fragen nach den Fallstricken der Beschäftigung mit der sozialen Frage in Deutschland gestellt. Dabei wurde argumentiert, aufgrund der historischen Kontinuitäten sei eine Zusammenarbeit mit der „Deutschen Normalbevölkerung" nicht möglich. Mit denen verbinde uns eben wirklich nichts. Die Arbeiterbewegung habe schon mehrfach national versagt, die soziale Frage könne schließlich auch von rechts gelöst werden. Also dürfen wir nicht in die gleiche Falle laufen, indem wir versuchen, uns mit der Masse gemein zu machen.

Unsere Antwort darauf ist, daß es nur eine fatale Fehleinschätzung sein kann, den rechten Kräften, die sich in der Tat intensiv mit der sozialen Frage befassen, das Feld zu überlassen. So etwas kann sich nur leisten, wer sowieso nicht von der Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse ausgeht und nur noch als MahnerIn in der Wüste die schlimmsten Auswüchse zu verhindern sucht.[4]

Uns wurde entgegengehalten, wir verschreiben uns mit unserer „Volksnähe" einem volkstümelnden, arbeiterverherrlichenden Marxismus, bzw. dem Maoismus. Diese Position wurde nun gerade auf dieser Veranstaltung von gar niemandem vertreten, in unserem Referat tauchte sie nur als Hauptwiderspruchsdenken auf, von dem es sich abzugrenzen gilt. Wir fragen uns, was für eine Funktion das Aufbauen eines solchen Pappkameraden eigentlich erfüllen sollte... Wir hoffen, daß sich KritikerInnen, die bei uns solche Positionen zu erkennen glauben, mit diesem Text auf die Diskussion vorbereiten!

Die arrogante Überheblichkeit vieler antisozialer Äußerungen auf dieser Veranstaltung blieb keinesfalls unwidersprochen. Im Gegenzug wurde von anderen darauf hingewiesen, daß die als ach so nationalistisch beschriebene ArbeiterInnenschaft doch oft genug gar nicht „deutsch" sei, daß die Voraussetzung für die Behauptung eines solchen Antagonismus klar antisoziale Positionen seien. Ob sich nicht in den Berührungsängsten der Autonomen hauptsächlich ihr eigener nicht eingestandener Mittelstands- bzw. BildungsbürgerInnenhintergrund verberge, der ihnen liberale Werte wie Toleranz als selbstverständlich erscheinen lasse, etwas, das man entweder hat oder nicht (Kritik, der wir unbedingt zustimmen). Schließlich „profitierten" die meisten Autonomen von den Verhältnissen. Fast alle hätten so etwas wie einen Immobilienhintergrund, mit dem es sich ganz gut antisozial argumentieren lasse. Ein Genosse bekannte sich dazu, daß sich seine Haltung den Autonomen gegenüber zunehmend dahin entwickelt habe, diese Art von „autonomen Loyalitäten" zu bekämpfen.

Wir hatten eigentlich erwartet, daß auch am Thema Patriarchat diskutiert würde und versuchten mehrfach, Abgrenzungskonstruktionen a la „ich kann doch nicht einfach behaupten, daß irgendwer besonders widerständig ist, nur weil er unterdrückt wird"(in diesem Falle die Normalbevölkerung), auf die Unterdrückungsmechanismen im Patriarchat zu beziehen. Wohlgemerkt, wir sind ganz und gar nicht der Ansicht, daß Frauen deshalb per se widerständig sind, weil sie im Patriarchat den Kürzeren ziehen. Wir würden aber auf jeden Fall vertreten, daß Frauen diejenigen sind, die diese Unterdrückungsmechanismen am deutlichsten zu spüren bekommen, und dadurch potentielle Interessentinnen daran, daß sich etwas ändert. Damit wurde sich aber nicht weiter auseinandergesetzt, was nicht schlimm gewesen wäre, hätten nicht einige Männer immer wieder betont, daß man mit der „Deutschen Normalbevölkerung" ja auch aufgrund ihrer sexistischen Vorstellungen nicht zusammenarbeiten könne; ein schönes Beispiel für den Versuch sich seine gute autonome Männeridentität zurecht zu basteln, die sich grundsätzlich von der „normaler" Männer abhebt!

3.2 Zum Schluß:

Wir haben uns durch diese Diskussion in einigen unserer Thesen zu autonomer Identitätstümelei und antisozialer Grundhaltung aufs schönste bestätigt gefunden. Nicht nur, daß es Gleich- oder Ähnlichgesinnte gibt sondern auch, daß sich an den autonomen Zuständen und selbstherrlichen autonomen Vorstellungen, wie sie auch von einigen MitdiskutantInnen vertreten wurden, nicht so viel geändert hat, daß nicht weitere Auseinandersetzungen nötig wären.

Kommt am 11. 7. ins X-B-Liebig. Wir versprechen uns von Eurer Kritik an den Autonomen und auch an uns eine Vertiefung und Erweiterung dieser Diskussion.

Die Unglücklichen
c/o Infoladen Daneben
Liebigstraße 34
D-10247 Berlin
email: Daneben@omega.berlinet.de



1 Interim Sonderheft März '98

2 Siehe insbesondere die Heinz-Schenk-Debatte, 1991 in der Interim, als Broschüre zu bestellen über den Infoladen Daneben, Adresse: s. u.

3 Da hilft es auch nicht viel, wenn Fridolin in Kapitel 4 von „Wo ist Behle?" (Seite 23) betont: „Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, daß das allmähliche Anwachsen des autonomen Kerns mit einer allmählichen Veränderung der gesellschaftlichen Eckdaten einhergeht und daß deshalb *links-autonomes Wachstum und Gesellschaftsveränderung* lediglich die beiden Seiten derselben Medaille darstellen." Denn im Endeffekt bedeutet für ihn die angestrebte Gesellschaftsveränderung, daß alle erst autonome Denk- und Wertemuster annehmen müssen, bevor sich etwas ändern kann (siehe Kapitel 4.1 von „Wo ist Behle?").

4 Lektüretip zum Thema „Soziale Frage" aus antinationaler Perspektive: Klaus Törner: „Mythos der deutschen Arbeit. Kein Platz für Schmarotzer" sowie Gerhard Hanloser: „Hilfe zur Arbeit. Zum Wohle der Allgemeinheit"; beide Artikel sind in der Jungle World vom 18.Juni 98



Befreiung zur Weiblichkeit?

von Sabine Grimm

Der Begriff der »Differenz« spielt derzeit sowohl in der Diskussion um Rassismus als auch in der feministischen Theorie und Politik eine Schlüsselrolle. Die VerfechterInnen der Differenz gehen von der Annahme aus, daß Rassismus wie Sexismus von einem »Haß auf Differenz« motiviert seien, der zur Verleugnung, Ausschließung und letztlich zur Vernichtung des/der »Anderen« führe. Demgegenüber gelte es, die »sexuellen und kulturellen Differenzen» in ihrer sozialen Faktizität anzuerkennen, um den Raum für eine veränderte Gesellschaft zu eröffnen, »in der man ohne Angst verschieden sein kann« (Adorno).



Das Problem mit der multikulturalistischen bzw. feministischen »Ethik der Differenz« ist allerdings, daß sie an der Konstruktion und Fixierung von Kollektividentitäten mitarbeitet: Da sie die Differenz zwischen der »eigenen« und den »fremden« Kulturen sowie zwischen der »weiblichen« und der »männlichen Identität« ständig neu herausstellt, läuft sie Gefahr, den sexistischen und rassistischen Partikularismus abzustützen. Sie verschleiert, daß es sich bei diesen Differenzen um Verhältnisse von Dominanz und Unterordnung handelt, um Herrschaftsverhältnisse, die auf den Ebenen des Ökonomischen, Politischen und Ideologischen unterschiedliche Formen annehmen. Wenn Feministinnen die gesellschaftliche »Anerkennung der sexuellen Differenz« einfordern, welche Differenz meinen sie? Inwiefern hat die altbekannte konservative Warnung vor der »Vermännlichung« der Frau ihre Entsprechung auf seiten des Feminismus in der offensiven Aufwertung »weiblichen Andersseins«?

Gleichheit oder Differenz?

AntifeministInnen haben schon immer vorzugsweise das feministische Gleichheitspostulat angegriffen und es war ihnen meist ein Leichtes, den Anspruch auf Gleichheit der Geschlechter zurückzuweisen, hatten und haben sie doch die sensualistische Evidenz (sinnlich wahrnehmbarer Augenschein; Übersetzg. d. Red.) der Unterschiede auf ihrer Seite, gegen die die universalistische Logik argumentiert. Und immer zielte die konservative Reaktion gegen den Feminismus auf eine »Bewahrung der Unterschiede«, oder besser: des »Großen Unterschieds», den die »Natur« so augenfällig vorgebe. So wird in bürgerlichen Gesellschaftstheorien die historische Trennung von Reproduktions- und Produktionssphäre sowie die damit einhergehende politische Trennung von »Öffentlichkeit« und »Privatsphäre» zu einer »ursprünglichen«, in der »Natur« der »Geschlechtscharaktere« begründeten erklärt und die Familie als »natürliche« Lebensform propagiert.

Auch die Neuen Rechten greifen auf soziobiologische, anthropologische und ethologische Argumentationsmuster zurück, um die »Geschlechtscharaktere» als biologisch determiniert herauszustellen. Dabei treten sie selbst mit »frauenfreundlichem» Gestus als Kritiker der »egalitären Ideologie» (Benoist) auf, die alle Menschen nur »gleichmachen» wolle und die »qualitativen Unterschiede» mißachte. Alain de Benoist, einer der intellektuellen Köpfe der französischen nouvelle droite, bringt das folgendermaßen auf den Punkt: Der »moderne Egalitarismus« vermittle »stillschweigend eine bestimmte Vorstellung vom Menschen, einen bestimmten 'genormten' Typ, der stets männliche Züge hat (...) Alles trägt sich so zu, als ob die Frau zu ihrer 'Befreiung' auf ihr sexuelles Ich verzichten müßte, d.h. aufhören müßte, Frau zu sein, versuchen müßte, ein 'Mann weiblichen Geschlechts' zu werden...« (Benoist, 1984: 285f). Solche Formulierungen, bis in den Wortlaut identisch, kann frau auch in feministischen Texten wiederfinden. Die Kritik am universalistischen Paradigma der Gleichheit bestimmt seit geraumer Zeit die feministische Diskussion. Unter den Schlagworten »Gleichheit« und/oder »Differenz« werden hierbei unterschiedliche Emanzipationskonzepte verhandelt. Der Streit wird geführt als einer um Reform oder Revolution, wobei die Verfechterinnen der Differenz die radikalere Position für sich reklamieren. Aus ihrer Sicht erscheint die Gleichheitspolitik als Politik der »Angleichung« bzw. »Assimilation« der Frauen an »männliche« Normen. Sie kritisieren den »totalitären Zug« der Gleichheitsforderung, die das Besondere (das »weibliche Geschlecht«) dem Allgemeinen (dem »männlichen Geschlecht«) subsumiere.

Dabei verstehen beide Seiten Gleichheit vor allem juridisch als Gleichheit vor dem Gesetz, als Gleichberechtigung bzw. Gleichstellung - die einen als Verteidigerinnen des Universalismus, die anderen als dessen Kritikerinnen. In diesem Sinne wird die Position der Gleichheit identifiziert mit einem liberalen »Gleichstellungsfeminismus«, dem es lediglich darum geht, Frauen auf die Position von Männern zu heben, der aber keine weitergehende Gesellschaftskritik mehr verfolgt. Gegenüber diesem Verständnis von Gleichheit als »Angleichung« insistieren die Differenztheoretikerinnen auf der Betonung »weiblicher Differenz«. Streng genommen ist der Unterschied zwischen beiden Positionen gar nicht so groß, da die Vertreterinnen der Gleichheit das Geschlechterverhältnis als Verhältnis der Arbeitsteilung und als ideologisches Verhältnis zumeist aus-

klammern und in dieser Hinsicht durchaus für »Differenz« plädieren, indem sie etwa die Zuständigkeit der Frauen für die Kindererziehung nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern lediglich sozialpolitische Hilfsmaßnahmen fordern (z.B. die Anrechnung der »Erziehungsarbeit« auf die Rente) - das nennt sich dann programmatisch »Gleichheit ohne Angleichung« oder »Gleichheit in der Differenz«.

Die Polarisierung, die die feministische Diskussion dominiert, ist demnach am ehesten zu umschreiben mit den Begriffen »Gleichstellung« einerseits und »Befreiung zur Weiblichkeit« andererseits. Dieser Polarisierung folgend ist der Feminismus derzeit in zwei Lager gespalten: Auf der einen Seite stehen die Vertreterinnen eines liberalen Feminismus, die - nach dem Motto »Menschenrechte haben kein Geschlecht« - eine universalistische Strategie verfolgen, im Vertrauen darauf, daß die gesellschaftliche Modernisierung auch den sexistischen Partikularismus schließlich auflösen und die Frauen zu »freien Staatsbürgerinnen« konstituieren wird; auf der anderen Seite die Vertreterinnen eines »radikalen« Feminismus, die, ausgehend von der Kritik des patriarchalischen Universalismus, diesem »Versprechen der Moderne« eine Absage erteilen - mit der Tendenz zum Separatismus und zur Beschwörung einer »weiblichen Natur« oder »Kultur«, die allein die patriarchalische Zivilisation zu retten imstande sei.

Verfolgt der liberale Feminismus keine grundsätzliche Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse mehr, so tritt im »radikalen» Feminismus an die Stelle kapitalismuskritischer Ansätze zumeist eine pauschale Zivilisationskritik, die das Geschlechterverhältnis als primäres Unterdrückungsverhältnis bestimmt und sich vorrangig als moralische Kritik »männlicher Werte« artikuliert. Iris M. Young, die diese unterschiedliche Ausrichtung für die US-amerikanische Diskussion mit den Begriffen »humanistischer« gegen »gynozentrischer« Feminismus kennzeichnet, spitzt die Polarisierung in einer katastrophischen Alternative zu: »Entweder zielt der Feminismus darauf ab, daß Frauen die gleichen Möglichkeiten und Privilegien haben, welche die Gesellschaft Männern einräumt, oder Frau durch Betonung des besonderen Wertes des Frauseins zu begegnen...«, kurz: »entweder wollen wir wie Männer sein oder nicht.« (Young, 1989: 56)

Es ist genau diese Zuspitzung, die den Blick auf die soziale Konstruktion von »Geschlecht« verstellt und das eigentliche Dilemma, nämlich mit unausweichlicher Notwendigkeit entweder »Mann« oder »Frau« sein zu müssen, unangetastet läßt. Dieses Dilemma dominiert die Auseinandersetzung um Gleichheit oder Differenz - sie findet in einem Rahmen statt, der die Kategorie des »Geschlechts« als evidente voraussetzt und die herrschende Geschlechterpolarisierung nicht in Frage stellt. Statt dessen verbindet sich mit dem Begriff der »Differenz« ein feministischer Essentialismus, der die »Frau« als Kategorie mit notwendigen Eigenschaften konstruiert und »Weiblichkeit« unter Rückgriff auf traditionelle Zuschreibungen wiederum festlegt.

Die Theorien der »sexuellen Differenz« (oder auch »Geschlechterdifferenz«), die seit einiger Zeit nicht nur den akademischen Feminismus, sondern auch die feministische Politik - von autonomen Frauenprojekten bis hin zu den Grünen - mit bestimmen, gehen größtenteils zurück auf die Schriften der französischen Psychoanalytikerin und Philosophin Luce Irigaray. Ihre Popularisierung in der hiesigen feministischen Szene erfolgte jedoch in erster Linie über die Rezeption italienischer Feministinnen, die sich auf Irigaray bezogen. Epistemologischer Ausgangspunkt dieser Theorien ist die Annahme einer »sexuellen Differenz«, die durch den herrschenden »männlichen« Diskurs verdrängt, geleugnet bzw. minderbewertet werde. Mit der Einsetzung einer geschlechtsspezifischen (»eingeschlechtlichen«) »symbolischen Ordnung«, die sprachliche und andere Repräsentationssysteme umfaßt, habe sich, so Irigaray, eine der beiden menschlichen »Gattungen« selbst absolut gesetzt, indem sie der anderen die »Gattungskonstitution« verweigerte. Weil das »weibliche Begehren« die Geschlossenheit des »phallogozentrischen Systemq bedrohe, sei es zu etwas Defizitärem erklärt und unterdrückt worden. In diesem Sinne sei der »Ausschluß der Frauen«« Funktionsbedingung und Grundlage der »von Männern entworfenen symbolisch-sozialen Ordnung« (Libreria, 1988: 153).

Irigaray und ihre Mitstreiterinnen versuchen, dieser herrschenden »Logik des Einen« eine »Ethik der sexuellen Differenz« entgegenzusetzen, deren Ziel die »Sexualisierung« aller gesellschaftlichen Bereiche ist. Nach ihrer Überzeugung sollten die Frauen nicht »Gleichheit einfordern, da sie sich auf diese Weise nur den männlichen Maßstäben unterwerfen würden. Ausgangspunkt und Ziel der Befreiung müsse vielmehr die »weibliche Differenz«, ihre »Identität« als Frauen sein. Diese gelte es gesellschaftlich sichtbar zu machen durch eine »Revolution der symbolischen Ordnung«, d.h. durch die Ausbildung eines »weiblichen Symbolischen« in Gestalt »eigener« Repräsentationssysteme (Sprache, Gesetze, Riten etc.). In diesem Zusammenhang fordert Irigaray etwa »bürgerliche Rechte und Pflichten für beide Geschlechter« und die Schaffung einer »weiblichen Genealogie«.

Eigentlich handelt es sich bei der Theorie der sexuellen Differenz weniger um eine feministische Theorie als vielmehr um eine neue »Theorie der Weiblichkeit«, genauer: um eine neue Geschlechterphilosophie. Eine feministische Theorie analysiert das »Geschlechterverhältnis als gesellschaftlich konstituiertes Herrschaftsverhältnis in der Perspektive seiner Überwindung und faßt »Geschlecht« als durch und durch historische Kategorie.







Die Tradition der Geschlechterphilosophie dagegen bestimmt »Geschlecht« als unveränderbare, überhistorische Konstante menschlicher Existenz und sieht gerade von der sozialen Konstitution des Geschlechterverhältnisses ab. Auch die Theorie der sexuellen Differenz stellt die Kategorie des Geschlechts in den Horizont einer imaginären »Natur« und definiert sie als »ursprüngliche Differenz im Menschsein« (Libreria, 1988: 150). Sie setzt ein jeder Gesellschaft vorgängiges, der patriarchalischen Entfremdung unterliegendes »weibliches Wesen« voraus, das gewissermaßen nur auf seinen Ausdruck wartet. Sie verlegt damit zugleich die Ursache des Sexismus in sein Objekt - so daß etwa die Gebärfähigkeit der Frauen als »natürliche« Ursache ihrer Unterdrückung erscheint.

»...eine feministische Version des Ewig-Weiblichen«

Die biologistische Konstruktion der »Geschlechterdifferenz« nimmt bei Irigaray Züge an, die man - in Analogie zur rassistischen Angst vor der »Vermischung« der »Kulturen« - als feministische »Mixophobie« bezeichnen könnte. Ihrer Überzeugung nach ist es die Anzahl der X- oder Y-Chromosome, die uns den Weg zu uns weist: »Das darf nicht als irgendeine Bisexualität interpretiert werden: Jedes Geschlecht hat eine nicht zu reduzierende Identität in seinem Gen-, Chromosomen-, Hormonerbe« (Irigaray, 1989: 248). Ausgehend von der unterschiedlichen Anatomie der Körper und unter Rückgriff auf anthropologische und soziobiologische Argumentationsmuster entwirft Irigaray eine feministische Version des Ewig-Weiblichen, derzufolge die »weiblichen« Denk- und Gefühlsweisen sich radikal von den »männlichen« unterscheiden. Ich will hier nur auf einige Konsequenzen hinweisen, die ein solcher Essentialismus nach sich zieht:

Zum einen thematisiert sie Sexualität nicht als soziale Praxis, sondern unterstellt triebtheoretisch eine »weibliche« bzw. »männliche« Libido. Die Annahme eines »weiblichen Begehrens« fundiert die Annahme einer grundlegenden Andersartigkeit der »weiblichen Sprache«. Diese sei wie die »weibliche Sexualität« fließend, nonlinear und inkohärent, unverständlich für die »männliche Sprache« mit ihrer Ausrichtung auf die Logik des Verstandes. Irigarays metaphorische Ausgestaltung des »Weiblichen« läßt sich auf den längst bekannten Nenner des Natürlich-Sinnlichen bringen. Wieder einmal wird die Frau auf die Darstellung ihrer Sexualität reduziert und verharrt auf dem ihr traditionell reservierten Posten des »Verrückten«, Infantilen, Irrationalen etc.

»...das friedliebende >weibliche Geschlecht<, dem nun qua Gnade der weiblichen Geburt eine geschichtsrettende Rolle zuwächst«

Zum anderen verbindet sich mit dem Postulat einer »weiblichen Natur« eine Zivilisationskritik, die dem feministischen Subjekt erlaubt, sich als »Hoffnungsträgerin« (Irigaray), als Retterin der zum Untergang verurteilten patriarchalischen Zivilisation zu imaginieren: dem naturzerstörenden, körperfeindlichen und gewaltverherrlichenden »männlichen Geschlecht« (dessen Eigenschaften natürlich ebenfalls im »männlichen Begehren« wurzeln) steht das naturverbundene, lebensspendende und friedliebende »weibliche Geschlecht« gegenüber, dem nun qua Gnade der weiblichen Geburt eine geschichtsrettende Rolle zuwächst.

Schließlich betreibt Irigaray eine Apologie der Familie und der reproduktiven Heterosexualität. In ihren letzten Schriften dienen die »Mutter« und die »männerliebe Frau« als bevorzugte Denkfiguren für ihre Konstruktion der »Weiblichkeit«. Die von ihr geforderte »Ethik der sexuellen Differenz« ist gedacht als eine »Ethik des Paares«. Diese soll »den Geist des Volkes von seiner grundlegenden Produktions- und Reproduktionszelle aus [...] verändern: von der Familie aus, dem Paar als dem Ort der regenerierenden und erzeugenden Vereinigung der Geschlechter« (Irigaray, 1989: 217).

Es ist das aus konservativen Theorien bekannte organizistische Gesellschaftsbild, das hier seine feministische Ausgestaltung erfährt. »Familie« und »Volk« werden zu natürlichen Entitäten und das heterosexuelle Paar erscheint als grundlegende Einheit aller Gesellschaft. Irigarays Geschlechterphilosophie legitimiert nicht nur die ohnehin gesellschaftlich anerkannte Vorstellung, daß die Bestimmung der Frau die »Mutterschaft« sei und sichert ideologisch die Hegemonie der reproduktiven Heterosexualität, sie definiert diese auch noch als Dienst am »Volk«: »Die ethische Verantwortung der Frauen, ihre Teilhabe an der Ordnung der Familie und des Volkes, müssen in ihrer geschlechtlich bestimmten Besonderheit gesellschaftlich sichtbar werden, damit sich der soziale Körper nicht von dem natürlichen Körper abtrennt...« (ebenda, 222).

»die feministische Theorie insgesamt ist dominiert von einem biologistischen Materialismus«

Es ist dies ein Aspekt der Irigarayschen Schriften, der in der feministischen Diskussion geflissentlich übersehen wird - nach dem Motto: das meint sie doch gar nicht so ernst. Ich bin jedoch der Ansicht, daß ihr Essentialismus, daß jeder Essentialismus zwangsläufig dazu führt, soziale Verhältnisse als unveränderbare und ursprüngliche festzuschreiben. Doch nicht nur Irigarays Geschlechterphilosophie, sondern die feministische Theorie insgesamt ist dominiert von einem biologistischen Materialismus, der die Kategorie des Geschlechts als evidente und ahistorische voraussetzt. Dieser Materialismus, der dem Modell des »Geschlechts-als-Materie« (Butler) verpflichtet ist und auf die sensualistische Evidenz der verschiedenen Körper verweist, verliert gerade die Frage der sozialen Konstruktion von »Geschlecht« aus dem Blick. Statt die spezifische Materialität von »Geschlecht« in der sozialen Praxis zu begründen, reißt der biologistische Materialismus die Kategorie der »Frau« aus ihrem sozialen Zusammenhang, beraubt sie ihrer Geschichte und stellt sie in den Horizont einer imaginären »Natur«.

Doch weder Natur noch Gesellschaft besitzen intrinsische Bedeutungen, die mittels der Sprache zutage gefördert werden. Vielmehr bewegt man sich in der Rede über »Geschlecht« immer schon innerhalb eines Bezugssystems von Bedeutungen, das gesellschaftlich produziert ist, und das Trennungen entlang bestimmter Linien - Natur/Zivilisation, sex/gender, Körper/Geist, weiblich/männlich - bereits vollzogen hat. Innerhalb dieses Systems verschieben sich die Artikulationen von »Geschlecht« permanent zwischen biologistischen und kulturalistischen Aspekten, d.h. sowohl sex als auch gender sind als historisch entstandene Kategorien zu begreifen.

In diesem Sinne muß die erneute Festlegung von »Weib-

lichkeit« durch den feministischen Diskurs nicht unbedingt biologistisch über die Konstruktion einer imaginären »weiblichen Natur« erfolgen. Der feministische Essentialismus kann die beschworene »Essenz« auch kulturell und geschichtlich definieren. Ein Beispiel hierfür ist die Debatte um eine »weibliche Moral«, wie sie sich im Anschluß an Carol Gilligans Thesen zur »Moral der Frau« entwickelt hat (Gilligan 1988). Gilligan behauptet, daß die sozial bedingte Herausbildung der Geschlechtsidentität (gender) bei Frauen eine beziehungsorientierte Einstellung zu anderen bewirke, während sie bei Männern eine stärker von Opposition und Konkurrenz geprägte Form des Umgangs hervorrufe, und daß dies sich in unterschiedlichen Formen des moralischen Urteils niederschlage Sie faßt diese Differenz im Sinne zweier unterschiedlicher Moralauffassungen - einer »männlichen« Ethik der Rechte und Gerechtigkeit und einer »weiblichen« Ethik der Verantwortung und Fürsorge (care). Auch wenn sie selbst dies nicht »ontologisch« verstanden wissen will - indem sie einräumt, daß die verschiedenen Moralkonzeptionen ebenso unabhängig vom biologischen Geschlecht (sex) vorstellbar wären - tendiert doch die Rezeption ihrer Thesen dahin, Frauen explizit eine »andere Moral« zuzusprechen.

Weitgehend ausgeblendet wird dabei, daß die empirisch sicherlich nachweisbare beziehungsorientierte und fürsorgliche Einstellung von Frauen nicht abzulösen ist von ihrer Zuständigkeit für die Kindererziehung, ihrem hohen Anteil an »pflegenden« Berufen etc. und auch ein Effekt ihrer Unterdrükkung, ihrer ökonomischen und emotionalen Ausbeutung ist. Statt die Geschlechterpolarisierung zu unterlaufen, wird auch hier meist wieder die weibliche Andersartigkeit beschworen und zur Instanz der Rettung stilisiert: »Unsere weibliche Sozialisation und unser traditionelles Rollenverständnis als Mütter vermitteln uns eine Fähigkeit zur Fürsorge und einen Sinn für soziale Kooperation, die vielleicht die einzige Rettung für diesen Planeten sein könnten« (Young, 1989: 47).

»die neue Geschlechter-Philosophie verleiht dem 'weiblichen Lebenszusammenhang' einen neuen Glanz«

Warum müssen es gerade wieder die Frauen sein, die den Dreck wegräumen? Und ist dies nicht das aus der Geschlechterphilosophie der Aufklärung nur allzu bekannte Bild der Frau als den Mann zivilisierendes »moralisches Geschlecht«?

»Zeit der Differenz« in der Frauenpolitik

Die Faszination, die diese Theorien der Weiblichkeit auf Frauen ausüben, ist verständlich: Die Vision einer positiven »weiblichen Identität« ist verlockend und die neue Geschlechterphilosophie bietet sie an, sie verleiht dem »weiblichen Lebenszusammenhang« einen neuen Glanz. Nur sind es eben die alten patriarchalischen Weiblichkeitsbilder, die nun feministisch geadelt werden, wird »Weiblichkeit« gleichgesetzt mit den Ergebnissen patriarchalischer Arbeitszuweisung an Frauen. Insofern können diese Theorien auch als Legitimationsbasis dienen für ein Arrangement mit den bestehenden Geschlechterverhältnissen, für ein Arrangement mit dieser Gesellschaft.

Wenn die »weibliche« Fürsorglichkeit, Beziehungsfähigkeit etc. erst einmal als »Essenz« fixiert ist, gerät die Kritik der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, die Analyse des Zusammenhangs von Patriarchalismus und Kapitalismus, aus dem Blick. Dem Idealismus des »weiblichen Wesens« entspricht ein Empirismus des Subjekts: Frau muß nur schauen, wie Frauen »sind« und vehement die gesellschaftliche und kulturelle Anerkennung der »weiblichen« Eigenschaften einfordern. Die Frage nach ideologischer Herrschaft, nach der Mitwirkung von Frauen an ihrer eigenen Unterdrückung läßt sich aus dieser Perspektive gar nicht mehr stellen. Vielmehr erscheint die Authentizität der »weiblichen Erfahrung« als unproblematischer und verläßlicher Wegweiser zu Theorie und Politik. Dementsprechend geht es nicht mehr darum, die sozialen »Differenzen«, auf denen die gegenwärtige Situation der Frauen beruht, in Frage zu stellen, sondern um die »Anerkennung der Differenz«, etwa im Sinne der Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung der »Mutterschaft«, wie sie das »Müttermanifest« (1) im Frühjahr 1987 vom Staat einklagte.

Damit ist auch die Richtung angedeutet, in der die Differenztheorien in der hiesigen Frauenpolitik auf Resonanz stoßen. Einen Eindruck davon vermittelte ein kleiner Zwischenfall im Sommer 1991, als Heide Pfarr sich in einem Interview gegen eine Existenzsicherung für Hausfrauen aussprach und kundgab: »Ja, also Hausarbeit, für sich selbst oder für einen Kerl - nix, ja nix wird da bezahlt, hoffentlich niemals, und schon gar nicht vom Staat. [...] Diesen weiblichen Lebensentwurf unterstütze ich nicht, sondern bekämpfe ihn, wo ich ihn treffe.« Das »Frankfurter Frauenblatt«, selbst seit geraumer Zeit der »Politik der Differenz« verpflichtet, hatte der Ministerin vorgeworfen, sie orientiere ihre Frauenpolitik zu sehr am »männlichen Modell« der Erwerbsarbeit und vernachlässige die »Lebensentwürfe« von Frauen, die sich diesem Modell nicht »angleichen« wollten. Pfarrs »Polemiken gegen die 'Frau an seiner Seite'« (FR, 23.8.91) riefen nicht nur bei der hessischen CDU heftige Empörung hervor (sie habe »gut und gern die Hälfte aller Frauen in diesem Land herabgewürdigt...«), auch Grüne und autonome Frauen reagierten mit Ablehnung.

Auch rosa-grün will »daß die radikal unterschiedlichen Lebenserfahrungen von Frauen und Männern zur Grundlage des Denkens gemacht werden«

Kurzum, was sich an diesem kleinen Zwischenfall und seinen Folgen beobachten ließ, war die in feministischen Kreisen mittlerweile weit verbreitete Tendenz, den »weiblichen Lebenszusammenhang« selbst zum Ort der Befreiung zu stilisieren und die Arbeitsteilung, die Frauen die Reproduktionsarbeit und die Zuständigkeit für die Kindererziehung zuweist, nicht mehr in Frage zu stellen. Im Gegenteil, kurz nach dem Vorfall wurde die rot-grüne Landesregierung in einem Offenen Brief von 23 hessischen Frauenprojekten, allen voran die Frankfurter Frauenschule, aufgefordert, kundzugeben, mit welchen Maßnahmen sie erreichen wolle, »daß die radikal unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Berufsbiographien von Frauen und Männern nicht nur gesellschaftlich mehr akzeptiert, sondern zur Grundlage den Denkens von Gesellschaft und der Beziehungen der Geschlechter gemacht werden« (FR, 5.11.91). Die Verfasserinnen beriefen sich auf ihre »Erkenntnisse über die Differenz zwischen den Geschlechtern« (ebenda). Aus der Perspektive der Differenz erscheinen ihnen die »unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Berufsbiographien« nicht mehr bestimmt durch die doppelte Ausbeutung der Frauen durch Patriarchalismus und Kapitalismus, sie werden vielmehr umdefiniert zu genuin »weiblichen Lebensentwürfen«, die sich der »männlichen Normalerwerbsbiographie« nicht »angleichen« wollten.

Eine solche Argumentation geht nicht nur von der dämlichen Annahme aus, daß Lohnarbeit nur für Frauen unangenehm ist, sie erklärt auch die Tatsache, daß die unbezahlten Hausarbeits-, Erziehungs- und Pflegetätigkeiten in dieser Gesellschaft zu 90 Prozent von Frauen verrichtet werden, zum Naturgesetz. Aus dieser Perspektive erscheint dann die fast ausschließlich von Frauen ausgeführte Teilzeitarbeit als utopischer Vorschein einer anderen Gesellschaft: »Sie leben es vor, die Teilzeitfrauen, daß es außer Existenzsicherung und der Selbstdisziplinierung in der lebenslänglichen Ganztagsarbeit noch vieles andere gibt: Hausarbeit, Kinder, Män-

ner und Frauen, Liebe, Lust, Sorgen. Denn Kinder sind ja in der Regel ein Produkt der Lust.« So die Leiterin des Frauenreferats der Stadt Frankfurt über den »Weg zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf«. Vereinbarkeit heißt aber immer auch, daß es mit der hier unter dem Motto »Lust und Liebe« propagierten Reproduktionsarbeit von Frauen schon seine Richtigkeit hat.

»Hausarbeit wird interpretiert als Widerstandshandlung gegen die männlich-kalte Herrschaft des Tauschprinzips«

Die Politikerinnen der Differenz haben die geforderte Revolution des Denkens bereits an sich vollzogen: »...die Revolution des weiblichen Denkens braucht nichts zu zerstören, denn das Neue, das zu entwerfen ist, ist eine Differenz und all das, was diese Differenz möglich macht - neue Entwürfe, um die Welt zu erkennen und aktiv an ihr teilzuhaben. Die Subversion liegt in der Art, wie die Dinge kombiniert werden, d.h. in ihrem Sinn« (Libreria, 1988: 141). Frau muß die Welt nicht verändern, sie muß sie nur anders interpretieren. Erscheint doch die Hausarbeit in einem viel freundlicheren Licht, interpretiert man sie als Widerstandshandlung gegen die männlich-kalte Herrschaft des Tauschprinzips, als Festhalten an »nicht unmittelbar der Kapitallogik subsumierter Arbeit« (Ekkart, 1989: 46).

Doch diese »Revolution des weiblichen Denkens« bleibt leider nicht folgenlos. Die Theorie und Politik der Differenz schreibt die herrschende Geschlechterpolarisierung - sei es unter Aufwertung »femininer« und Abwertung »maskuliner« Eigenschaften, sei es im Sinne einer Ergänzungstheorie (Irigarays Ethik des Paares) - fort und entdeckt die »weibliche Differenz« zumeist genau dort, wo sie schon immer geortet wurde: in der »Mutterschaft« und den damit verbundenen »weiblichen« Tugenden. Mittlerweile ist zudem eine kulturindustrielle Verallgemeinerung feministischer topics festzustellen, die sich überschneidet mit der Popularisierung zivilisationskritischer Diskurse. Die feministischen Glaubensgrundsätze von der Naturverbundenheit der Frauen und ihrer größeren Kommunikationsfähigkeit gehören zum festen Inventar des hegemonialen Diskurses. Vom alltäglichen Talk-Show-Feminismus bis hin zur Feminisierung der kapitalistischen Unternehmenskultur (»Frauen führen anders«) etabliert die Rede von der Differenz der Geschlechter die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit auf anderer Ebene: werden die vormals der Privatsphäre zugerechneten »weiblichen« Tugenden nun gewissermaßen veröffentlicht (was durchaus nicht nur negativ zu beurteilen ist), so hat dies doch an der traditionellen Arbeitsteilung und am Fortbestand der familialen Ideologie wenig geändert.

»Die feministische Klage um gesellschaftliche Anerkennung der >Mutterschaft< unterscheidet sich kaum von der Programmatik des Müttergenesungswerks«

Die Politik der Differenz legitimiert diese Arbeitsteilung. Da sie auf traditionellen Geschlechterstereotypen beharrt, fügt sie sich zwanglos in die Muster konservativer Familien- und Frauenpolitik ein. Die feministische Klage um gesellschaftliche Anerkennung der »Mutterschaft« unterscheidet sich kaum von der Programmatik des Müttergenesungswerks. Wird in dieser Weise die »Anerkennung der Differenz« eingefordert, so kann dies eben auch einfach heißen: Ich will so bleiben, wie ich bin. Worauf die patriarchalische Öffentlichkeit erleichtert antwortet: Du darfst! ★

(1) der Grünen, Anm. d. Red.

Literatur:

- Benoist, Alain de (1984): *Aus rechter Sicht.* Tübingen
- Eckart, Christel (1989): *Teilzeitarbeit als Signal vernachlässigter Reproduktionsbedürfnisse?* In: *Anders leben, anders arbeiten. Ist Teilzeitarbeit ein Weg zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie?* Hrsg. von der Bevollmächtigten der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten. Wiesbaden
- Frankfurter Frauenblatt (8/91): *»Die dünnen Bretter in der Politik, die sind alle gebohrt«* Interview mit Heide Pfarr
- Gilligan, Carol (1984): *Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau.* München
- Irigaray, Luce (1989): Genealogie der Geschlechter. Freiburg
- dies. (1991): *Die Zeit der Differenz. Für eine friedliche Revolution.* Frankfurt am Main
- Krauß-Pötz, Renate (1989): *Arbeitszeitflexibilisierung und gewerkschaftlicher Regelungsbedarf.* In: Anders leben, anders arbeiten. A.a.O.
- Libreria delle donne di milano (1988): *Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis.* Berlin
- Young, Iris Marion (1989): *Humanismus, Gynozentrismus und feministische Politik.* In: List, E./
- Studer, H.: *Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik.* Frankfurt am Main, S. 37-63

Ein allerwärmstes Empfehlungsschreiben...

I. Einleitendes

Im März ist eine dicke Interim-Sondernummer unter dem Titel "Wo ist Behle" erschienen. Außer zwei völlig absurden Randbemerkungen in der interim Nr. 449 sowie einem Kurzprotokoll einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung über den Behle-Text ist bislang keine einziger Diskussionsbeitrag zu dieser Sondernummer erschienen. Dies ist erstaunlich. Denn bei dem Text handelt es sich aus unserer Sicht um ein absolutes Spitzenprodukt, nicht nur inhaltlich, sondern auch formal: Bereits sprachlich ist der Text bemerkenswert. Denn trotz Schnörkelhaftigkeit im Stil sowie Verschachteltheit im Satzbau ist der Text durchgehend klar und verständlich formuliert. Hierzu trägt vor allem der äußerst angenehme Verzicht auf Fremdwörter und Spezialjargon bei. Unterstützt wird diese Klarheit und Verständlichkeit zusätzlich noch durch die große Sorgfalt, mit der der Text in seiner Grundstruktur aufgebaut ist. Hierzu gehört auch, daß jeder Argumentationsschritt und jede These ausführlich eingeführt und begründet werden. Ebenfalls angenehm ist die Art, mit der das herkömmliche Politik- und Praxisverständnis der Autonomen kritisiert wird: Denn bei aller Bissigkeit ist die Kritik immer solidarisch, nie aber zynisch oder verächtlich. Das dürfte vor allem mit dem Praxisbezug des Textes zu tun haben. Denn der als Autor auftretende Fridolin gibt sich nicht damit zufrieden, einfach nur schlaue Kritik zu formulieren. Vielmehr unternimmt er das gar nicht so kleine Wagnis, seine eigenen Analysen in Form eines detailliert ausgearbeiteten Aktionskonzeptes praktisch zu wenden und sich hierdurch angreifbar zu machen. Das größte Verdienst des Textes ist es jedoch, auf praktisch alle für autonome Politik relevanten Fragen kompakte und unzweideutige Antworten gegeben zu haben. Hierdurch gibt der Text eine ideale Diskussionsgrundlage ab: denn selbst wenn jeder einzelne Inhalt abgelehnt werden sollte, lädt der Text durch seine Griffigkeit fast schon dazu ein, dieses auch wirklich zu tun. Durch seine genauen und komplexen Argumentationen zwingt er eineEn aber auch, diese Ablehnung ernsthaft zu begründen. Und dies dürfte manchmal gar nicht so einfach sein! In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung mit dem Text auf jeden Fall eine gewinnbringende Angelegenheit.
Und 'die' Autonomen, was machen die mit einem derartig attraktiven Angebot? Nun ja, wie schon gesagt, nicht besonders viel. Bislang jedenfalls. Hiermit möchten wir uns nicht abfinden. Denn es darf einfach nicht sein, daß die Kommentierung und Beurteilung dieses Textes solchen Leuten überlassen bleibt, die zu nichts anderem in der Lage sind (warum eigentlich?), als ihren Leseunwillen hinter irgendwelchen blödsinnigen Behauptungen zu verstecken: z.B. der, daß Fridolin die Patriarchatsproblematik lediglich auf den letzen fünf Seiten seines Textes anreißen würde (interim 449) oder der, daß der Hauptgegenstand des Textes die Ausarbeitung einer Anti Reichtumgskampagne sei.(interim 449)
Wie aber soll das gehen? In eine konstruktive Diskussion einzusteigen, ohne daß der Bezugstext als wirklich bekannt vorausgesetzt werden kann, bringt einfach nichts. Das haben viele der fruchtlosen Diskussionen im Zusammenhang mit der Paul und Paula-Debatte einmal mehr gezeigt. Zur Auflösung dieses Dilemmas haben wir uns nach langem Hin und Her dazu entschlossen, Vorarbeit zu leisten und einen knappen Überblick 1. über die Grundstruktur der Gesamtargumentation sowie 2. die einzelnen Themen und Fragen des Textes zu schreiben. Ziel hiervon ist es natürlich nicht, irgendeinEr die MÜhe des Lesens abzunehmen. Denn hierfür ist der Text einfach zu umfangreich und komplex. In diesem Sinne ist der folgende Überblick nicht mehr als ein allerwärmstes Empfehlungsschreiben, in dem wir vor allem die Perspektive des Diskussionspapieres starkmachen, unsere eigene Kritik jedoch zurückstellen. (Dies gilt auch für die Passagen, in denen wir ein paar der häufigsten Spontaneinwände gegen den Behle-Text-zurückweisen.) Ein Wort noch zu uns: Wir sind füreinander eine ganz normale autonome Bezugsgrupe, bei der der Text ein wochenlanges und trotzdem produktives Erdbeben erzeugt hat.

II. Zum Grundgerüst des Behle-Textes

Die in letzter Konsequenz "zentral zu verfolgende Zielsetzung... politischer Handlungs-Strategien" ist laut Fridolin "die Gewinnung neuer MitstreiterInnen" (S.1). Begründet ist diese Bedeutsamkeit des Mehrwerdens in Fridolins Augen vor allem darin, "daß nicht putschistische Gewaltstreiche irgendeiner autonomen oder sonstigen Elite die befreite Gesellschaft herbeizwingen können, sondern nur der kollektive Wille einer im autonomen Sinne aufgeklärten Bevölkerungsmehrheit." Dabei geht Fridolin davon aus, "daß das allmähliche Anwachsen des autonomen Kerns mit einer allmählichen Veränderung der gesellschaftlichen Eckdaten einhergeht und daß deshalb links-autonomes Wachstum und Gesellschaftsveränderung lediglich die beiden Seiten derselben Medaillie darstellen."(23) Erfolgreich Politik zu betreiben, bedeutet für Fridolin deshalb, "behutsame Aufklärungs-, vor allem aber kompliziert-schmerzhafte Selbstaufklärungsprozesse" in Gang zu setzen, so daß die Menschen "die notwendige Kompetenz erlangen können, sich aktiv an gesellschaftsverändernden Prozessen zu beteiligen und damit Politik in der ersten Person zu betreiben"(7). (Auf die Bedeutung, die Frifolin direkter und v.a. militanter Widerstandspolitik zumißt, werden wir gleich noch zu sprechen kommen.)
Hierauf aufbauend stellt Fridolin dann die schlichte Frage, auf welche Weise ein solches Mehrwerden stattfinden könnte. Seine Antwort hierauf fällt zunächst negativ aus: denn auf den ersten 30 Seiten seines Papieres zeigt Fridolin in erster Linie, weshalb es autonomer Politik kaum noch gelingt, "für ein dauerhaftes Wachstum linksautonomer Zusammenhänge zu sorgen" und hierdurch ihrem "ureigensten Zweck" gerecht zu werden.(23) Im Mittelpunkt steht hierbei die autonome Aufklärungspraxis, die laut Fridoli häufig einem viel zu naivem Aufklärungsoptimismus verhaftet ist und dadurch verkennt, daß jeder Aufklärungsakt u.a. "eine Art Denk- und Wertefilter durchlaufen muß, der darüber entscheidet, ob und inwieweit die mit Hilfe des Aufklärungsaktes transportierten Informationen und Forderungen verarbeitet werden." (24)
Vor dem Hintergrund dieser Kritik kommt Fridolin dann zu der Schlußfolgerung, "daß sich linksradikale Aufklärung immer nur an die eigenen Nächsten richten sollte, also an diejenigen, die tendenziell linksradikalem Denken, Fühlen und Handeln am aufgeschlossendsten gegenüber stehen. Denn nur diese Menschen verfügen über die Offenheit, das Interesse und die Fähigkeiten, die zur Einverleibung linksradikaler Standpunkte erforderlich sind." (13). Diese eigenen Nächsten nennt Fridolin das "entfernte Nahumfeld". Dieses reicht "von anpolitisierten SchülerInnen, Azubis und Studis über PolitkifferInnen, Landfreaks und MusikerInnen bis hin zu engagierten HomöopatInnen, streßgeplagten Kollektiv-SchreinerInnen und ausgepowerten SozialarbeiterInnen." Ausgezeichnet seien "jene potentiell Mobilisierungsfähigen durch die Eigenschaft, irgendwie links und deshalb empfänglich für linksradikale Standpunkte zu sein, politisches Engagement jedoch nicht - bzw. nicht mehr - auf die Reihe zu kriegen." Zum entfernten Nahumfeld gehören aber auch "junge Jusos, Grüne, Ökologie- und Friedensbewegte, Jung-FeministInnen, Gewaltfreie, Totalverweigerer etc., also solche Leute jüngeren Alters, die bereits politisch aktiv geworden sind, hinsichtlich deren politischer Identität aber noch alles offen ist."(36) (Zur Erläuterung weist Fridolin immer wieder darauf hin, daß auch Autonome nicht auf den Bäumen wachsen. Vielmehr hat bis heute noch

jedEr AutonomEr auf ihrem bzw. seinem Weg zum Autonom-Sein in irgendeiner Form selbst einmal zum entfernten Nahumfeld der Autonomen gehört.)
Die Frage, der sich Fridolin dann zuwendet, ist die, auf welche Weise die autonome Linke neue MitstreiterInnen aus diesem entfernten Nahumfeld gewinnen könnte, wie also die potentiell Mobilisierungsfähigen tatsächlich mobilisiert werden könnten. Denn von selbst passiert dies sicherlich nicht, zumal es laut Fridolin gerade in den letzen Jahren zu einem immer stärkeren "Unsicherheits- & Krisenbewußtsein" gekommen ist, was zusammen mit einer ebenfalls immer stärkeren Konsum- & Unterhaltungsorientierung zu "Entpolitisierung & Entsolidarisierung" geführt hat und damit zu einer immer stärkeren "Vergleichgültigung gegenüber dem großen Ganzen der Gesellschaft"(29). Ein Weg, dieses Mobilisierungsziel zu erreichen, ist nach Fridolin das von ihm ausgearbeitete Aktionskonzept: Dieses schlägt nämlich vor, in politische Kampagnen (wie z.B. die Innenstadtaktionstage) auch die ganz normale Bevölkerung bzw. bestimmte Teile von dieser einzubinden. Konkret bedeutet das, daß der gesamte autonome Aktionsformen-Apparat auch auf die Normalbevölkerung 'losgelassen' werden sollte (Fridolin denkt hierbei an militante Klein- und Großattacken, provokative Happenings und verwirrende Kommunikationsguerilla-Aktionen genauso wie an nicht-militante Klassiker wie Demos, Kundgebungen, Flugblaut-, Plakat- und Spuckiaktionen.) Ziel hiervon sei es, in der Bevölkerung ein spektakelhaftes "Halli-galli" hervorzurufen, d.h. "kollektive Empörungs-, Aufmerksamkeits- und Kommunikationskorridore". Unter solchen Korridoren versteht Fridolin die empörte zornige und racheerfüllte Kommunikation auf der Straße, beim Bäcker, in der extra gegründeten Betroffeneninitiative etc.. (Oder auch die weniger negative Version: die engagierte, verständnisvolle und sympathisierende Kommunikation.) Die vielgestaltigen schrillen und durchaus widersrpüchlichen Korridore sind also "jenes stimmungsmäßige Etwas"(32), welches die sonst übliche Anonymität und Distanz durchbricht und dadurch zu einer Art Aufmerksamkeitszentrum wird: für andere BürgerInnen, die Medien oder die Lokalpolitik. Grundlage für die Herausbildung dieser Korridore ist einerseits die systematische Berührung bzw. Verletzung der persönlichen Interessen der von entsprechenden Kampagneaktivitäten betroffenen Normalbevölkerung. Andererseits würde laut Fridolin kollektive Empörung aber auch deshalb geschürt werden, weil die Normalbevölkerung genauso wie viele Autonome einen viel zu simplen Herrschaftsbegriff hätten: Danach sei die Macht v.a. in den Händen irgendwelcher KapitalistInnen, SpekulantInnen und PolitikerInnen konzentriert (bzw. in deren Apparaten) sowie im polizeilichen und militärischen Repressionskomplex. Und weil das so sei, weil also Herrschaft als etwas gelte, was 'oben' bzw. 'jenseits' der Normalbevölkerung existierte, würde es von dieser Normalbevölkerung auch als empörend empfunden werden, wenn sich autonome Politik gegen sie selbst richten würde,.d.h., je nach Kampagne, gegen sexistische Männer, Wohlhabende, HeterosexistInnen, LehrerInnen, normale Militärs, DurchschnittsrassistInnen, LeistungssportkonsumentInnen, AutofahrerInnen etc.).
Ergänzung: Damit aus dieser eigens herbeiprovozierten Empörung allerdings tatsächlich Empörungs- und Kommunikationskorridore hervorgehen können, bedarf es nach Fridolin einer systematischen Vernetzungsarbeit. Denn nur so könnten die von den politischen Kampagne-Aktivitäten betroffenen Menschen untereinander Kontakt aufnehmen und so ihre kollektiven Kommunikationskorridore aufbauen. Hierfür sei laut Fridolin nicht nur kontinuierliche, seriöse und trotzdem provokative Medien- und Öffentlichkeitsarbeit notwendig, sondern auch ein ziemlich raffiniertes System aus ebenfalls provokativen BekennerInnen- und Infoschreiben. (Wie das im einzelnen funktionieren könnte, beschreibt Fridolin sehr anschaulich und ausführlich.)

Wichtig ist es jetzt jedoch, sich das Ziel dieser bewußt herbeiprovozierten Empörungs- und Kommunikationskorridore klar zu machen. Denn diese sind kein Selbstzweck, und auch geht es nicht darum, die empörte Normalbevölkerung für ihr Normalsein zu bestrafen. Strategisches Ziel ist es vielmehr die im Rahmen irgendwelcher Polit-Kampagnen entstandenen Empörungswellen für die eigenen Mobilisierungsbemühungen auszunützen. Denn laut Fridolin dürfte sich gerade das entfernte Nahumfeld durch ein derartiges Spektakel aus Politik, Gaudi, Ernst und medial vermittelter Öffentlichkeit angezogen fühlen. Das hat laut Fridolin "oftmals mit mehr oder weniger fragwürdigen Motivationen zu tun, z.B. mit der illusorischen Vorstellung, linksradikaler Massenprotest könnte die gesellschaftlichen Verhältnisse tatsächlich zum Tanzen bringen oder - um noch ein weiteres Beispiel zu bringen - mit der Lust, irgendwelche Massenabenteuer zu erleben."(12) Doch dies sei nach Fridolin nicht besonders tragisch: "Denn letztlich sorgt jede Vergrößerung des Protestes ... dafür, daß die Alt-AktivistInnen weiterhin am Ball bleiben und damit den Fortbestand des Protestes sicherstellen; dieser von innen heraus produzierte Fortbestand der Auseinandersetzungen ... hat aber zur Folge, daß sich immer mehr von denjenigen Menschen, die ursprünglich aus diffusen oder gar fragwürdigen Motiven dazugestoßen sind, allmählich radikalisieren bzw. politisieren; denn dies ist ein Effekt, der im gemeinsamen Kampf glücklicherweise kaum zu vermeiden ist."(12) Laut Fridolin ist dieser Prozeß der spektakelvermittelten Mobilisierung und anschließenden Radikalisierung allerdings kein Automatismus. Damit sich das entfernte Nahumfeld von dem künstlich inszenierten Spektakel wirklich angesprochen fühlt, bedarf es vielmehr weiterer Voraussetzungen: zuallererst bedarf es intensiver Aufklärungsarbeit durch Veranstaltungen, Gespräche, Flugblätter etc.. Dabei kann es durchaus notwendig sein, sich aus mobilisierungsstrategischen Gründen von irgendwelchen militanten Handlungen zu distanzieren. (Bei aller Empfänglichkeit für linke bzw. linksradikale Anliegen, bei Papas niedergebranntem Daimler hört der Spaß dann doch noch auf...). Zweitens muß sich die Kampagne "von anfang an um das eigentümlich schillernde Image fröhlich-gefährlicher Ernsthaftigkeit" bemühen(35). Denn "herz- und humorlose Polit-ZynikerInnen"(36) sind laut Fridolin denkbar uneinladend. Drittens "müssen die Mobilisierungsbemühungen mit konkreten Aktionsangeboten einhergehen, seien es solche, in die sich nur noch reingeklinkt werden muß oder solche, die der Eigeninitiative bedürfen"(36). Andernfalls drohen die Umworbenen, einfach in der Luft hängenzubleiben. Damit all dies gelingen kann, gilt es viertens, "wirklich Tuchfühlung mit den entsprechenden Spektren aus dem entfernten Nahumfeld aufzunehmen", d.h. "gezielt Kontakte und Beziehungnetze aufzubauen."(36)
Zusamengefaßt bedeutet dies, daß das bewußt inszenierte Politik-Spektakel ein strategischer Schachzug zum Zwecke des Mehrwerdens ist. Legitim ist diese Instrumentalisierung bewußt herbeiprovozierter Empörungsenergie laut Fridolin deshalb, weil "Kapitalismus, patriarchale Zweigeschlechtlichkeit, Heterosexismus, Rassismus etc. keine von oben aufgepfropften Gewaltverhältnisse sind, sondern vielmehr solche, die sich erst durch die ganz normalen Alltagshandlungen vieler Millionen Menschen aufbauen bzw. verwirklichen können."(1)

III. Themen und Thesen des Behle-Textes

Fridolin eröffnet seinen Text mit einer "Auflistung aller zum autonomen Politikrepertoire gehörigen Aktionsformen"(2). Anders als Fridolin vermutet, ist dieser Anfang (vgl.2-6) in unseren Augen alles andere als „dröge:" denn auf diese Weise wird wieder mal deutlich, wie reichhaltig das uns eigentlich verfügbare Aktionsformen-Repertoire ist, wie wenig dieses jedoch in den allermeisten Fällen ausgeschöpft wird.

In einem zweiten Schritt (vgl. 6-24) geht Fridolin dann der Frage nach, "welche Aktionsformen überhaupt im Stande sind, welcherart Funktionen bzw. Zwecksetzungen zu erfüllen."(6) Konkret geht es ihm darum, mit wem wir auf welche Weise und mit welcher Art Zielsetzung welche Aktionsformen anwenden. Dabei verknüpft Fridolin seine äußerst differenzierte und beispielreiche Beschreibung der Funktionen und ihrer jeweiligen Ablaufmechanismen mit ihrer je systematischen Hinterfragung: Hinterfragt und damit kritisiert werden viele autonome Selbstverständlichkeiten im Denken und Handeln, unter anderem die folgenden:

- Verkürzung des gesellschaftlichen Herrschaftszusammenhangs auf einen von 'oben' gesteuerten Gewaltapparat, anstatt einzusehen, "daß der Fortbestand der bürgerlich-patriachalen Gesellschaft nicht (nur) durch Polizeiknüppel, repressive Lohnversklavung, Medienhetze u.ä. ermöglicht wird", sondern auch dadurch, "daß ... Macht und Herrschaft einen teppichartigen Gesamtzusammenhang darstellen, an dessen Zustandekommen die allermeisten Menschen mitbeteiligt sind, und zwar unabhängig davon, wie stark eine solche Beteiligtheit vielen von ihnen zum Nachteil gereichen mag."(26,16)
- allzu naive Aufklärungsgläubigkeit, "anstatt die Verinnerlichung radikaler Fakten & Infos als einen ganzheitlichen Prozeß zu betrachten, dessen Gelingen weniger von der unmittelbaren Kenntnis radikaler Positionen abhängt, als vielmehr von der Herausbildung einer radikalen Gesamtpersönlichkeit und dessen Umsetzung deshalb mehr und anderes als die pure Faktenvermittlung erfordert."(8)
- opportunistischer Bevölkerungsloyalismus, anstatt zu berücksichtigen, "daß es nicht so sehr Unwissenheit, Unentschlossenheit und Orientierungslosigkeit sind, die Menschen davon abhalten, den gesellschaftlichen Veränderungsprozeß voranzutreiben, sondern vielmehr ein alle Bevölkerungskreise durchziehendes Gemisch aus Unwillen, Unlust und Unfähigkeit."(15)
- Fixierung darauf, das eigene Anliegen in den bürgerlichen Medien unterzubringen, anstatt zu erkennen, daß sich "die Funktion der allermeisten Medien darin erschöpft, Resonanzboden für die Beförderung solcher Aufklärungsprozesse zu sein, mit denen sie letztlich gar nichts zu tun haben"(13).
- Kultivierung der eigenen Gruppe, anstatt zu sehen, daß "ein Aufklärungsakt, den es aus linksradikaler Perspektive als einen gelungenen zu bezeichnen gilt, gleichbedeutend damit ist, entweder Nachwuchs gewonnen oder schon verloren geglaubte MitstreiterInnen wieder zurückgewonnen zu haben." (13)
- Glorifizierung militanter Widerständigkeit anstatt zu sehen, "daß nicht nur die je subjektive Absicht darüber entscheidet, inwieweit eine Aktion das Prädikat der Widerständigkeit verliehen werden sollte, sondern auch die je objektive Realität dessen, wogegen sich die vorgeblichen Widerstandshandlungen richten."(18)
- Durchführung oftmals vereinzelter Aktionen, anstatt zu berücksichtigen, "daß der politische Effekt einer Aktion in erster Linie von der Möglichkeit abhängig ist, eben diese Aktion in bereits bestehende Aufmerksamkeits- und Kommunikationskorridore einzuspeisen und daß deshalb der Nutzwert so mancher Groß-Aktionen kleiner ausfallen dürfte als derjenige solcher Nadelstiche, die eindeutig als Angehörige einer Kampagne zu erkennen sind."(39)

Bearbeitet wird all dies und vieles mehr, wie schon gesagt, anhand der Auseinandersetzung mit den aus Fridolins Sicht 6 zentralen Funktionen autonomer Politik: widerständige Aufklärung, Selbstaufklärung, Widerstand (einschließlich des symbolischen Widerstands), Außenmobilisierung, Binnenmobilisierung und Soliarbeit. Besonders bemerkenswert erscheint uns hierzu noch Folgendes:

1. Anders als es die gerade erfolgte Auflistung verschiedendster Kritikperspektiven vermuten läßt, begnügt sich Fridolin nicht mit lauter Einzelkritik bzw. -darstellungen. Vielmehr arbeitet er Schritt für Schritt die zahlreichen und komplexen Verknüpfungen zwischen den einzelnen Funktionen heraus. Hierdurch zeichnet sich bereits auf dieser Ebene das umfassende Strategiekonzepz ab, dessen Grundzüge wir oben schon darstellt haben. Dabei geht es nicht nur um die schon angedeuteten Zusammenhänge zwischen Aufklärung, Mobilisierung und Radikalisierung (d.h. Selbstaufklärung), sondern auch darum, daß direkter und militanter Widerstand "nichts anderes als die Kehrseite linksradikaler Mobliliserungs- und Aufklärungsprozesse ist, daß also Widerstand und linksradikale Moblilisierung in einem sich gegenseitig verstärkenden Abhängigkeitsverhältnis stehen, ganz gleich, ob dieses ein positives oder negatives ist."(19). Denn "militante bzw. konfrontative Aktionen entfalten nur unter der Bedingungn eine wirklich zwingende Widerstandskraft, daß sie kontinuierlich und wohlkoordiniert vonstatten gehen ..., so daß direkte Widerstandspolitik umso erfolgreicher ausfallen dürfte, je mehr Menschen an ihr beteiligt sind."(19)

2. Die eben angedeutete Unterscheidung zwischen Widerstand und widerständiger Aufklärung beruht auf Fridolins These, daß beiden Strategien jeweils "unterschiedliche Handlungs-Logiken und Zielsetzungen"(16) zugrundeliegen. Denn nach Fridolin liegt Widerstand dann vor, "wenn eine Aktion darauf abzielt, einen gesellschaftlichen Mißstand direkt zu bekämpfen bzw. zu beseitigen, wenn also ganz bewußt - im Rahmen des Widerstandsaktes - darauf verzichtet wird, irgendeine Öffentlichkeit gegen den je bekämpften Mißstand zu moblilisieren und stattdessen alles darauf angesetzt wird, eine schnelle und direkte Lösung herbeizuführen." (16) Hieraus folgt nach Fridolin aber auch, "daß im Rahmen direkter Widerstands-Handlungen ganz anders gelagerte Themen beackert werden als bei solchen Aktionsformen, die im Dienste widerständiger Aufklärung stehen: nämlich solche Themen, die zwar eng mit den alles bestimmenden Grundthemen verknüpft sind - vom Kapitalismus über patriarchale und rassistische Gewaltverhältnisse bis hin zur Umweltzerstörung - die aber dennoch als eigenständige Spezialprobleme bekämpft werden können".(16) Beispielhaft führt Fridolin hier das Warengutscheinsystem für Flüchtlinge an, welches als "rassistischer Einzelbaustein" gut bekämpft werden könnte. Dort jedoch, wo "eine solche Beschränkung auf Spezialthemen nicht stattfindet", ist laut Fridolin "Widerstand schlicht und einfach zum Scheitern verurteilt; denn der Kapitalismus oder das Patriarchat - um nur die offensichtlichsten Beispiele zu nennen - können durch gezielte Widerstandshandlungen nicht beseitigt werden; für deren Beseitigung bedarf es vielmehr massenhafter Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse im linksradikalen Sinne, und diese wiederum sind das Produkt ganz verschiedenartiger Prozesse, auch solcher, an denen direkte Widerstandshandlungen beteiligt sind; denn selbstverständlicherweise wohnt auch direkt widerständigem Handeln eine enorme Mobilisierungskraft inne, und zwar nicht zuletzt dann, wenn diesem auch noch Erfolg beschieden ist."(17) (Wie das im einzelnen passiert, das können wir hier nicht darstellen, das muß selbst nachgelesen werden!)

3. Wie schon mehrfach erwähnt, spielt die Selbstveränderung in Fridolins Gesamtkonzept eine äußerst wichtige Rolle. Denn das Ziel des Mehrwerdens erfordert nicht nur Moblilisierung, sondern auch die Radikalisierung der Moblilisierten: "Das aber ist der Grund dafür, weshalb der Kampf für eine befreite Gesellschaft mit massenhaften Selbstaufklärungsprozessen einhergehen muß; denn schließlich ist der emanzipatorische Selbstaufklärungsprozeß gleichbedeutend damit, die verinnerlichten Gesellschaftsverhältnisse aus sich selbst herauszutreiben, aus Kopf und Seele genauso wie aus der gesamten Körperlichkeit, sowohl der materiellen als auch der energetischen."(26) Besonders wichtig erscheinen uns in diesem Zusammenhang auch Fridolins Überlegungen zur Basisloya-

lität: Hiernach könnten "dort, wo die ganz normale Bevölkerung - provoziert und angestachelt durch militante bzw. konfrontative Aktionen - ihre repressive Gesinnung aufpackt und dadurch ihr Identifiziert-Sein mit den gesellschaftlichen Verhältnissen keifend und geifernd zum Besten gibt", die unter Autonomen weit verbreiteten "bevölkerungsloyalen Empfindungen abgebaut werden"(16). Diese würden sich nach Fridolin unter anderem in den "bevölkerungsloyalen Politikkonzepten" vieler Autonomer ausdrücken, d.h. in solchen Konzepten, "die v.a. die Konfrontation mit staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen vorantreiben, hierbei jedoch die ganz normale Bevölkerung in Ruhe lassen oder allenfalls als Verbündete betrachten, die es durch Demos u.ä. anzusprechen und für die 'gute Sache' zu gewinnen gilt"(15).
Nachtrag: Einer der häufigsten Spontaneinwende gegen Fridolins Behle-Konzept lautet, daß durch derartige Provokationen bzw. Konfrontationen alle vergrault würden, auch das entfernte Nahumfeld. Dies ist aus unserer Sicht nur dann richtig, wenn die weiter oben aufgelistete Extraarbeit wie z.B. gezielte Aufklärungsbemühungen im entfernten Nahumfeld vernachlässigt wird. Außerdem ist in unseren Augen aber auch noch Folgendes wichtig: Nach Fridolin ist eine Gesellschaft in ihrer Mitte um so liberaler und fortschrittlicher gestimmt, je stärker der politische Druck von links-außen ist, d.h. je hartnäckiger, selbstbewußter und konfrontativer der jeweilige Widerstand ist. Denn freiwillig sind laut Fridolin die NutznießerInnen irgendwelcher Herrschaftsstrukturen noch nie von ihren mehr oder weniger attraktiven Privilegien zurückgetreten. Vielmehr müssten bis auf den heutigen Tage selbst die kleinsten Verbesserungen in sozialen Auseinandersetzung mühsam erkämpft werden. Je liberaler und fortschrittlicher eine Gesellschaft aber ist, desto größer ist nach Fridolin die Zahl derer, die sich in irgendeiner Form im entfernten Nahumfeld herumtreiben. Fridolin verweist in diesem Zusammenhang beispielhaft auf das liberale Experiment der Gesamtschule, "die ... - in einer weiteren Schleife der Rückkopplung - jahrelang Ansatzpunkt linksradikaler Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse" gewesen ist (29). In diesem Sinne wird durch nicht-bevölkerungsloyale Politikkonzepte eine entscheidende Voraussetzung für ein erfolgreiches Mehrwerden mitproduziert. Wichtig in diesem Zusammenhang ist daher auch noch Folgendes: Fridlolin weiß sehr wohl, daß gerade der derzeitig vorherrschende "allgemeine Hang zur Vergleichgültigung"(39) die Krise autonomer bzw. linksradikaler Politik nur noch verschärft: "Je schwächer linke und autonome Standpunkte in der öffentlichen und privaten Bewußtseins- und Handlungssphäre vertreten sind, desto stärker kann sich nicht nur die Vergleichgültigung ausbreiten, sondern auch die völlige Ungeübtheit darin, überhaupt noch politisch denken, diskutieren und handeln zu können. Eine solche Unwissenheit und Unerfahrenheit verstärkt aber die sowieso schon grassierende Problematik nur noch einmal mehr."(30) Gerade deshalb ist es nach Fridolin, dringlicher denn je, solche Spektakel zu veranstalten, die die Menschen provozieren und dadurch aus der Reserve ihrer Vergleichgültigung herauslocken. Denn nur wo "das politische Streitgespräch über die grundsätzlichen Probleme und Konflikte der bürgerlich-patriachalen Gesellschaft wieder zu einem elementaren Bestandteil des öffentlichen und privaten Lebens" gemacht wird, "ist es, überhaupt möglich, ... linksradikale Aufklärungs- und Moblilisierungsprozesse anzustoßen, und hierdurch der autonomen Linken jene kollektiven Lebensgeister wiedereinzuhauchen, die Voraussetzung dafür sind, widerstandsmächtig agieren zu können."(30))
4. Wichtig erscheint uns auch der HInweis, daß sich Fridolin sein Strategiekonzept nicht einfach ausgedacht hat. Vielmehr entwickelt er sein Konzept aus einer Analyse des Anti-Castor Widerstandes. In diesem Sinne schlägt Fridolin vor allem vor, das, was im Anti-Castor-Widerstand ungeplant abgelaufen ist, aufzunehmen und in eine bewußt kalkulierte Gesamtstrategie einzubauen (So ist nach Fridolin das eigentlich Wirksame an den Hakenkrallen nicht so sehr der Sachschaden für die Bundesbahn, sondern vielmehr die Emörung der Reisenden sowie die Bereitschaft der Medien, diese Empörung aufzunehmen und weiterzuspinnen.) Dasselbe gilt auch für die Medien: Denn auch Fridolins differenzierte Analysen, wie die einzelnen Medien (von taz über FR bis zu Bild) agieren und so auf jeweils unterschiedliche Weise strategisch genutzt werden können, beruht auf den Erfahrungen mit den Castortransporten. All dies gibt dem ganzen einen realistischen und deshalb überzeugenden touch. (In diesem Sinne sind die entsprechenden Überlegungen auch und gerade für Anti-AKW-AktivistInnen interessant. Vgl. v.a. Seite 10-20.)

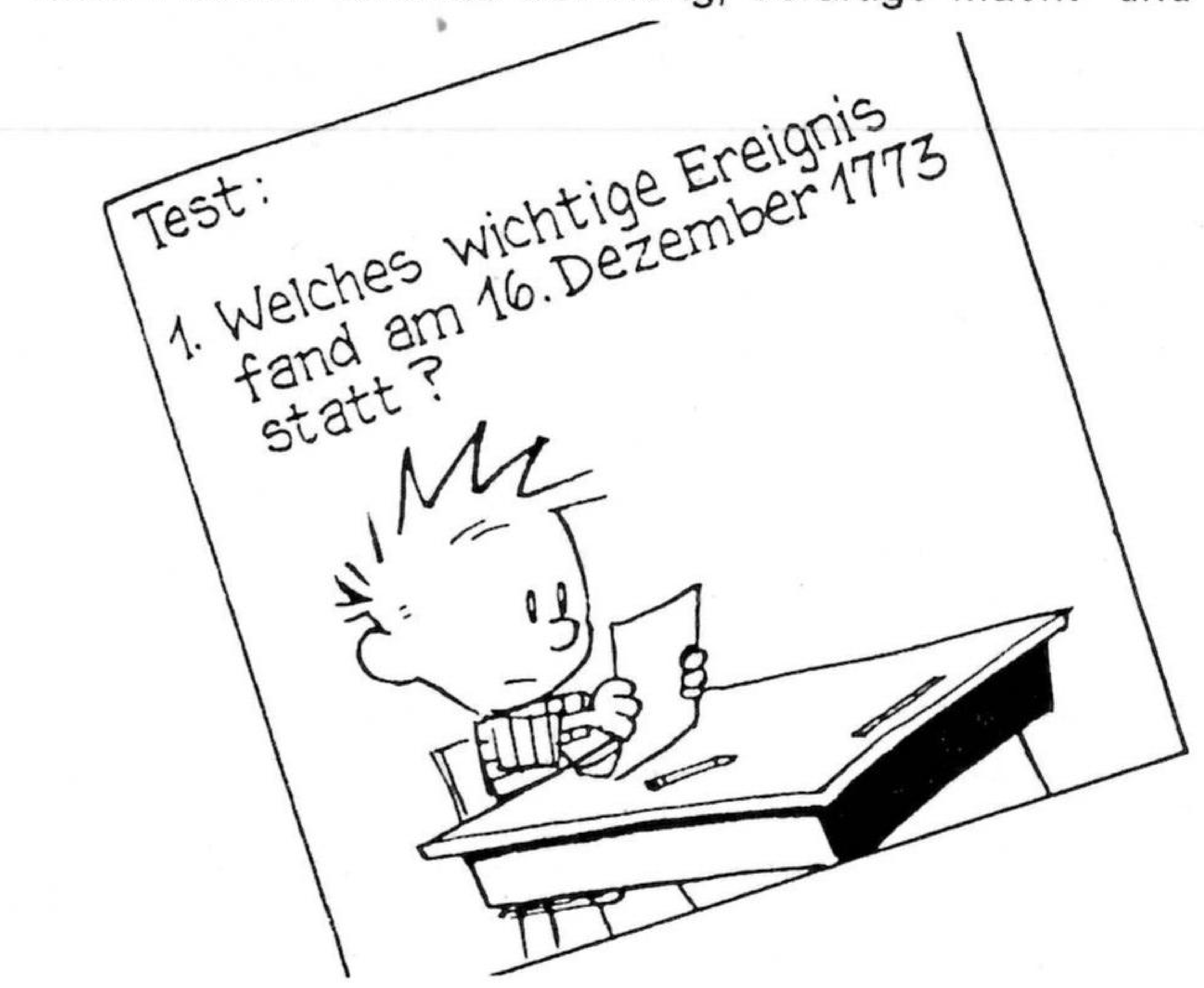



5. Schließlich sei noch erwähnt, daß Fridolin unter der Überschrift der "Binnenmobilisierung (oder: zur Selbstaufklärung der autonomen Linken)" äußerst interessante Thesen darüber formuliert, inwieweit szeneinterne Strukturen und Probleme die politische Krise der Autonomen zusätzlich noch verstärken: vgl. 20-22

Den dritten Teil seines Textes(22-30) überschreibt Fridolin folgendermaßen: "Über Filtersysteme und Vergleichgültigung. Zur grundsätzlichen Unerreichbarkeit der sogenannten Normalbevölkerung" Dort faßt er als erstes nocheinmal "die allesamt in einem sich gegenseitig verstärkenden Abhängigkeitsverhältnis" stehenden Prozesse zusammen, "die in ihrer derzeitgen Gesamtheit eine einzige Abwärtsspirale ergeben" und dadurch die "Schwindsucht" des autonomen Kerns hervorrufen haben(22f.). Auf dieser Grundlage fragt Fridlin dann, warum es nicht nur grundsätzlich, sondern gerade in heutiger Zeit so schwierig ist, überhaupt noch irgendwelche Menschen für linksradikale Anliegen mobilisieren zu können.
Zur Beantwortung dieser Frage erläutert Fridolin noch einmal ausführlich, was es mit jenen vielfach in sich vermittelten "klassen-, geschlechts- und ethnizitätsspezifischen Filtersystemen" auf sich hat, "die autonome Aufklärungsbemühungen in den allermeisten Fällen - zumindestens gilt dies für die Gegenwart - (dadurch) zu schwierigen bzw. vergeblichen Unterfangen" machen, daß sie "in ihrer Eigenschaft als Filter unweigerlich - und oftmals vorbewußt - darüber bestimmen, ob und inwieweit autonome Standpunkte aufgenommen und verarbeitet werden."(24))




Eindeutiger HOhepunkt dieser Ausführungen sind fünf praktische Fallbeispiele: Anhand einer konservativen Ärztin, einer alleinerziehenden Verkäuferin aus dem KleinbürgerInnentum, einem Werkmeister aus dem kleinbürgerlichen Arbeitermilieu, einem liberalen Ingenieur und einem links-alternativen LehrerInnenpäarchen zeigt Fridolin ganz konkret auf, in welchem Sinne die filterhaften Gesamtsysteme der unterschiedlichsten Menschen "einfach nicht zu linksradikalen Standpunkten passen, die ja selbst Teil entsprechender Gesamtsysteme sind."(24)
In sämtlichen dieser theoretischen und empirischen Darstellungen macht sich zudem Fridolins Gesellchaftsverständnis bemerkbar, welches dieser zwar ständig mitlaufen läßt, nie aber ausdrücklich thematisiert. Deshalb ein Versuch: Nach Fridolin sind gesellschaftliche Strukturen Machtverhältnisse, die den einzelnen Menschen grundsätzlich vorgeordent sind, die sich aber erst "durch die ganz normalen Alltagshandlungen vieler Millionen Menschen aufbauen bzw. verwirklichen können."(1) Ermöglicht wird dies "durch die verwickelte Beteiligtheit großer Bevölkerungsmehrheiten in die feinmaschigen Macht-, Sinn- und Herrschaftsnetze bürgerlich-patriarchaler Vergesellschaftung"(26), also dadurch, daß die einzelnen Menschen immer schon mit ihren Köpfen, Seelen und Körpern in die gesellschaftlichen Machtverhältnisse eingefügt sind und dadurch zu gar nichts anderem in der Lage sind, als in ihren Handlungen eben diese Machtverhältnisse immer wieder von neuem hervorzubringen.(Ist dies dann noch mit ungleichen Besitzverhältnissen, diskriminierenden Gesetzen, machtvollen Sanktionsinstanzen etc. verkoppelt, dann ist es nach Fridolin vollends schwierig, derartige Macht- und Herr-



schaftsverhältnisse aufzubrechen) Dieses Gesellschaftsverständnis zu berücksichtigen, ist aus zwei Gründen wichtig: Erstens ist es der eigentliche bzw. systematische Grund dafür, weshalb es laut Fridolin legitim und notwendig ist, die gesamte Bevölkerung in die militanten und konfrontativen Auseinandersetzungen einzubinden. Zweitens ist dieses Gesellschaftsverständnis der zentrale Bezugspunkt, von dem aus Fridolin nicht nur die herkömmlichen Strategien autonomer Politik kritisiert, sondern auch sein eigenes Aktionskonzept entwirft. In diesem Sinne möchten wir dem Männerzusammenhang, der in der Interim 449 den Behle-Text dafür kritisiert, daß er das Patriarchat "nicht zum Mittelpunkt einer Militanzdebatte macht", folgendes antworten: Das eben skizzierte Verständnis gesellchaftlicher Strukturen bezieht sich auf die Funktions- und Existenzweise sämtlicher Macht- und Herrschaftsstrukturen: kapitalistische genauso wie patriarchale, rassistische etc.! Im Sinne dieser gesellschaftstheoretischen Grundüberlegung scheint es uns deshalb auch folgerichtig zu sein, kein bestimmtes Herrschaftsverhältnis zum Mittelpunkt politischer Handlungsstrategien zu machen, sondern vielmehr ein allgemeines Verständnis davon, in welchem Verhältnis gesellschaftliche Strukturen und das Handeln der gesellschaftlichen Akteure zueinander stehen (Zudem sei Euch aber auch noch Folgendes entgegnet: Hättet Ihr Euch die 52 Seiten "reingewürgt" (was haben 52 Seiten eigentlich mit reinwürgen zu tun?), dann hättet Ihr feststellen können, daß Fridolin ganz offensichtlich aus Eurem eigenen Antipat-Stall zu kommen scheint und daß sich das patriarchale Geschlechterverhältnis deshalb wie ein roter Faden durch jede Seite des gesamten Textes zieht, dann hättet Ihr aber auch feststellen können, daß die von Euch zum Alibi herabgestuften Schlußseiten "zur Notwendigkeit autonomer Anti-Patriarchats-Kampagnen" (vgl. 47-52) ungewöhnlich kenntnisreiche und v.a. anregende Überlegungen enthalten und deshalb ein großartiger Schlußstein eines Textes sind, den es sich unbedingt reinzuwürgen lohnt...)
Die Frage danach, weshalb es heute so schwierig ist, überhaupt noch linksradikale Positionen unters Volk zu bringen, beantwortet Fridolin zudem mit Hilfe einer äußerst lesenswerten Zeitdiagnose: Mittelpunkt von dieser ist die bereits kurz angerissene These der Vergleichgültigung. (vgl. hierzu 27-30)
Auf der Grundlage dieser Ausführungen skizziert Fridolin dann ab Seite 30 sein Aktionskonzept: vgl. 30-46. Da wir die Grundzüge der Kampagne bereits vorstellt haben, möchten wir im Folgenden nur einige Anmerkungen zu den allergröbsten Mißverständnissen machen, die uns bislang zu Ohren gekommen sind (eine inhaltliche Zusammenfassung wäre sowieso nicht möglich, da das Aktionskonzept ein einziger dichter Textblock aus Dutzenden von Beispielen, strategischen Überlegungen, Querverweisen etc. ist. Deshalb nur so viel: In das Aktionskonzept sich reinzudenken ist äußerst spannend, witzig und unterhaltsam zugleich).
1. Wichtig ist es uns zuallererst, auf die eigentlich selbstverständliche Notwendigkeit genauer und vollständiger Lektüre hinzuweisen. Wie dringend das ist, zeigt sich an der Art und Weise, wie die Diskussion über Fridolins Aktionskonzept immer wieder darauf zugespitzt wird, daß bestimmten Aspekten von diesem durchaus der Charakter von Psychoterror anhaftet. Denn übersehen wird in diesen Diskussionen regelmäßig, daß diese Problematik in dem Papier sehr differenziert, kritisch und besonnen reflektiert wird und daß deshalb viele der möglichen Einwände bereits berücksichtigt sind. Übersehen wird hierdurch aber auch, daß das Aktionskonzept aus mindestens einem Dutzend Elementen zusammengesetzt ist und daß die Psychoterrordimension lediglich eines dieser Elemente ist. (Wir möchten deshalb auch die These formulieren, daß das gesamte Aktionskonzept auch dann noch funktionieren würde, wenn auf die wenigen Überspitzungen verzichtet werden würde, die das explizit psychoterroristische Element ausmachen.)



2. Das häufigste und gröbste Mißverständnis scheint uns darin zu bestehen, die Anti-Reichtums-Kampagne als den hauptsächlichen Inhalt des Aktionskonzeptes zu betrachten. Übersehen wird hierdurch, daß Fridolin sein Aktionskonzept als einen "bastelkastenartigen Leitfaden"(47) begreift. Denn die Anti-Reichtumgs-Kampagne ist für Fridolin lediglich ein Beispiel. (Überschrieben ist sie deshalb auch folgendermaßen: "Die Probe aufs Exempel: Grundzüge einer autonomen Anti-Rechtumgskampagne"(30).) Was Fridolin statt dessen interessiert, sind strategische Fragen: Wie müssen Aktionen aussehen und koordiniert sein? Welchen zeitlichen und eskalativen Ablaufregeln sollten sie folgen? An wen sollten sie mit welcher Zielsetzung gerichtet sein? Wie sollten die Bezie-

hungen zu potentiellen BündnispartnerInnen gestaltet und was könnte der Zweck solcher Bündnisse sein? usw. Im Mittelpunkt des Konzeptes stehen dabei die kollektiven Empörungs-, Aufmerksamkeits- und Kommunukationskorridore. Denn diese sind nach Fridolin nicht nur Grundlage für die Entstehung linksradikaler Mobilisierungsprozesse. Vielmehr ist es auch so, daß der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Elementen einer Kampagne (z.B. den Innenstadtaktionstagen) erst durch die Existenz von Kommunikationskorridoren sichtbar gemacht wird: "Daß jene Verstreutheit (der verschiedenen Aktionselemente einer Kampagne) keine wirklich Verstreutheit ist, ist ausschließlich darin begründet, daß zum Zeitpunkt des Anschlages bereits ein kommunikativer Brennpunkt vorhanden ist, der - gleichsam einem Strudel - die verstreuten Anschläge bündelt und damit als zusammengehörige erkennbar macht. Die Einzelanschläge müßten sich also nicht als vereinzelte einzelne vermitteln - was m.E. sowieso nicht möglich ist - , sondern könnten vielmehr mit Hilfe der bereits existierenden Wissens- und Aufmerksamkeitsströme sofort gerahmt und verarbeitet werden."(37) Und noch deutlicher: "Fernerhin ist auch noch zu berücksichtigen, daß es nicht die einzelnen Aktionen in ihrer jeweiligen Einzelheit sind, die es vermögen würden, irgendwelche politischen Effekte hervorzubringen. Im Gegenteil: Politische Wirksamkeit entfalten jene Aktionen erst in ihrer Gemeinsamkeit..., so daß der politische Effekt einer Aktion in erster Linie von der Möglichkeit abhängig ist, eben diese Aktion in bereits bestehende Aufmerksamkeits- und Kommunkationskorridore einzuspeisen und daß deshalb der Nutzwert so mancher Groß-Aktionen kleiner ausfallen dürfte als derjenige irgendwelcher Nadelstiche, die eindeutig als Angehörige einer Kampagne zu erkennen sind.(Daß für den Erfolg einer solchen Kampagne Groß-Anschläge unentbehrlich sind, ist hierdurch jedoch mitnichten in Frage gestellt!)"(39). Für Fridolin resultiert hieraus auch, daß in einer Kampagne die verschiedendsten Aktionsformen eingesetzt werden können. Denn die Wirksamkeit einer Kampagne hängt nach Fridolin vor allem von deren strategischer Gesamtkonzeption bzw. von deren einzelnen Elementen ab: konfrontative Einbindung jeweils bestimmter Bevölkerungsgruppen, Herbeiprovozierung von Empörungs- und Kommunikationskorridoren durch systematische und provokative Medien- und Vernetzungsarbeit, ausgewogene Kombination von militanten, happeningartigen und aufklärungsorientierten Aktionsformen, allmähliche Eskalation, Kontinuität der Kampagne, Aufbau eines fröhlich-gefährlichen Images, gezielte Kontaktarbeit mit dem entfernten Nahumfeld etc.. Stimmt dieses Gesamtkonzept, dann können sich "selbst kleine und kleinste Aktionen von der Gewißtheit getragen wissen, daß sie nicht spurlos verpuffen werden"(41). (Letzteres formuliert Fridolin vor allem bezüglich des entfernten Nahumfelds, dessen 'Angehörige' nicht bereit sein dürften, sofort mit superprovokativen bzw. militanten Aktionen in eine autonome Kampagne einzusteigen.) Im Sinne dieser Überlegungen berücksichtigt Fridolin praktisch sämtliche nur denkbaren Aktionsformen: militante Klein- und Großaktionen genauso wie systematische Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit oder happeningartige bzw. knallige Provo- und Schockaktionen (=massenhafte Kirchenbesuche, provokatives Herumvagabundieren, Tortenangriffe, Fakes und Fälschungen, karnevalartige Spott-Demos etc.). Abschließend eine Ergänzung noch: Daß es Fridolin vor allem um Konzepte und Strategien geht, nicht aber um den konkreten Vorschlag einer Anti-ReichtumgsKampagne, zeigt sich auch an seinen ständigen Querverweisen auf andere Kampagnen, die entweder als Parallelkampagnen mit der Anti-Reichtumskampagne vernetzt werden könnten oder ganz andere Themen bearbeiten, wie z.B. Anti-Leistungssport-Kampagnen, Anti-Schul-Kampagnen, Anti-Patriarchats-Kampagnen etc. Dabei sollte nach Fridolin jedoch nicht übersehen werden, daß jede Kampagne die einzelnen Strategie-Elemente für ihre jeweiligen Zwecke zu einer eigenständigen Gesamtstrategie neu zusammenfügen muß. In diesem Sinne gilt es Fridolins Formulierung der „Bastelsteine" durchaus ernst zu nehmen.

3. Der sicherlich bescheuertste Vorwurf gegen das Behle-Papier ist, daß dieses nur ein Neuaufguß der Klasse-gegen-Klasse-Strategie sei. Dieser Vorwurf ist so falsch wie etwas nur irgendwie falsch sein kann. Denn Klasse-gegen-Klasse hat gegen ganz konkrete Geschäfte, Personen etc. gekämpft. Dies war mit der Erwartung verknüpft, auf diese Weise die Umstrukturierung des Kiezes verhindern zu können. Im Sinne des Behle-Textes hat sich Klasse-gegen-Klasse also lediglich auf eine Unterspielart des direkten Widerstandes versteift (und das auf äußerst zweifelhafte Weise). Daß das von der Konzeption her etwas völlig anderes als Fridolins Behle-Strategie ist, sollte spätestens nach dieser Zusammenfassung deutlich geworden sein!

4. Der Vorwurf der Ähnlichkeit mit dem Klasse-gegen-Klasse-Konzept geht oft mit dem Vorwurf der Undifferenziertheit einher: nach dieser Kritik ginge es nicht an, irgendwelche Leute nur deshalb anzugreifen, weil diese doppelt so viel verdienen würden wie der Durchschnitt. Denn unter den Angegriffenen könnten sich durchaus irgendwelche netten oder fortschrittlich gesonnenen Menschen befinden. Aus unserer Sicht ist diese Kritik in letzter Konsequenz Ausdruck eines ziemlich veralteten Macht- bzw. Herrschaftskonzeptes: Nach diesem müsse linker Widerstand vor allem die Herrschenden bekämpfen, d.h. die bösen Schweine und deren Büttel: Großkapital, Militär, Politik und Bürokratie, Bullerei etc.. Genau gegen eine solche Sichtweise wendet sich der Behle-Text: Nach diesem gibt es Herrschafts- und Machtverhältnisse, nicht jedoch Herrschende oder Mächtige. An der Hervorbringung dieser strukturellen Verhältnisse sind alle Menschen beteiligt, auch wenn nur ein Teil der Menschen von diesen Verhältnissen profitiert. Macht und Herrschaft sind in dieser Sichtweise das Produkt komplexer sozialer Prozesse, nicht aber etwas, was einzelne Menschen bzw. Menschengruppen besitzen könnten. Besitztümer wie z.B. Produktionsmittel, der deutsche Paß oder bestimmte Aspekte männlicher Sozialisation sind demgegenüber Ressourcen, mit denen sich mensch in sozialen Macht- und Herrschaftskämpfen strategische Vorteile verschaffen kann. Weil also nach Fridolin die Konzentration auf irgendwelche besonderen Schweine falsch ist, ist es aus seiner Sicht auch legitim, anläßlich einer Anti-Reichtumgskampagne (die "anhand einer seiner sichtbarsten Erscheinungsformen" den Kapitalismus thematisieren möchte) auch solche Leute anzugreifen, die von den aktuellen Verteilungsverhältnissen ganz normal profitieren, indem ihnen "in materieller Hinsicht deutlich mehr zur Verfügung steht als dem Durchschnitt"(31). In Berufsgruppen ausgedrückt könnte das z.B. Attacken auf wohlhabende ÄrztInnen, RechtsanwältInnen und EinzelhändlerInnen, Edel- bzw. Großgastronomiebesitzerlnnen,. leitende Angestellte, höhere Beamte etc..bedeuten. Und übrigens schließt es sich nach unseren Erfahrungen überhaupt nicht aus, nett und fortschrittlich 'drauf' zu sein, gleichzeitig jedoch die materiellen Vorteile dankend einzustreichen, die einer bzw. einem durch die aktuellen Verteilungsverhältnisse zugeschustert werden. Und auch ist es nach unserer Erfahrung möglich, mit ein bißchen Ortskenntnis und sozialem Gespür für Autos, Häuser, Gärten,



Gardinen etc. wirklich nur die Menschen zu treffen, die im Rahmen einer Anti-Reichtumskampagne getroffen werden sollen. Zusammengefaßt heißt das, daß die angebliche Undifferenziertheit ausschließlich mit der spezifischen Eigenschaft sozialer Macht- und Herrschaftsstrukturen zu tun hat, nicht jedoch mit irgendwelchen Undifferenziertheiten in Fridolins Aktionskonzept. (Aufschlußreich in diesem Zusammenhang scheint uns zudem Fridolins Begründung dafür zu sein, weshalb bei einer Anti-Reichtumskampagne darauf verzichtet werden sollte, staatliche Einrichtunge, Bullen, Großkapital sowie "Gipfeltreffen internationaler Großorganisationen wie IWF, EU, G7 etc."(44) anzugreifen: vgl. 43-45).
Hinsichtlich der Empörung, mit der Fridolins Vorschlag, auch ganz normale BürgerInnen militant und provokativ anzugehen, regelmäßig zurückgewiesen wird (Seht her, es klappt!), scheint es uns notwendig zu sein, die Kirche im Dorf zu lassen: Weder schlägt Fridolin vor, irgendwelchen ÄrztInnen Knieschüsse zu verpassen oder die Kinder von LehrerInnen zu entführen, und auch möchte er keine BürgerInnenhäuser niederbrennen. Auf der Ebene individueller Betroffenheit geht es Fridolin in erster Linie um Farbbeutel, verklebte Schlösser, aufgestochene Reifen etc. sowie um Provo- und Schockaktionen (z.B. unverschämte BekennerInnenschreiben, nonsense- und Schmähbriefe, gemeine Päckcheninhalte, Tortenangriffe, Massenspaziergänge mit Kundgebungen vor Privathäusern etc.). Und dort, wo es um mehr gehen soll, sollten laut Fridolin entweder kollektive bzw. infrastrukturelle Gemeinschafteinrichtungen betroffen sein (Tennisclubhäuser, Supermärkte, S-Bahn-Stationen etc.) oder eben ganz offensichtlich Luxussymbole wie Nobelautos, Yachten, exklusive BonzInnengeschäfte etc.. In diesem Zusammenhang sei doch noch einiges von dem zitiert, was Fridolin unter anderem zur "selbstauferlegten Pflicht sagt, so wenig Psychoterror wie nur möglich auszuüben" "Dies bedeutet u.a.: Auf keinen Fall dürfen irgendwelche direkten bzw. indirekten Drohungen gegen Leib und Leben ausgesprochen werden; fernerhin sind Kinder absolut außen vor zu halten (Dies gilt es ggf. genauso kundzutun); und schließlich sollte auch nichts mit Tieren angestellt werden, sei es in Gestalt irgendwelcher Rattengift-Drohungen oder in Gestalt davon, Tierkadaver zu verschicken. Anstatt irgendetwas hiervon zu tun, sollte umgekehrt vielmehr danach getrachtet werden, sich einen spaßguerillahaften Anstrich zu verpassen... Begründet ist dies vor allem darin, daß es im Rahmen der Anti-Reichtumgskampagne überhaupt nicht darum geht, die Betroffenen zu quälen; denn Ziel ist es vielmehr, die Erregungsenergie dieser Leute zu wecken und sie hierdurch anzustiften, kollektive Erregungs- und Kommunikationskorridore aufzubauen, aus denen dann wiederum - im Rahmen weiterer Prozesse und Mechanismen - Aufklärungs- und Moblilisierungsdynamiken hervorgehen können. Und trotzdem: daß sich die konkret Betroffenen mehr oder weniger terrorisiert und verunsichert fühlen, ist in letzer Konsequenz wohl kaum zu vermeiden. Dieser Sachverhalt ist nicht wegzudiskutieren, er kann lediglich als notwendiges Übel akzeptiert werden."(34)

IV. Schlußbemerkung:

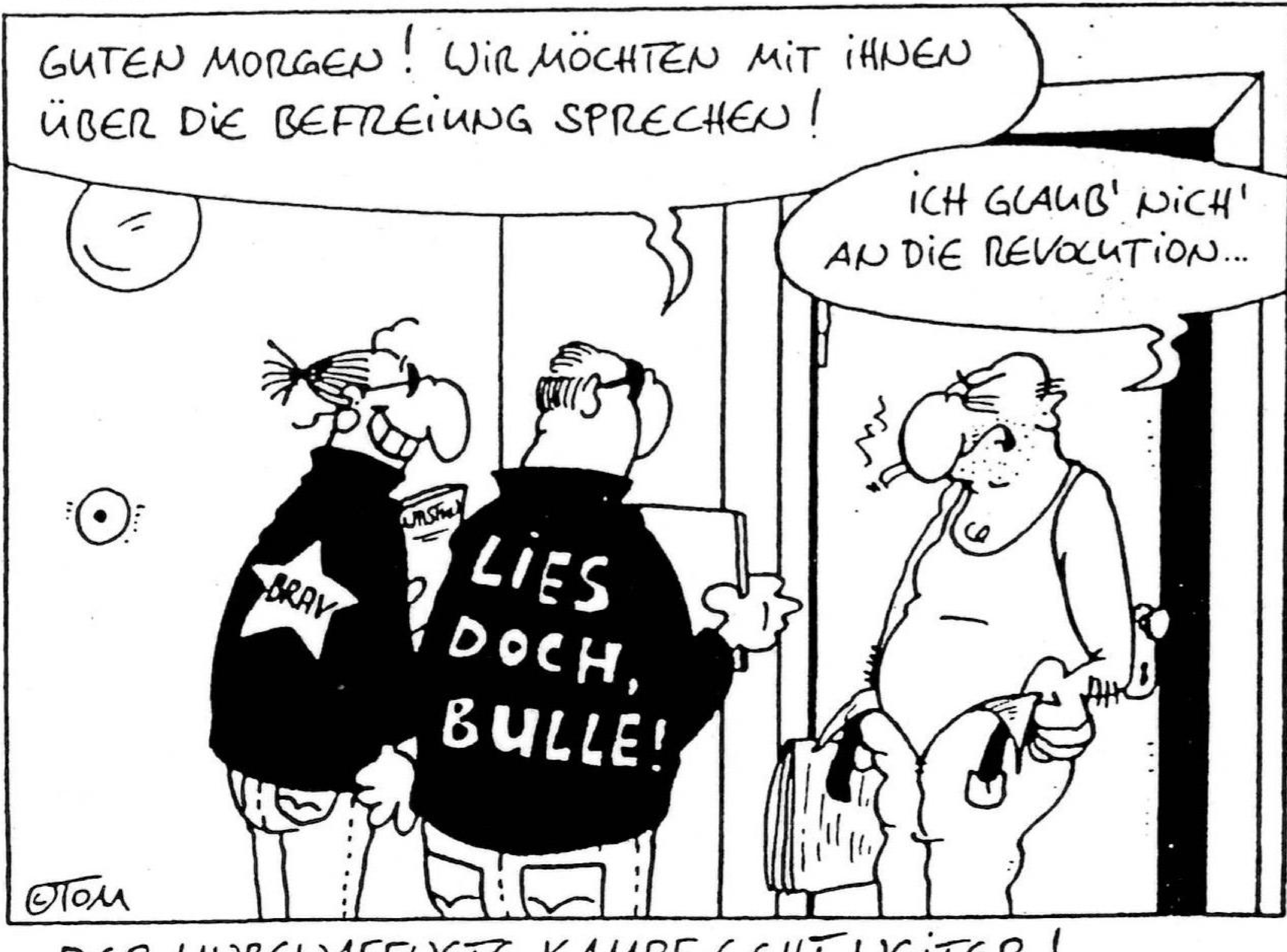
Unser Überblick ist wesentlich länger ausgefallen als ursprünglich geplant. Damit dürfte sich die Gefahr weiter erhöht haben, daß einige nur noch diese Zusammenfassung lesen, nicht mehr jedoch das sehr viel komplexere Original. Dieses Risiko erscheint uns vertretbar: Denn bevor das Papier gar nicht gelesen wird, ist es uns lieber, daß wenigsten die Grundgedanken bekannt sind und dadurch die Diskussion endlich beginnen kann. (Fridolin verzeih!) Denn grundsätzlich scheint es uns vollkommen verrückt zu sein, daß zwar alle Welt über die politische Großwetterlage klagt, daß aber ein Text, der sich dieser Situation auf äußerst anregende Weise theoretisch und praktisch annimmt, nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen wird. Deshalb: Lest und diskutiert Behle!!!



Militanz und Kampagne - Wo bleibt die Diskussion?

einige Überlegungen zum Text "Wo ist Behle?" von Fridolin (Interim Sondernummer)

Nun gab es schon 2 Diskussionsrunden über die Sondernummer und ein Protokoll in der 450 - die nächste Runde solls am 12.7. im Blauen Salon geben - aber weitere Reaktionen lassen bisher auf sich warten. Liegts daran, daß die Nummer ausverkauft ist? (z.Zt. nur Kopien im Infoladen Daneben und M99. Wo bleibt die 2. Auflage, Interim!!) Ist es zu gefährlich darüber öffentlich zu reden (im Stern wurde der Text im Zusammenhang mit der RAF-Auflösung erwähnt und als brisant beurteilt)? Wollten wir nicht offensiver über militante Politik diskutieren? Vielleicht ist Behle auch vielen zu lang oder der Inhalt zu absurd...? Wir jedenfalls fänden es spannend und nötig, über div. Aspekte des Papiers mit euch zu kommunizieren - so eben erstmal schriftlich.
Wir finden Fridolins Ausführungen so anregend, daß wir öfter darüber ins Gespräch kamen, viele Fragen aufwarfen und Lust entstand, das breiter zu diskutieren.
Dabei haben wir uns besonders an einem Punkt gerieben, der von FreundInnen oft zuerst genannt wird, wenns um "Behle" geht. Die einen finden gerade das besonders innovativ und zumindest erprobenswert, die anderen haben gleich schlimme Assoziationen (Richtung Psychoterror). Und zwar gehts um den Punkt, Bürgers, die ganz normale TrägerInnen und Profiteure von Herrschaftsverhältnissen sind, dabei aber nicht zu den "Auffälligen oder Großen" gehören, in einer Form in Kampagnen miteinzubeziehen, die sie persönlich, aber nicht körperlich, angehen und benennen (z.B. indem mensch ihnen die Autoreifen absticht, die Hütte außen verschönert und einen persönlichen Brief dazu schreibt - keinen Drohbrief!)
In den Überlegungen von Fridolin ist das nur ein kleiner Teil der dann vorgeschlagenen Anti-Reichtums-Kampagne, der als übertragbares Element auf andere Kampagnen sicher nicht weggelassen werden kann, denn es folgt einer bestimmten Logik. Auch wenn wir den gesamten Vorschlag bzw dieses "Strickmuster" sehr anregend und peppend finden, können wir nicht umhin, jedes einzelne Element für sich vertreten zu müssen - wie in jeder Kampagne. Sich daran festzubeißen hat den Nachteil, den Gesamtvorschlag erstmal aus den Augen zu verlieren. Das bietet aber auch die Chance, unser politisches Selbstverständnis zu beleuchten, da grade dieser Teil bestimmte Grundannahmen voraussetzt:
Das Einbeziehen von mittleren TrägerInnen der Gesellschaft soll nur Mittel zu dem Zweck sein, Empörung zu erzeugen, und dadurch ne Kampagne loszutreten, die letztlich mehr Menschen in Bewegung bringen könnte, als unsere bisherigen Kampagnen. In Bewegung bringen heißt im Sinne von Fridolin, erstmal was ins Gespräch bringen (unter den Betroffenen, dann breiter im Wohnbezirk, in den Medien), wo der Tenor gar nicht so positiv unseren Inhalten gegenüber sein muß bzw kann. Wovon wir aber profitieren können, weil ne öffentliche Aufmerksamkeit besteht, mit Hilfe derer unsere Aktionen besser wahrgenommen werden, diese Aktionen bei bestimmten Leuten dann auf Zuspruch stoßen, sie anregen mitzumachen und so ne Dynamik entsteht, also Bewegung. Denn nur wo Menschen in Bewegung sind, kann sich auch was grundlegendes für sie, für die Verhältnisse verändern.
Natürlich können dabei nur die uns und unseren linksradikalen Ideen näherkommen, die schon offen dafür sind (das sog. "Nahumfeld"). Also kann es uns ziemlich egal sein, was die "Opfer" und deren Nächste von uns halten, solange sie das Spiel mitspielen und sich empören. Ebenso auch die Medien, solange sie unser Thema am kochen halten. Das alles ist ja nix neues: was Siemens von ner Anti-Siemens-Kampagne hält, ist uns ja auch egal, wir wollen sie nicht überzeugen. Und daß die Castortransporte stärker in den Medien sind, weil es zB Sabotage gegen die Bahn gibt, ist gut, denn so bleibt das Thema in der Öffentlichkeit, in der wir auch mehr wahrgenommen werden (natürlich neben dem Druck, der auf die Bahn dadurch ausgeübt wird).
Aber das neue bei Fridolin ist ja, daß Personen einbezogen werden, die nicht für die großen Schweinereien stehen, oder VertreterInnen von (anschlags)relevanten Institutionen sind, sondern welche die, nur mehr als andere, für den alltäglichen Wahnsinn stehen. Wir greifen uns bisher lieber Institutionen heraus, weil die Funktionsträger austauschbar sind und so auch das strukturelle von Ausbeutung und Unterdrückung besser vermittelt werden kann. Doch wen juckt das eigentlich noch, wenn Scheiben beim Willy Brandt-Haus oder ner Bankfiliale klirren? Die Herrschaftsstruktur an bestimmten Personen aufzuzeigen, ohne sie als konkrete Personen wirklich wichtig zu finden (weder können wir die groß ändern, noch änderte es was, würden sie "aufhören") - wäre schon ein neuer Ansatz autonomer Politik. Die, die bisher Personen - mit ganz anderen Mitteln - angegriffen haben (wie RAF, AIZ, KgK), haben das mit ner anderen Absicht getan: Strafe, der muß weg, Warnung, echter Psychoterror. Das ist nicht unsere Politik. Daher sicher auch die Bedenken von manchen, wenns um diesen Teil bei Fridolin geht.
Wir finden dieses Neue auch teils spannend, teils schwierig und haben versucht, etwas tiefer zu graben bei den Gründen, die eher dagegen sprechen. Wir meinen, wenn wir sowas zum Bestandteil unserer Praxis machen wollen, muß es auf jeden Fall ne breite Diskussion geben, die die Fürs und Widers abwägt und sich zumindest grob auf ein Selbstverständnis und einen Praxisrahmen einigt, sonst geht das nach hinten los.
Bedenkenswert finden wir folgende Punkte bzw sind uns begegnet:
° emotional - manche von uns kommen aus der gehobenen Mittelschicht und können sich schlecht vorstellen, daß Verwandte oder deren Bekannte so miteinbezogen werden würden. Bzw die Schwierigkeit, sich von der Hoffnung auf die „Einsicht zum Guten" Vieler zu verabschieden.
° Aufklärung oder Angriff - Es ist ja ok, die TrägerInnenschaft zu benennen (darüber aufzuklären), aber welche relativ beliebig rauszugreifen? Denn: stehen Militante Angriffe nicht für das Aufzeigen von besonderen Schweinereien? Auch wenn wir diese Angriffe immer taktisch bestimmet haben, bekämpfen tun wir die Struktur, die dahinter steht.
Wäre Fridolins Aktionskonzept noch dem Anlaß angemessen? Würde der Gebrauch von Militanz in seiner Bedeutung inflationär?
° die "Schuldfrage" - Muß, wer so angegangen wird, nicht irgendwie besonders, mehr als andere verantwortlich sein, "schuld" sein? Wir können uns von den meisten Unterdrükkungsstrukturen nicht freisprechen. Wo ziehen wir die Grenze, ab der wir den Eigenanteil vernachlässigen können? Machen wir uns dann zu den "Guten", die frei von Verantwortung sind?
Ist die eigne Verstricktheit nicht problematisch für die Beteiligung an so einer auch gegen Personen militant vorgehenden Kampagne? Wie legitimieren wir diese Grenzziehung zwischen uns und „den anderen"?
° Vermittlung - Kommt es rüber, was wir meinen - also die Struktur zu bekämpfen, nicht die Personen als solche? Kickt das welche an mitzumachen? Oft ist es jetzt schon schwierig, uns zu vermitteln. Wenn dann die Betroffenen unsere Angriffe als Terror



DER UNBEWAFFNETE KAMPF GEHT WEITER!

erleben, ist es nicht kontraproduktiv für uns, wenn das in den Medien auch so rüberkommt? Wir können ja kaum was dagegen setzen, noch nicht mal unser Umfeld erreichen. Wenn wir so mit unseren Aktionformen "spielen", können wir das unter uns überhaupt noch auseinanderhalten? Bei uns gibts so oft Panneaktionen, daß wir erstmal auf einen Konsens kommen müßten, was, wann und wie angegriffen wird (siehe kleine Läden bei Riots zB). geschweige denn, wenn der Angriff nur Mittel zum Zweck sein soll - wer kapiert dann noch, wo der Spaß aufhört? Wir haben ja kein ZK, was Aktionen durchdiskutiert und dann "genehmigt" - zum Glück!

° Distanzierungen - Von solchen Aktionen würden sich bestimmt noch mehr Leute distanzieren, als sowieso schon von Militanz, weils ja irgendwie gegen Menschen geht. Das Papier geht davon aus, daß auch Distanzierungen von Aktionen uns hilfreich wären, weil so das Thema am kochen gehalten wird. Aber schadet uns das nicht doch, wenn noch nichtmal die klammheimliche Freude übrigbleibt?

° funktioniert es? - vielleicht müssen wir die Frage der Legitimität davon trennen, ob diese Strategie überhaupt funktionieren würde. Dann könnten wir eher in Kauf nehmen, daß wir gewisse Bauchschmerzen dabei haben. Das hieße aber, daß die Bauchschmerzen eher emotional sein müßten und nicht prinzipiell politisch, denn sonst wären wir nicht mehr authentisch in jedem unserer Schritte.

° Beispiel Anti-Reichtums-Kampagne - Kann beim Thema Reichtum überhaupt das Einkommen zum Kriterium gemacht werden? Die Haltung, die dahintersteht, nämlich Luxusgüter anstreben, andere ausbooten, angeben... findet sich doch oft krasser beim prolligen Möchtegern , als bei zB liberalen Bildungsbürgern. (Wobei wir natürlich eher Reiche als Arme angehen würden...)

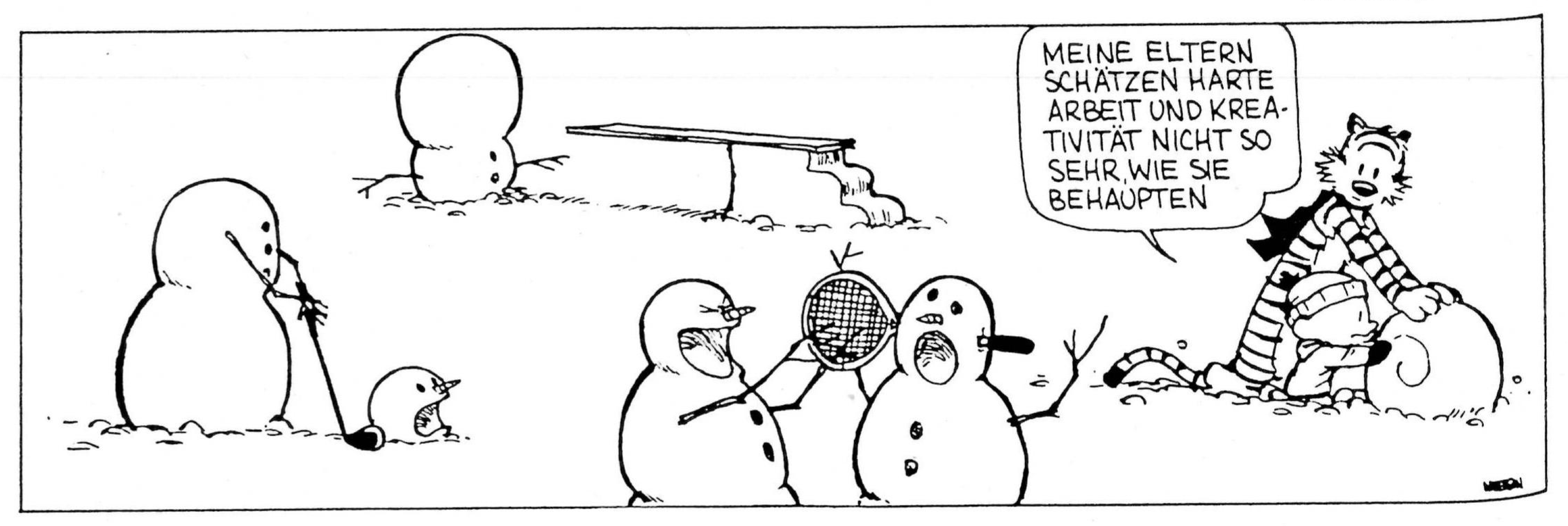
Leider ist das Papier bei den Kriterien ungenau: zählt das Einkommen oder der Besitz? wieviel ist genügend überm Schnitt, um MitspielerIn zu werden? warum auch Mittelklassewagen?, nur wenns der Zweitwagen ist? (mal abgesehen davon, wie wir das alles rauskriegen sollen!) Die Angriffe müssen in gewissem Maße auch für sich sprechen, sonst wirds zu beliebig, ziellos, und wir wären leichter denunzierbar.

° Liberale - orten sich oft selbst in der oberen Mittelklasse, solidarisieren sich vielleicht eher mit den Angegriffenen, als daß sie die Kampagne mittragen. Auch weil eben nicht so sehr die "Auswüchse" thematisiert werden, sondern der Alltag. So finden sie gar keinen Zugang zur Kampagne, weil sie meist nur diese Auswüchse beseitigen wollen.

° Wir - sind selbst so an den alltäglichen Wahnsinn gewöhnt, uns mobilisiert doch meist auch nur das echt empörende. Subtile, alltägliche Herrschaft läßt sich eben schwer thematisieren und in Kampagnen umsetzen (siehe Innenstadtaktionstage).

Das alles klingt jetzt so nach massivem Widerspruch gegen das Papier. Doch eher geht es uns um ne Diskussion um die Aspekte darin, die uns vielleicht auf die Füße fallen könnten, wenn wir nicht genau damit umgehen. Setzt euch doch auch mal hin und schreibt eure Gedanken dazu auf bzw lest es erstmal! Viele Ideen finden wir sehr anregend und neu, auch wenn der konkrete Kampagnenvorschlag sich wie am Reißbrett entworfen anhört. Aber ansonsten wäre es doch toll, wenn wir unsere Kampagnen besser strategisch planen würden, Aktionen nicht so wahllos einsetzen würden, langfristiger denken könnten und insgesamt unser Repertoire an Phantasie besser nutzten als bisher, um die Verhältnisse zum tanzen zu bringen!

Bis bald, xyz





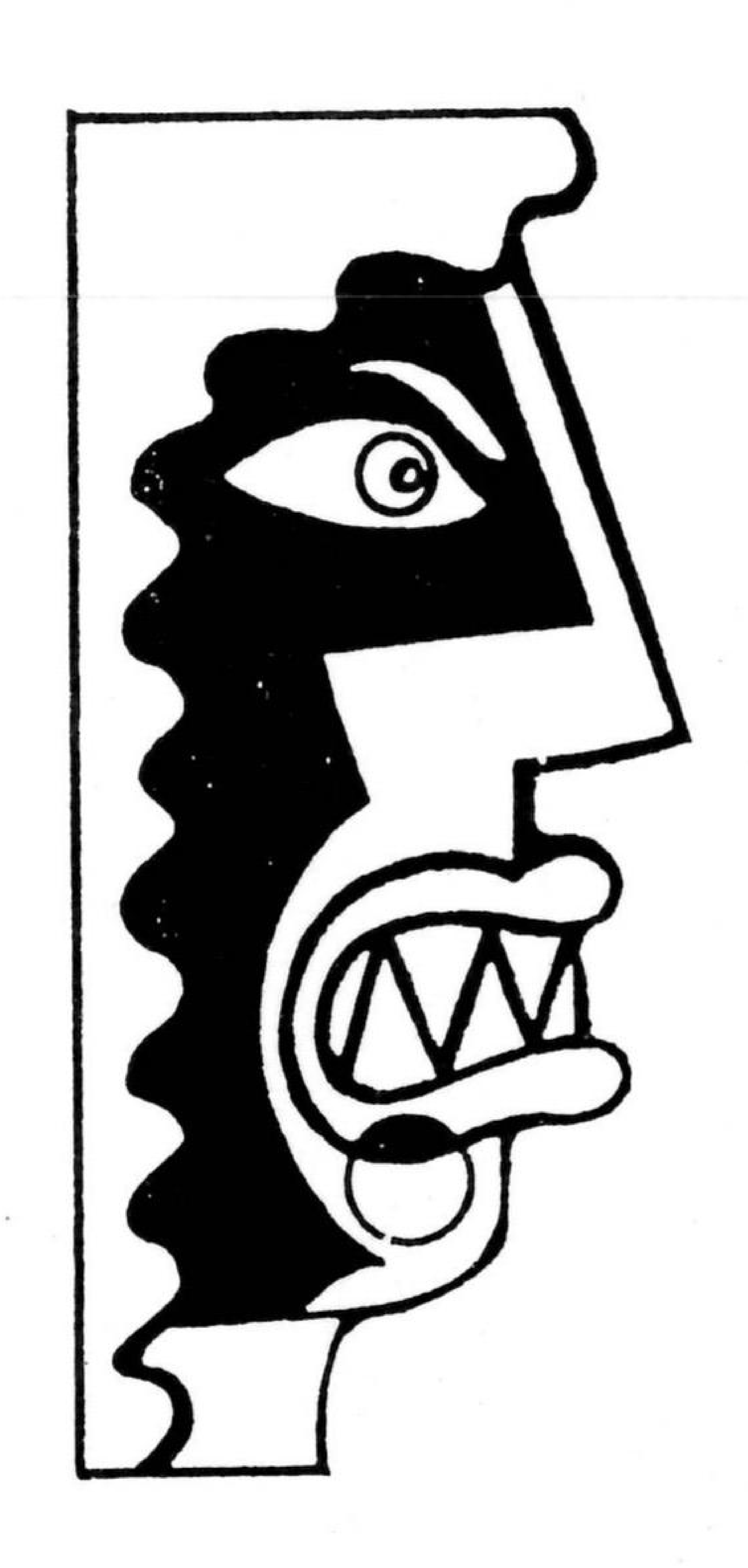
Rund um den 1. Mai-Nachwehen-

Infos zu den Eingeknasteten bzw. mittlerweile wieder freigelassenen Leuten vom 30.04./1./2./3. Mai vom Ermittlungsausschuß Berlin

Wie sich die eine oder der andere vielleicht ja noch erinnern kann, gab es in den 4 Tagen über 500 Festnahmen. Der Großteil der Leute kam mit einem relativ „blauen Auge" davon und wurde nach mehreren Stunden in den Gefangenensammelstellen wieder entlassen.
Andere lernten noch den Haftrichter und den Oberstaatsanwalt *Hemke* samt Lakaien kennen. Einige hatten Glück und wurden nach der Haftprüfung entlassen, teils mit Meldeauflagen bzw. ohne weitere Belästigungen. Andere mußten nach dieser Prozedur hinter Knastmauern.

Heute wollen wir Euch darüber informieren, wieviele noch sitzen und welche Verurteilungen es bis jetzt gegeben hat.

Insgesamt wurden 15 Leute eingeknastet (einer vom 30.04., 12 vom 1.Mai, einer vom 2. Mai und einer vom 3. Mai), davon sind 4 nach erneuter Haftprüfung auf Haftverschonung rausgelassen worden.
Bei 5 Leuten wurde der Haftprüfungstermin umgemodelt zu einer Hauptverhandlung und sie wurden unterschiedlich verurteilt.
Das härteste Urteil ist bis jetzt 18 Monate ohne Bewährung (!), aber da es noch nicht rechtskräftig ist, durfte der Mensch vorerst den Knast verlassen und der Anwalt hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.
Ein weiterer wurde auf 4 Monate ohne Bewährung verknackt, er sitzt die verbliebenen 3 Monate jetzt ab.
Desweiteren gab es ein Urteil von 8 Monaten auf 2 Jahre Bewährung, ein weiterer bekam 9 Monate ebenfalls auf Bewährung und einen 2-wöchigen Dauerarrest für einen Jugendlichen, der aber durch die 2 Wochen U-Haft erledigt ist.
Sprich, er ist jetzt wieder frei.



Leider können wir nur eine vage Angabe zu den Menschen machen, die noch immer im Knast sitzen und auf ihren Prozeß warten, da 3 Leute einen Anwaltswechsel gemacht haben. Zu diesen Anwälten und auch ihrem Umfeld bekommen wir einfach keinen Kontakt und somit ist unklar, was nun los ist.
Sicher wissen wir, daß 3 Männer weiterhin im Knast sind und auf die Hauptverhandlung warten.
Einer davon würde sich über Post sehr freuen, hier seine Adresse:

Michelle Grunert
z.Zt. JVA Moabit
Alt-Moabit 12 a
Buch-Nr. 2002/8-6 **(immer angeben)**

Demnächst soll seine Hauptverhandlung sein und wenn Michelle Lust auf mehr Öffentlichkeit hat, geben wir den genauen Termin im EX bekannt.

Tja, so weit so schlecht! Insgesamt war unser Eindruck, besonders am 1.Mai, daß viele so gar keine Ahnung hatten, wie sie sich, wenn sie von den Bullen abgegriffen werden, verhalten sollten. Daher hatten wir auch eine große Dunkelziffer auf unseren Festnahmelisten. Viele der eingefahrenen Leute waren super jung und hatten wohl auch noch nie etwas vom EA gehört. Damit ist auch erklärt, warum wir nicht 100%-ig wissen, wer noch sitzt bzw. welche Urteile es sonst noch gab.

Nun noch kurz etwas anderes: viele die rund um den 1.Mai eingefahren sind haben keine festen Zusammenhänge, und wenn, sind alle nicht besonders reich. Denn wenn die meisten ohne größere Sanktionen rausgekommen sind folgen jetzt Anzeigen wegen Landfriedensbruch etc.. Das heißt für uns daß wir mehr Geld denn je brauchen um die Leute unterstützen zu können, sei es wegen Anwaltskosten sowie finanzielle Unterstützung in der U-Haft.

Also, spenden tut not!



Zwei Komponenten

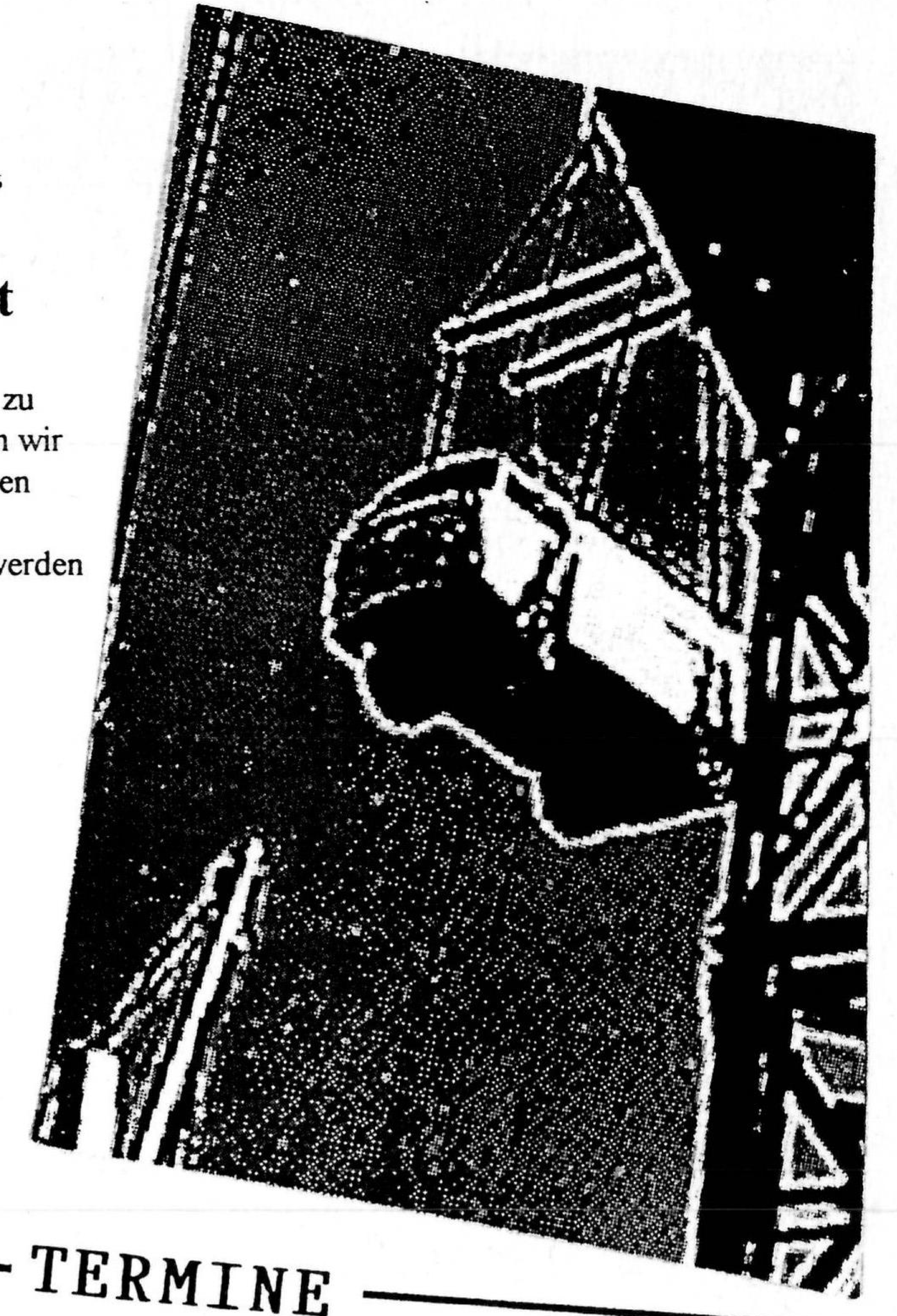
EA MACHEN WIR

DM KOMMT VON EUCH

Der Ermittlungs-Ausschuß braucht dringend Geld!
Für Prozeßkosten-übernahmen von Angeklagten.
Solipartys
Sammlungen
Einzelspenden
- alles ist gut
Daueraufträge wären optimal!
Sonderkonto:
Klaus Schmid
Konto-Nr.: 20610-106
Postbank BLZ: 100 100 10

Aktueller Stand der (Spenden-)Aktion „neuer Lauti"

oder: **warum der Gelbe immer noch fährt**



Sicher fragt Ihr Euch, warum immer noch der alte Lauti auf Demos zu sehen ist, obwohl Ihr so großzügig gespendet habt. Euer Geld haben wir nicht verjubelt (noch nicht!), aber ein neuer Bus, der unseren enormen Ansprüchen genügt, ist 1. schwer zu finden und 2. verdammt teuer.
Dazu kam, daß die Anlage letztens den Geist aufgab und repariert werden mußte.
Vielleicht kennt Ihr einen geeigneten Bus, der folgendes enthält:

- Standheizung
- geregelter Kat.
- guter Zustand
- ca. 7000,-
- nicht grün-weiß, aber vergittert wäre schön...

Also, wenn Ihr
- ein Busangebot
- Spenden
- Demoanfragen (möglichst 2 Wochen vorher)

habt, dann kommt **freitags zwischen 19°° und 20°°** ins EX

Schöne Grüße von der Lauti-Gruppe

TERMINE

Tagesseminar: Repression, Militarisierung und Paramilitarismus in Mexiko

Mit dem Massakers an 45 Tzotzil-Indianern im mexikanischen Bundesstaat Chiapas Weihnachten 1997 wurde in Mexiko seitens der Regierung eine neue Phase des Umgangs mit der Opposition eingeleutet. Seitdem mehren sich Morde und militärisch-polizeiliche Repression gegenüber sozialer und politischer Opposition.
Angesichts von an das Tageslicht gekommenen Geheimdokumenten läßt sich klar sagen, daß die Repressionspolitik, inklusive Paramilitarismus und Massaker gezielt im Rahmen der sogenannten „Kriegsführung niederer Intensität" betrieben wird.
In dem Seminar soll das Vorgehen der Regierung analysiert werden und die scheinbar „ziellose Gewalt" in ihrer sozialen und politischen Funktion dargestellt werden.
Dabei sollen konkret folgende Aspekte behandelt werden:
- Ursprünge und Funktion der „Kriegsführung niederer Intensität" (u. Film zur School of Americas)
- Paramilitarismus und Kriegsführung niederer Intensität am Beispiel Chiapas und der konkrete Fall Acteál (Massaker Dez. 1997), Kontext des Konfliktes und aktuelle Situation der Flüchtlinge in der Gegend.
- Film über das Massaker in Aguas Blancas (Guerrero) und die Entstehung der EPR („el retorno de las armas", 30 min.)
- Zunehmende Militarisierung und verstärkte Repression gegenüber der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung in anderen Bundesstaaten. Exkurs zur Situation in Los Loxichas/Oaxaca (Militarisierung, Massenverhaftungen und Vertreibung).
- Aktuelle Eskalation durch Räumungen autonomer Gemeinden, Auflösung der CONAI, Armeeübergriffe in Guerrero.

Strategie der Regierung gegenüber der EZLN in den letzten Jahren, aktueller Stand und Diskussion über Perspektiven und Aktionsmöglichkeiten

mit: Dario Azzellini und Boris Kanzleiter

Sonntag 5. Juli 98, 10.00 Uhr
im Bildungswerk, Kreuzberg, Zeughofstr.20

Widerstand in Albinea



Der antifaschistische Kampf der italienischen Resistenza gegen die deutsche Wehrmacht

Eine Ausstellung von Mario Crotti (Albinea) und Werner Laube (Berlin-Treptow)

vom 19. Juni bis 1. September 1998

Am 26. und 27. August 1944 wurden 5 deutsche Soldaten wegen ihrer Zusammenarbeit mit der italienischen Resistenza von einem Standgericht der Wehrmacht abgeurteilt und exekutiert. Ihrem Andenken ist diese Ausstellung gewidmet.
In der Veranstaltungsreihe informieren wir mit Filmen und Referaten über den Widerstandskampf der italienischen PartisanInnen.

Veranstaltungsprogramm (Teil I):

Fr. 19. Juni	19.30h	**Ausstellungseröffnung; Werner Laube** erzahlt über die Geschichte einer Ausstellung
Do. 25. Juni	19.30h	**„Paisà"**: Episodenfilm von Otello Martelli über das faschistische Italien zwischen Widerstand und Befreiung, Italien 1946, 120'
Mo. 29. Juni	19.30h	**Stefan Krause** liest aus dem Buch von Italo Calvino: **„Wo Spinnen ihre Nester bauen"**
Do. 2. Juli	19.30h	**„Was geschah in Albinea?"**: Diavortrag von **Werner Laube**, zu Gast: **Eva Watschkow**, Tochter des in Albinea hingerichteten Wehrmachtsdeserteurs Hans Schmidt
Mi 8. Juli	19.30h	**„Die Sonne geht wieder auf"**: Spielfilm von Aldo Vergano uber den Widerstand in einem Dorf der Lombardei im Oktober 1943, Italien 1946, 95'
Fr. 10. Juli	19.30h	Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär: **Totale Kriegsdienstverweigerung als politisches Zeichen;** zu Gast: **Michael Behrendt** und (voraussichtlich) ein **verurteilter Totalverweigerer**
Mo 13. Juli	19.30h	**„Mit 17 die Wehrmacht verlassen"**: Gesprach mit **Günter Gumpel** über Besatzerdasein und Desertion 1944 in Italien
Mi 15. Juli	19.30h	**„Rom - offene Stadt"**: Film von Roberto Rossellini über die italienische Hauptstadt unter deutscher Besatzung, Italien 1944/45, 95'

GALERIE OLGA BENARIO Weserstr. 5 12047 Berlin-Neukölln, U-Bhf. Hermannplatz, Eingang: Restaurant „Orlando". geoffnet So-Fr 18 bis 24 Uhr. Einmalige oder monatliche Spenden sind ausdrucklich erwunscht: Galerie OLGA BENARIO, Postbank Berlin 70539-107, BLZ 10010010. Vielen Dank!!!

Antifaschistische Aktion Ravensburg:
http://www.geocities.com/CapitolHill/Senate/5214/ mit e-mail
adresse- oder über link bei nadir.org

Offenes FrauenLesben-Treffen am 28. Juni um 15.00 im Ex, Mehringhof, Kreuzberg, Gneisenaustr. 2a

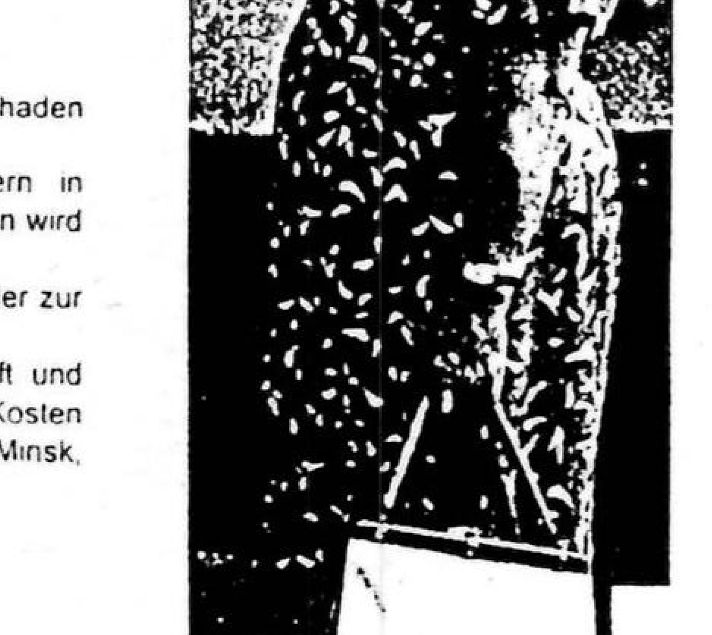
Aus dem Versuch, eine Frauen/Lesben VV aufzubauen, hat sich eine offene FrauenLesben-Runde ergeben.
Wir treffen uns das nächste Mal am FrauenLesben-Tag im Ex am großen runden Tisch oder bei schönem Wetter auf der Terrasse.

- Info-Austausch und Diskussionsforum zu aktuellen Aktionen und Themen, die uns auf den Nägeln brennen
- An welchen Schwerpunkten arbeiten Einzelne oder Gruppen (falls sie gerade an etwas arbeiten...)

Mit allen Frauen und Lesben, die diese Möglichkeit nutzen wollen, treffen wir uns am 28.06. um 15.00 im Ex.

Laßt uns dem um-sich-greifenden ROLLBACK etwas entgegensetzen!!!

Veranstaltungshinweis: 12.7. 18Uhr Blauer Salon, Mehringhof : Diskussion um die Interim-Sondernummer "Wo ist Behle?" um Bewegung, Militanz, Kampagne



Alltag, Kämpfe, Utopien -Frauen in Berlin und Minsk-

Frauenalltag und politische Situation von Frauen in Belarus, Ost- und Westdeutschland

Austausch im Sommer/Herbst 1998

In Kooperation mit Frauen von Next-Stop-New-Life organisieren wir einen Austausch für Frauen aus Belarus und Deutschland

Wir suchen Teilnehmerinnen!

Frauen, die Lust haben, welche aus dem anderen Land zu treffen, kennenzulernen, ihnen den eigenen Alltag näherzubringen und etwas über die Situation dort zu erfahren
Die Lust haben, Gemeinsamkeiten und Unterschiede festzustellen und an gemeinsamen Themen zu diskutieren
Die etwas über Frauenbewegung und die politische Situation der Frauen hier wie dort erfahren oder weitervermitteln möchten
Die die Zeit haben, sich zwei Mal eine Woche in diese Begegnung zu stürzen

2.-9.8.1998, Berlin

11.-20.9.1998, Minsk

In **Berlin** werden wir im Jagdschloss Glienicke am Wannsee wohnen,
in **Minsk** voraussichtlich in einem Studierendenwohnheim der Universität
Russischkenntnisse braucht Ihr nicht, wir werden eine Übersetzerin haben (aber schaden tut es natürlich nicht ;)
Es ist uns wichtig, Euch nicht einfach ein Programm überzustülpen, sondern in Zusammenarbeit mit Euch die Interessen der einzelnen zu berücksichtigen. Deswegen wird es für die Berliner Gruppe **Vorbereitungstreffen** geben, auf denen die Einzelheiten besprochen werden. Rechtzeitig vorher werden wir auch einen Reader zur politischen Situation in Belarus erstellen
Der **Teilnahmebeitrag** wird 500,00 DM betragen, darin sind enthalten Unterkunft und Verpflegung für die Zeit in Jagdschloss Glienicke, Zugfahrt nach Minsk und zurück, Kosten für belarussisches Visum, Unterkunft und Verpflegung sowie kulturelles Programm in Minsk, Übersetzung

Weitere Infos und Anmeldung:
Gisela Neunhoffer Tel. 785 06 57,Tanja Michalczyk, Tel. 292 79 27
mail gisela@medea.wz-berlin.de



programm.
EX
e
juli

Samstag 4.7.
ab 22°° SoliParty für die Weisestraße

Sonntag 5.7.
ab 15°° SchwulLesbischer Tag

Montag 6.7.
ab 18°° Kneipe & Kleinkunst

Dienstag 7.7.
20°° Veranstaltung zur aktuellen Situation in Mexiko und zur Situation der politischen Gefangenen.
Mit Rosa M. Alvarez aus Mexiko.

Achtung!
SommerFerienÖffnungszeiten!
Vom 9.7. bis 21.8. ist das EX täglich ab 18°° geöffnet

Größenwahn

Veranstaltungsetage

Kinzigstr. 9 HH
10247 Berlin
U-Bhf. Samariterstraße (U5)

Freitag 26.6.1998
freitagskino im größenwahn
20.00 Uhr: Film
Der Untertan
(DDR 1951, Regie: Wolfgang Staudte)

☆

Samstag, 6.6.1998
CAFÉ☆ GRÖßENWAHN
immer samstags, Eintritt frei
15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr: Film
Broken Silence
(Schweiz 1996, 106 Min)

Call it Sleep

- der Film über die Gesellschaft des Spektakels -

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

am Montag,
dem **6.Juli 1998**
um **19.00 Uhr**
im **A-Laden,**
Rathenower Straße 22

Lichtblick Kino, Kastanienallee 77, Berlin Prenzlauer Berg

Do	02.07.98	20.00	Che Guevara - Mensch, Genosse, Freund
Sa	04.07.98	18.00	Che Guevara - Mensch, Genosse, Freund
So	05.07.98	18.00	Che Guevara: Das bolivianische Tagebuch (Regie: Richard Dindo)
		20.00	Che Guevara - Mensch, Genosse, Freund

INFO-VERANSTALTUNG
zum ANTIRASSISTISCHEN AKTIONSCAMP
an der GRENZE

Vom **24. Juli bis zum 1. August** soll an der deutsch-tschechisch-polnischen Grenze zunächst ein Techno-Rave und anschließend ein antirassistisches Aktionscamp stattfinden. Vorbereitet wird dies bundesweit von verschiedenen Gruppen vor allem aus aus dem antirassistischen und antifaschistischen Spektrum. **Rave und Camp** sind Bestandteil der Kampagne **"Kein Mensch ist illegal!"**

Der Rave wird von der Berliner Gruppe "Radical Rave" organisiert und findet unter dem Motto **BORDERLINE** vom 24. bis 26. Juli statt. Vom Montag, dem 27. Juli, an gibt es dann täglich unterschiedliche Aktionen, Veranstaltungen und Meetings - und natürlich Parties.

Ziel des Camps ist es einerseits, mit Aktionen direkt im Grenzgebiet **Widerstand** gegen das Grenzregime in seinen verschiedenen Ausprägungen zu entwickeln und andererseits **Aufklärung**sarbeit bei der Bevölkerung zu leisten. Außerdem verspricht das Spektrum der vorbereitenden Gruppen (ost, west, antira, antifa, alt, jung, techno, autonom...) interessante **Kontakte und Diskussionen** zu ergeben.

Wer mehr wissen will, und wer überlegt, sich in irgend einer Weise an der Organisation des Camps zu beteiligen, möge zur Infoveranstaltung kommen!

Am Mittwoch, den 1. Juli, um 19.30 Uhr im Ex im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a.

(Infos auch bei der Forschungsstelle Flucht und Migration, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Tel. 030/ 6935670 oder 0172/8910825 oder Fax 030/6938318)



12 Jahre AJF!
B-DAY PARTY am 26.6. ab 22 Uhr
in der KÖPI 137
KONZERT mit Flippers in the Fridge
Slamtilt
Die Planlosen
danach PARTY mit Cocktailbar

antirassistische Frauen/Lesben Aktionstage an der pol/dt. Grenze:30.6-5.7.98
-Kontakt+Anmeldeadresse:
Stichwort Sommerfrische
c/o Symbiose e.V.
Kinzigstr.9,10247 Bln.
tel:2947688,fax:29492120





26th June 1998 22.00 h

Antirassistische FrauenLesben - Aktionstage

Antyrasistowskie dni akcyjne kobiet i lesbijek

vom 30.Juni bis 5. Juli 1998
an der deutsch - polnischen Grenze

od 30.06.98 do 05.07.98
na granicy niemiecko - polskiej



Auftakt 30.6 & 1.7.98, Dresden
az-conni
Rudolf-Leonhard-Str. 39

Anreise am 30.6. ab 17h
[illegible] Anfangsplenum

Abfahrt der Busse nach Görlitz
am 1.7. abends

Aktionstage: 2.7 bis 5.7.

Rozpoczęcie 30.6. & 1.7. Drezno
az-conni
Rudolf-Leonhard-Str. 39

Przyjazd od godz. 17
godz. 19: pierwsze plenum

Odjazd autobusów do Görlitz
1.7. wieczorem

Pobyt w Görlitz: od 2.7. do 5.7.

Info & Anlaufstelle / Kontakt i miejsce spotkań:

Jugendkulturzentrum BASTA, Hotherstr. 25, Görlitz

Infos/Informacje: »Sommerfrische«, c/o FrauenLesbenLaden » MAFALDA« Kreuzstr. 29, 28203 Bremen